

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis per Annum: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgebuchte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Aus dem Lager der „einzigen sittlich erlaubten Partei“.

Hochwürdiger Herr, gestatten Sie, daß Ihnen ein armer gequälter Konfrater im Vertrauen sein Leid klagt und Ihnen verschiedenes mitteilt, was seine Arbeit ungemein erschwert. Ich hoffe, daß Ihnen diese Zeilen etwas Mitleid abringen werden, und daß Sie selbst dann, wenn Sie sonst keine Sympathie für Berlin haben, mit mir dennoch eine Ausnahme machen werden. . . . Ich möchte Ihnen heute einen Einblick in die Verhältnisse geben, jedoch bitten, daß Sie davon andern gegenüber keinen Gebrauch machen, weil die Veröffentlichung großen Schaden für die katholische Sache bringen könnte.“

So beginnt Hochwürden Herr Pfarrer Dr. Stephan in Berlin ein Schreiben, das er Ende vorigen Monats an eine größere Zahl seiner Amtsbrüder in der Provinz versandt hat. Es handelt sich um die Erhaltung des Leo-Hospizes in Berlin. Bereits vor drei Jahren stand das mit vielem Geräusch ins Leben gerufene und als katholische Glaubensburg im heidnischen Berlin gepriesene Unternehmen vor dem Krach. Die am 1. Januar 1900 fälligen Zinsen konnten nicht bezahlt werden und die Substation war ausgegraben. Was das zu bedeuten hatte, schildert Dr. Stephan in seinem Schreiben wie folgt:

„Der drohende Schaden war unabsehbar, nicht bloß für Berlin, sondern für ganz Deutschland. Zunächst war die ganze Arbeiterbewegung der Katholiken in Deutschland in Miskredit gebracht, wenn sie nicht ein eignes Heim halten konnte. Der Name Leo-Hospiz war der Anstalt von Leo XIII. selbst gegeben und ihr zum Zeichen der besonderen Sympathie ein herrliches Porträt geschenkt worden; auf Grund der Anregungen aus seiner Enzyklika über die Arbeiterfrage war die Anstalt gebaut worden; ein Aufgeben derselben mußte als Zeichen der Unfähigkeit für die Katholiken angesehen werden, die Grundsätze der Enzyklika durchzuführen. Der materielle Schaden hätte sich mindestens auf 150 000 M. gestellt, da allein 140 000 M. eingetragene Gelder ausgefallen wären. Gläubiger waren etwa 40 meist kleinere Leute aus ganz Deutschland, die im Vertrauen auf den katholischen Charakter der Anstalt ihre Ersparnisse zum Besten der Arbeiterfrage hergegeben haben und an die genannten Schwierigkeiten nicht denken konnten. Nicht allein, daß es um diese schade war, mußte durch die Veröffentlichung dieser Umstände überhaupt das Vertrauen zu den katholischen Anstalten schwinden. Noch schlimmer war es, daß mit dem Leo-Hospiz die Antonius-Kapelle verbunden war, weil diese alsdann mit dem Leo-Hospiz versteigert werden mußte; schon bei der Auktion der Kapelle frohlockten hiesige katholischen Blätter über „Versteigerung einer Kapelle“, über „nicht bezahlte Hypotheken des hl. Antonius“ usw., was wäre erst gewesen, wenn die Versteigerung wirklich stattgefunden hätte und von allen Blättern bekannt gemacht worden wäre? Die eigentliche Zukunft des Hauses war die, daß jedenfalls die protestantischen Arbeitervereine von Berlin es für etwa die Hälfte des Preises gekauft hätten, da sie es zu diesem Zwecke bereits befristet hatten.“

Damals wurde an Stelle des bisherigen Geschäftsleiters Dr. Hille, der sich der bedenklichen Lage nicht gewachsen zeigte, Dr. Stephan zur Verwaltung des Leo-Hospizes berufen. Dr. Stephan gibt, wie er in seinem Schreiben von sich selber behauptet, als einer, der „sich in Selbstwierigkeiten zu helfen weiß und davon manche Beispiele gegeben hat“. Es gelang ihm denn auch, die Substation fernzuhalten und damit der katholischen Christenheit das immerhin ungewohnte Schauspiel der Versteigerung einer Kapelle zu ersparen. Wenigstens vorläufig, denn heute sind die Aussichten des Leo-Hospizes nicht besser als ehemals; der Krach ist hinausgeschoben worden, weiter nichts, und heute ist er, nach dem Schreiben Dr. Stephans zu urteilen, wieder in bedrohliche Nähe gerückt.

Von seiner eignen Lage entwirft der „arme gequälte Konfrater“ folgendes Bild:

„Wo ich nun am Ende der Arbeit angelangt zu sein glaubte, begann unumkehr die schrecklichste Zeit. Bis zum letzten Delegiertentage (der katholischen Arbeitervereine) konnte ich ziemlich alles hinhalten und hoffte von diesem die Erfüllung der Versprechen; obwohl die Arbeiter zum größten Teil aus seinen des Leo-Hospizes stehen, ist trotzdem — ich weiß noch nicht wie — ein Antrag durchgebracht worden, daß über das Leo-Hospiz die Diskussion abgebrochen wurde. Von dem Tage (Pflingsten) an bis jetzt kam nun ein Sturm nach dem andern, eine Aufregung nach der andern. Nicht bloß, daß alle Augenblicke ein neuer Prozeß mit all seinen unangenehmen Folgen losging und alle Kraft absorbierte, um die Anstalt vor dem Sturz zu bewahren, hat man in vielen Kreisen an der Ehrlichkeit Dr. Hilles und auch an meiner geistlichen, die auf Grund der verschiedenen Verhandlungen den Gläubigern gegenüber gemachten, freilich später infolge der geschändeten Schwierigkeiten unerfüllbar gewordenen Zusagen als abfälliges Verschleiern, als Betrug usw. hingestellt, mit dem Staatsanwalt gedroht usw. Ich war in den acht Monaten wie ein gehetztes Wild. Infolge der aufregenden Arbeit war es nicht möglich, für die notwendigen Einkünfte und Abzahlungen zu sorgen, so daß wiederholt das schlimmste zu befürchten ist, wenn nicht bald Hilfe kommt. Die Lage, in der wir, Dr. Hille und noch mehr ich, gewesen sind und zum Teil noch sind, möchte ich keinem Feinde. Das schlimmste war, daß die Möglichkeit fehlte, das Leid den Katholiken zu klagen und von diesen die nötige Hilfe zu erbitten; es ist nicht möglich, in den Blättern oder allgemeinen Aufsätzen solche Sachen ohne Vergernis zu besprechen. . . . Ich bitte deshalb . . . auf Grund der konfraternellen Liebe mir zu

Hilfe zu kommen, damit ich nicht mein Interesse für die Sache der katholischen Arbeiter durch meinen Ruin büßen und schließlich mein ganzes Leben oder auf viele Jahre mich von den Gläubigern verfolgen lassen muß.“

Es ist gerade kein sehr amütziges Bild, das hier ein eingeweihter und geprüfter Mann von der Gesinnung im Lager der „einzigen sittlich erlaubten Partei“ entwirft. Dr. Stephan teilt u. a. mit, daß sein Vorgänger Dr. Hille, der Erbauer des Leo-Hospizes, als Generalsekretär der Arbeitervereine Berlins, später des Verbandes für Nord- und Ostdeutschland, von dem bei seiner Verurteilung garantierten Gehalte noch 11 000 M. zu bekommen hat. Alle Bemühungen, Dr. Hille zu seinem Gelde zu verhelfen, waren vergeblich; Dr. Stephan, der sich seines Konfraters brüderlich annahm, kam schließlich auf den Gedanken, auf dem Wege der Lotterie das Geld aufzubringen. Auf dem letzten Delegiertentage des Verbandes der Arbeitervereine brachte er einen Antrag auf Veranstaltung einer Lotterie durch: 20 000 Lose zu 50 Pf. sollten herausgegeben und dadurch die nötigen Gelder zur Entschädigung Hilles beschafft werden. Aber die Lotterie wurde von der Polizei unterlagert, und Dr. Hille wartet heute noch auf sein Gehalt!

Auch Dr. Stephan ist in persönliche Ungelegenheiten geraten. Er hatte, als er nach Berlin berufen wurde, für die Jugendhilfe ein Gehalt zugesichert bekommen, aber durch seine Tätigkeit für das Leo-Hospiz wurde die Übernahme des genannten Amtes unmöglich gemacht, so daß Dr. Stephan ohne Einkommen dastand. „Ich hat — so schreibt er — an verschiedenen Stellen (Vonsatzvereine vor allem) um soviel wenigstens, als ich unbedingt zum Leben notwendig hatte; überall wurde mir mitgeteilt, daß „für Privatsachen“ nichts zu haben sei; schließlich wurde ich ganz und gar als stilles Loser Disziplinierter angesehen und behandelt und es ist die ganze Zeit meiner Arbeit für das Leo-Hospiz auch hinsichtlich des späteren Einkommens verloren. Andre zum Teil noch größere Schwierigkeiten muß ich übergehen.“

Nun wird man sich wundern, daß sich hier bei einem Unternehmen, das den Namen des gepriesenen „Arbeiterpapstes“ trägt, das von jeher als eine Ruhmes- und Ehrensache der Kirche hingestellt worden ist, nicht doch wenigstens die bischöfliche Behörde zur Hilfe veranlaßt hat. Aber, so schreibt Dr. Stephan, „Seine Eminenz ist der Ansicht, daß zunächst die Erhaltung der Anstalt in Berlin so weit sicher gestellt ist, daß eine Beihilfe von Amts wegen nicht umsonst ist.“

Fürbischof Kopp, unter dessen Machtbereich Berlin steht, giebt, wie man sieht, Geld nur her, wenn nichts dabei zu verlieren ist; er thut nicht leicht etwas um Gottes willen. Und die hochmögenden

Herren von der „einzigen sittlich erlaubten Partei“ scheint es erst recht nicht zu kränken, wenn die Herren Dr. Hille und Stephan bis St. Rimmerleins-Tag auf ihr ihnen zustehendes Gehalt warten.

Im Grunde kann es uns einerlei sein, was aus dem Leo-Hospiz in Berlin wird, das ja jetzt auch übrigens gottloses sozialdemokratisches Geld nimmt, um sich über Wasser zu halten. Wenn wir dennoch der Angelegenheit einige Beachtung geschenkt haben, so deshalb, weil sie schätzenswertes Material liefert zur Kennzeichnung des kirchlichen Zweibundes: der Kirche und des Centrums. Wie konnten die Blätter und die Sprecher des Centrums sonst so tapfer schmähen, wenn die Sozialdemokratie im Vertrauen ihrer Kraft auf ihren Parteitag ihre Angelegenheiten in aller Offenheit und Ehrlichkeit erörtert und dabei Dinge zur Sprache kommen, die höchstens betweisen, daß auch die Sozialdemokraten Menschen mit menschlichen Fehlern und Schwächen sind, die aber den Gegnern, namentlich dem pharisäischen Centrum, allemal Anlaß geben, die Sozialdemokratie herunterzumachen, um sich selber dann im Glanze lautester Reinheit und Sittlichkeit erstrahlen zu lassen.

Wir sehen an den oben geschilderten Vorgängen, wie wenig das Centrum samt seiner Verbänden, der Kirche, Ursache hat, sich als den Sittenrichter aufzuspielen. Die ultramontane Gesellschaft weiß, weshalb sie es vermeidet, gleich der Sozialdemokratie ihre Angelegenheiten offen vor aller Welt zu verhandeln, weshalb sie nur in vertraulichen Schreiben zugestimmt, daß sich in ihrem Lager Dinge ereignen, deren Bekanntwerden „großen Schaden für die katholische Sache bringen könnte“.

Dann noch eins: wir fühlen und nicht berufen, die Antworten der Herren Dr. Hille und Stephan abzugeben. Immerhin würden wir uns freuen, wenn unsere Judiskretion dazu beitragen könnte, daß die Herren zu ihrem ihnen zustehenden Gehalte kämen. Schließlich ist jeder Arbeiter seines Lohnes wert, und da wir aus Erfahrung wissen, daß in der allerchristlichsten Partei derartige Hilferufe, wie Herr Dr. Stephan einen ausspricht, wenig fruchten, so bewirkt die Veröffentlichung an dieser Stelle vielleicht, daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird. Kardinal Kopp, der, nach seinem Verhalten im Beuthener Prozeß zu urteilen, die Bedeutung der öffentlichen Meinung zu schätzen weiß, überzeugt sich vielleicht jetzt doch, daß es seine Pflicht ist, die Verhältnisse des unter kirchlicher, ja päpstlicher Autorität geschaffenen Unternehmens so zu regeln, daß niemand dabei zu Schaden kommt; namentlich sagen wir das auch in Rücksicht auf jene hierzuland, meist kleineren Leute aus ganz Deutschland, die im Vertrauen auf den katholischen Charakter der Anstalt ihre Ersparnisse zum Besten der Arbeiterfrage hergegeben haben.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. April.

Die Berliner Landtagswahlen.

Durch die bürgerliche Presse lief vor einigen Tagen eine magistratsamtliche Notiz über das Ergebnis der letzten Landtagswahlen in Berlin. Wir nahmen von ihr Kenntnis, indem wir darauf aufmerksam machten, daß die Zahlen falsch sein müßten, wären doch nach dieser Aufstellung mehr sozialdemokratische Stimmen bei den Landtags- als bei den Reichstagswahlen abgegeben worden; oben-deren war eine Wahlbeteiligung von nicht weniger als 84 Prozent herausgerechnet. So fabelhaft diese Ziffern waren, sie wurden dennoch von der bürgerlichen Presse urteilslos wiedergegeben.

Wahlbezirk	insgesamt abgegebene Stimmen	Gesamtstimmen haben	Abteilung III				insgesamt abgegebene Stimmen	Gesamtstimmen haben	Abteilung II				Abteilung I				Sa. der abgegebenen Stimmen Kol. 4-7, 10-13, 16-19.			
			liberal	social-dem.	konser-vativ	unbekannt			liberal	social-dem.	konser-vativ	unbekannt	liberal	social-dem.	konser-vativ	unbekannt				
I	65074	20207	10297	18065	4888	5724	5387	2460	2917	125	907	472	1316	816	1003	6	259	129	194	42882
II	83402	85537	7490	52871	51	4503	7284	3575	4409	1572	61	473	1381	953	1587	50	23	48	67	78197
III	147472	63330	7097	99950	5816	8904	24647	9007	5259	5598	3189	2429	3037	1002	2297	283	571	845	420	138718
IV	95658	35208	6782	53388	22	4765	10665	4682	5632	1787	20	800	1593	1103	1831	38	20	81	117	75161
Summa	302506	154252	31666	219269	10727	23956	47883	19724	18247	9052	4157	4178	7327	4774	6808	377	873	603	798	329908

In den drei Abteilungen sind „Stimmen“ abgegeben worden:

Wahlbezirk	liberal	social-demokrat.	konser-vat.	unbekannt	Summa
I.	14 307	10 196	6 004	6 325	42 832
II.	13 496	54 493	185	5 083	73 197
III.	14 688	102 801	9 556	11 678	138 718
IV.	14 245	55 208	62	5 646	75 161
Summa	56 731	228 698	15 767	28 732	329 908

Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler betrug sonach rund 114 349 gegen 23 360 liberale, 7878 konservative und 14 866 „unbekannte“ Stimmen. Im dritten Wahlkreise gab es 51 400 sozialdemokratische gegen 7341 liberale, 4778 konservative und 5839 „unbekannte“ Wähler.

Selbst wenn man alle ihrer Parteistellung nach „unbekannten“ Wähler den Bürgerlichen zurechnet, so ergibt sich folgendes:

Nach dem öffentlichen Wahrecht wurden in Berlin 69,3 Proz. sozialdemokratische, aber nur 30,7 Proz. bürgerliche Wähler gezählt.

Im dritten Wahlkreise allein ist das Ergebnis noch greller: 73,4 Proz. sozialdemokratische — 26,6 Proz. bürgerliche Wähler. Erfolg: 0,0 Proz. sozialdemokratische, 100 Proz. liberale Abgeordnete!

Die Infamie des preussischen Wahlrechts läßt sich nicht deutlicher beweisen. Dies Wahlrecht ist eine boshafte und sinnlose

Jetzt stellt sich nun heraus, daß der Magistratsamtliche die amtlichen Zahlen arg mißverstanden hatte. Da jeder Wähler zwei Wahlmänner zu wählen hatte, ist nämlich die Zahl der „Stimmen“ doppelt so hoch als die der Wähler angegeben worden. Daraus berechnet nun der Amtliche seine enorme Wahlbeteiligung.

Das wirkliche Wahlergebnis ergibt sich aus folgender Uebersicht:

In Wirklichkeit waren bei den Urwahlen — wie schon in einer Magistratsamtliche Veröffentlichung vom Ende des Vorjahres zu ersehen war — 452 264 Personen wahlberechtigt, von denen 179 264 = 39,70 Proz. erschienen waren, d. h. wählten.

Woll man also aus der folgenden Uebersicht der „Stimmen“ die Zahl der Wähler ermitteln, so muß man ungefähr die Hälfte annehmen.

Wahlbezirk	insgesamt abgegebene Stimmen	Gesamtstimmen haben	Abteilung III				insgesamt abgegebene Stimmen	Gesamtstimmen haben	Abteilung II				Abteilung I				Sa. der abgegebenen Stimmen Kol. 4-7, 10-13, 16-19.			
			liberal	social-dem.	konser-vativ	unbekannt			liberal	social-dem.	konser-vativ	unbekannt	liberal	social-dem.	konser-vativ	unbekannt				
I	65074	20207	10297	18065	4888	5724	5387	2460	2917	125	907	472	1316	816	1003	6	259	129	194	42882
II	83402	85537	7490	52871	51	4503	7284	3575	4409	1572	61	473	1381	953	1587	50	23	48	67	78197
III	147472	63330	7097	99950	5816	8904	24647	9007	5259	5598	3189	2429	3037	1002	2297	283	571	845	420	138718
IV	95658	35208	6782	53388	22	4765	10665	4682	5632	1787	20	800	1593	1103	1831	38	20	81	117	75161
Summa	302506	154252	31666	219269	10727	23956	47883	19724	18247	9052	4157	4178	7327	4774	6808	377	873	603	798	329908

Wahlenteilung. Wird nun gar der „gesamtliberale“ Antrag, die Deitteilung nach Wahlbezirken aufzuheben, Gesetz, so schwand auch im dritten Berliner Wahlkreise die letzte Möglichkeit, daß die Wähler mit ihren Stimmen den Erfolg erreichen, den doch das „Wählen“ haben soll, nämlich Vertreter zu wählen. Das „Wahlrecht“ wird dann freilich noch an aufreizender, revolutionärer Kraft gewinnen.

Die Opfer des Barendienstes

Haben nun, so wird uns aus Königsberg geschrieben, auch die Opferzeitige über, von ihren Familien getrennt, im Untersuchungsgefängnis zu Königsberg schmachten müssen, mit Ausnahme des Genossen Braum, der in einer Heilanstalt die sehr schmerzhaften Wunddarm-Operation zwar glücklich überstanden hat, aber noch lange Zeit gute Pflege brauchen wird, um wieder vollständig hergestellt zu sein. Auch die Gesundheit des wegen angeblicher Geheimbändelei in Untersuchung sitzenden Genossen Rowagryki aus Königsberg hat im Gefängnis bedenklich gelitten. Für teures Geld, welches seine Frau eingezahlt hat, erhält er jetzt Selbstbesorgung. Auch ist ihm gestattet, eine nationalliberale Zeitung zu lesen. Die dauernde Ungezelligkeit über sein ferneres Schicksal, sowie die Sorge um seine Familie und um sein Barbiergehäfte, welches seine Gattin nur mit Aufbringung ihrer ganzen Energie und erheblichen materiellen Verlusten aufrecht zu erhalten im Stande ist, wirken sehr ungünstig auf seinen Gemütszustand.

Genosse Treptau aus Memel, welcher hochgradig lungenkrank ist und Krankenpfleger im Gefängnis erhält, trägt sein Geschick zwar mit Geduld. Die an ihm zehrende Krankheit, sowie die Sorge um seine spätere Existenz, — sein Uhrengeschäft hat inzwischen von seiner Frau aufgelöst werden müssen — haben merkliche Spuren an seinem Körper zurückgelassen.

Auch Kugel aus Memel klagt in letzter Zeit über Brustschmerzen und befindet sich in gedrückter Stimmung. Seine Frau hat er noch nicht ein einziges Mal sprechen können. Als er noch im Memeler Gefängnis war, wurde es seiner Frau nicht gestattet, mit ihm zu sprechen, weil die erstere auf die an sie gerichtete Frage des Beamten erklärte, mit ihrem Namen in litauischer Sprache sprechen zu wollen. Daß es in Memel sehr leicht ist, einen litauischen Dolmetscher zu bekommen, wird wohl niemand bestreiten.

Genosse Klein aus Memel, der als Hofenarbeiter beständig an frischer Luft gewohnt war und in geordneten Familienverhältnissen lebte, empfindet die qualvolle Ungewißheit und die Gefängnishaft um so schmerzlicher.

Fünf Monate dauert nun schon die Untersuchung in dieser Geheimbund- und Jarenbeleidigungs-Affaire. Und noch immer ist gegen die Angeklagten keine Anklage erhoben. Seit etwa drei Wochen stehen den Verteidigern die Untersuchungsakten zwecks Abschrift im Gerichtszimmer zur Verfügung. Lieber die Adressen einiger Angehörigen der Inhaftierten ist die Briefpost aufgebrochen. Es scheint aber noch immer keine Aussicht vorhanden zu sein, daß die unsrer Ansicht nach unschuldig im Gefängnis sitzenden Genossen ihre Freiheit erhalten. Wie lange wird es noch dauern? Und wer wird die Verantwortung tragen, wenn Gesundheit und Existenz derselben vernichtet sein wird? —

Wilhelm II. Während die deutschen Blätter unablässig von festlichen Empfängen berichten, die dem deutschen Kaiser auf seiner Mittelmeerfahrt zu teil werden, ist die ausländische Presse voll von sensationellen Mitteilungen über den Gesundheitszustand des Kaisers, die angeblich aus besten Quellen geschöpft sind und zum Teil auf unmittelbarer Beobachtung beruhen sollen. Wilhelm II. so wird namentlich in französischen Regierungsblättern und englischen Hoforganen berichtet, sei sich selbst über den ersten Charakter seines Leidens klar und sei deshalb von einer begrifflichen seelischen Depression befallen.

Heute nimmt nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ von diesen Meldungen Kenntnis und erklärt offiziell: „Die von einer größeren Zahl ausländischer Blätter während der letzten Tage verbreiteten unglücklichen Angaben über das Befinden Seiner Majestät des Kaisers und Königs sind ausnahmslos erfunden. Seine Majestät der Kaiser erfreut sich andauernd des besten Wohlbefindens.“

Auch auf der Berliner Börse kursierten derartige Gerüchte, die offenbar dadurch genährt werden, daß man im Auslande sich die Köpfe darüber zerbricht, warum Wilhelm II. während der ostasiatischen Verwicklungen längere Zeit von Berlin abwesend bleibt. —

Geistliche Demunziationen. Ein unwürdiges und frivoles Spiel treiben jetzt die in dem Deuthener Kopp-Prozess mit Namen bloßgestellten Geistlichen. Einer nach dem andern marschiert auf und erklärt, es sei alles nicht wahr, was die Zeugen beschworen hätten. Die „Germania“ aber, von der die Verhandlungen selbst unterschlagen worden sind, widmet nun diesen „Erklärungen“ weitläufige Betrachtungen.

Zunächst reinigen diese Erklärungen den oberdeutschen Klerus nicht, sondern verschärfen noch das Bild des religiösen Terrorismus. Erst thut man alles, um den Prozeß abgubuchen und den Geistlichen das Erscheinen vor Gericht zu ersparen. Und dann kommen die frommen und christlichliebenden Herren und verdächtigen durch gänzlich unerbittliche Beteuerungen die Zeugen, daß sie unter Eid nicht die Wahrheit gesagt hätten. Uns scheint, nicht nur die christliche Lehre, sondern bloß ein nur einigermaßen entwickeltes Taktgefühl hätte die Geistlichen unter allen Umständen zwingen müssen, jetzt zu schweigen, selbst wenn sie überzeugt wären, daß man ihnen Unrecht gethan. So stehen aber die Dinge nicht. Der Deuthener Prozeß hat ein System religiösen Terrorismus unwiderleglich festgestellt und zu dem System passen die beschworenen Einzelaussagen vollständig. —

Ein angeblicher Truppenbefehl Leutwein.

Brieflichen Privatberichten aus dem Aufstandsgebiet zufolge lautete ein Truppenbefehl des Gouverneurs vom 15. Februar:

„Werden, welche die Waffen freiwillig abgeben, können geschenkt werden; keinerlei Gnade wird jedoch gewährt den Häufelsführern, sowie denjenigen Herero, welche nachweisbar wehrlose Männer, Frauen oder Kinder ermordet oder Familien ausgeraubt und verwüstet haben. Sofern deren Persönlichkeit festgestellt werden kann, sind sie sofort nach Kriegsrecht zu behandeln.“

Wenn der Befehl in dieser Form erlassen worden ist, so ist er höchst bedauerlich. Notwendig war in erster Linie ein Befehl, der jedes Niederschießen Verwundeter und Wehrloser verbietet. Was man mit den Gefangenen später anfangen, hätte in aller Ruhe durch ein geordnetes Verfahren festgestellt werden müssen. Nun sollen aber Befehle, die sich freiwillig ergeben, geschenkt werden können. Warum ergeht hier kein kategorisches Imperativ, sie zu schonen?! Ferner: Allen Herero, die sich auch nur an der Ausrüstung und Verwüstung einer Farm beteiligt haben, soll keine „Gnade“ gegeben werden. Selbst bei einer gewöhnlichen Verurteilung war ein solcher Befehl zu hart, bei Plünderungen infolge eines Krieges erscheint er geradezu unerhört! —

Antisemitischer Schwundel. Genosse Veibel hat der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ folgende „Mitteilung“ zugesandt:

Die in Nr. 74 A der „Staatsbürger-Zeitung“ vom Montag, den 28. März, die mir erst jetzt zu Gesicht kommt, enthält in ihrem Leitartikel über den Ausfall der Jhupauer Wahl unter anderem folgende Bemerkungen in Bezug auf mich:

„Am Abende vor seiner Ankunft ließ im Hotel „Gerichtshaus“ ein Telegramm folgenden Inhalts ein: „Bitte die drei besten Zimmer für mich zu reservieren. Veibel.“ Die drei Zimmer wurden reserviert und Veibel hat in ihnen residiert wie ein Häuf.“

Diese Angaben sind von A bis Z erlogen. Die Wahrheit ist: Freunde von mir liehen ein einfaches Zimmer für mich reservieren, das ich mit dem üblichen Preise bezahlte.

U. Veibel.
Rechnliche Lügen und Fälschungen, wie die hier von Genosse Veibel berichteten, enthält der Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ noch mehrere. Die Wahlvorgänge in Jhupauer Wahlkreis haben wieder einmal die alte Wahrheit bestätigt, daß es eine gemeinere und verlogener Partei, als die antisemitische ist, nicht gibt. —

Ausland.

Frankreich.

Die Zahl der freilebenden Textilarbeiter in Roubaix und Umgebung beläuft sich nunmehr auf 400 000. Man befürchtet, daß der Ausstand ein allgemeiner werden wird; in diesem Falle würde sich die Zahl der Ausständigen auf 100 000 Mann belaufen. —

England.

Ueber den Zusammenstoß in Tibet wird aus Lina gemeldet: Nach dem Gescheh mit den Tibetern liehen mehrere Ärzte und Krankenpfleger auch den tibetanischen Verwundeten ihre Hilfe zu teil

werden. Am nächsten Tage wurde auf Tragbahnen, die von Lina geschickt worden waren, eine große Anzahl tibetanischer Verwundeter nach Lina gebracht; alle bezeugten ihre große Dankbarkeit für die Pflege, die ihnen zu teil wird. — Der politische Charakter der Mission, die noch bis Changhai vorgehen wird, wird durch das Gescheh keine Aenderung erleiden.

Ferner wird dem genannten Bureau aus Lina gemeldet: Oberst Younghusband erhielt von dem Vertreter Chinas in Lhassa ein Schreiben, in welchem dieser mitteilt, er habe den Wunsch, mit dem englischen Vertreter zusammenzutreffen, der Dalai Lama weigere sich aber, ihm die Reise zu ermöglichen; er beabsichtige daher jetzt nach Changhai zu kommen. —

Die radikalen englischen Blätter fahren fort, die Tibet-Expedition scharf zu kritisieren und ländigen der Regierung eine heftige Preßschelte an. —

Dänemark.

In einem Wahlsieg der Antisocialisten haben die Kommunalwahlen in Kopenhagen, die Dienstag stattfanden, gefehlt. Die Liste der acht antisocialistischen Kandidaten siegte über die der alliierten Radikalen und Socialdemokraten mit 17 378 bis 17 268 Stimmen gegen 16 665 bis 16 400 Stimmen. Die Stimmenzahl der Antisocialisten ist seit dem vorigen Jahr um ca. 1000 gewachsen, die der Radikalen und Socialdemokraten jedoch um ca. 2500. Im vorigen Jahre siegten die Antisocialisten mit über 2000 Stimmen Majorität, in diesem Jahre nur mit 700 bis 800. Man kann mit einer gewissen Sicherheit annehmen, daß im nächsten Jahre die Radikalen und Socialdemokraten den Sieg erzwingen, und die dann allerdings ernstlich gefährdete Demokratie in der Stadtverwaltung retten werden. Nach den diesjährigen Wahlen bleibt immer noch eine stark demokratische Mehrheit, bestehend aus 15 Socialdemokraten und 10 Radikalen gegenüber 17 Antisocialisten in der Bürgerrepräsentation zurück und außerdem ist die Demokratie im Magistrat mit drei Socialdemokraten und drei Radikalen gegenüber drei Konservativen in der Mehrheit.

Uebrigens ist die antisocialistische Bewegung sehr schnell emporgeschossen. Im Jahre 1902 unterlagen die Konservativen mit 6901 gegen 13 100 Stimmen der Radikalen und Socialdemokraten, 1903 siegten die Antisocialisten mit 16 497 gegen 14 889 und in diesem Jahre mit 17 378 gegen 16 665 Stimmen (die höchsten Stimmenzahlen der beiden Listen gerechnet). — In diesem Jahre war bei der radikal-socialdemokratischen Liste der Unterschied zwischen der Stimmenzahl des ersten und des letzten der acht Kandidaten viel geringer als im vorigen Jahre. Damals betrug er noch 449 Stimmen, diesmal erhielt unser Genosse Vörgbjerg, einer der bei der Reaktion am meisten verhassten Männer, nur 105 Stimmen weniger als der an erster Stelle stehende Obergerichtsadvokat Svabs, ein Zeichen dafür, daß die unzuverlässigen Elemente aus den Reihen der demokratischen Wähler mehr und mehr verschwinden. —

Rußland.

Ein Gemisch von unbewusster Ehrlichkeit und Heuchelei ist folgende Kammegeschichte des russischen Justizministers Murawiew, die sich in einem Bericht Murawiew's an den Zaren befindet:

„Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser internationale Gerichtshof zur Entscheidung aller Streitfragen geeignet ist, in welchen die reinen Rechtdemente vorherrschen und Fragen des politischen und nationalen Lebens der Staaten und Völker nicht berührt werden. Das vom Kaiser ins Leben gerufene große Werk bedürfe noch sorgfältiger Aufmerksamkeit seitens der Staaten, welche auf das friedliche Gedeihen der Menschheit auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit bedacht sind. Als Bürgschaft für den Erfolg des Haager Gerichtshofes seien unter anderem das allgemeine Vertrauen, die Sympathie und die Achtung anzusehen, welche die Verhandlungen des Gerichts über die venezolanische Streitfrage begleiteten.“

Wegen „reiner Rechtsfragen“ ist in der Weltgeschichte ja wohl seit den Ursprüngen der Menschheit niemals ein Krieg entbrannt. Um solche wunderlichen Kriege zu verhüten, brauchte es wirklich nicht erst der Schaffung des Haager Schiedsgerichts. Auch im venezolanischen Streitfall entschied man sich ja erst für Anrufung des Schiedsgerichts, als man die Kanonen aus politischen Gründen nicht länger sprechen lassen konnte! —

Die Japaner am Yalu.

Die Vorposten der Japaner haben nunmehr den Yalu, den Grenzfluß Koreas, erreicht. Handelt es sich anscheinend auch einstweilen nur um vorgeschobene Detachements, so dürfte doch dem Vorrücken der übrigen japanischen Truppen bis zum Yalu keinerlei Hindernis durch die Russen mehr entgegenzusetzen werden. Ob die Russen das Ueberschreiten des Yalu zu verhindern suchen werden, bleibt abzuwarten.

In Tokio wird amtlich bekannt gegeben, daß die Japaner am Montag in Widschu angekommen sind, ohne Russen in der Stadt anzutreffen. Kleine russische Abteilungen sollen laut Aussage von Koreanern noch am oberen Yalu sein, aber nur Vorposten, keine größere Truppe.

Ueber den Vormarsch der Japaner nach dem Yalu wird gemeldet:

Die Avantgarde der japanischen Armee im Nordwesten Koreas hat gestern nachmittag Shonschön ohne Widerstand zu finden befehlt. Shonschön liegt auf der nach Peking führenden Straße 18 (englische Meilen westlich von Tschongtschu, 40 Meilen südlich von Widschu). — Als die Japaner die Russen zum Verlassen von Tschongtschu zwangen, zogen sich diese in zwei Abteilungen zurück, die eine auf der Straße nach Kofan, die andere auf der nach Peking führenden Straße. Der Vormarsch der Japaner von Tschongtschu nach Shonschön vollzog sich sehr schnell. Tschongtschu ist vermöge seiner Lage ein sehr starker Platz zwischen Pingyang und Widschu. Außer seinen natürlichen Vorzügen besitzt es ein altes koreanisches Fort, welches sehr schwer zu nehmen ist, wenn es energisch verteidigt wird. Die Japaner waren sehr befriedigt über die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit welcher es ihnen gelang, die Russen zur Räumung des Platzes zu zwingen. — Dem Vernehmen nach ist auf dem Yalufuß der Eisgang vollständig eingetreten.

Die Stärke der beiden Armeen.

Shanghai, 4. April. (Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Nach Meldungen aus Kobe befinden sich gegenwärtig 260 000 Mann japanische Truppen auf dem Marsche. Außerdem sind in den Garnisonen 60 000 Mann unter den Waffen, abgesehen von den Reserven der dritten Klasse, die noch nicht mobilisiert sind. Der Generalstab bewahrt über den Feldzugsplan Stillschweigen, man nimmt aber an, daß die japanischen Streitkräfte in drei Armeen geteilt operieren werden. Die japanischen Behörden haben Tausende von Pferden requiriert und jeder Armee wird voraussichtlich eine ziemlich bedeutende Kavallerie-Abteilung zugeteilt werden. Die Pferde und die Mannschaften der Reiterei scheinen der europäischen Kavallerie nicht gleichwertig zu sein, aber die japanischen Offiziere erklären, daß die Kavallerie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen werde. Der größere Teil der nach Korea abgehenden japanischen Artillerie scheint keine schweren Geschütze zu führen, aber man glaubt, daß Japan mehrere Batterien mit schweren Geschützen besitzt, die der besten Feldartillerie ebenbürtig sind. Außerdem hat Japan mehrere Batterien Berg-Artillerie.

„Morning Leader“ meldet aus Tientsin, zwei Amerikaner, welche aus Rußland eingetroffen sind, erklären, daß die Russen zweihunderttausend Mann in der Mandschurei aufgestellt haben.

Japanische Rückendeckung.

In Tschemulpo sind 5 japanische Transportschiffe mit Artillerie, Kavallerie und Infanterie angekommen; die Truppen marschieren nach Soul. Der neue Kommandant von Soul General Faragufschir ist hier eingetroffen. — Die japanischen Truppen, die gegenwärtig in Tschemulpo ausgeschifft werden, sind Eisenbahn- und berittene Genietruppen, die eine Eisenbahn zwischen Soul und Widschu bauen sollen.

Die japanischen Socialisten und der Krieg.

Der Führer der japanischen Socialisten Sen Katagama, der, wie wir schon mitteilten, vor einigen Monaten nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika übergesiedelt ist, veröffentlicht in der „Internationalen Socialistischen Review“ von Chicago einen Artikel über den gegenwärtigen Krieg. Er schildert die Protestbewegung der japanischen Socialisten und faßt deren Einwände gegen den Krieg zusammen wie folgt: Die große Masse der japanischen Soldaten gehört der Arbeiterklasse an; es ist die Arbeiterklasse, die deshalb vom Kriege am meisten zu leiden hat; nach dem Kriege ist es wiederum die Arbeiterklasse, welche den größten Teil der Kriegskosten aufzubringen hat; dazu höchst wahrscheinlich die Kosten für Vermeerung von Militär und Flotte. Im Kriege setzten japanische Arbeiter gegen russische Arbeiter, zwischen denen selbst keinerlei Feindschaft besteht. Katagama schließt: „Ich bin gegen den Krieg, aber als ein Japaner wünsche ich nicht, daß Japan von Rußland besiegt werde; von dem Rußland, das in Kijino die Juden hingschlachtete und das die Armen und andre Nationen in brutalster Weise unterdrückt und die Arbeiter und andre Freiheitkämpfer mißhandelt und niederzuschlagen läßt.“

Der Landes-Parteitag der württembergischen Socialdemokratie.

Ein Bild erfreulicher Geslossenheit, einmütigen und zielbewußten Vorwärtstrebens bot der am Ostermontag abgehaltene württembergische Landes-Parteitag. Debatten von einer geradezu vorbildlichen Ruhe und Sachlichkeit, dabei aber der unverwundbare Geist reger und werthvoller Parteiliebe drückten dem Parteitage ihr Gepräge auf. Für die feste und gesunde Entwicklung der Partei legten die vom Vorsitzenden des Landesvorstandes, Genossen Sperka, und vom Parteisekretär Wasner erstatteten Berichte Zeugnis ab. Aber auch die Befehdung der Landesversammlung durch 292 Delegierte, die 142 Parteiorde vertraten, wies gegenüber dem Vorjahre einen erheblichen Zuwachs auf.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes ist von besonderem Interesse die ziffermäßige Feststellung der großen, aber soliden Fortschritte, die die Partei in Württemberg gemacht hat. Im Jahre 1891/92 gab es in Württemberg nur 50 socialdemokratische Mitgliedschaften, im Berichtsjahre 190. Die Mitgliedsbeiträge wuchsen im gleichen Zeitraum von 2578 M. auf 10 193 M., der Stimmenzahl von 21 000 bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 stehen die 100 000 Stimmen, die wir bei der vorjährigen Wahl erzielten, imponierend gegenüber. Für die Solidität der Parteiverhältnisse spricht auch, daß die Agitation bei den letzten Reichstagswahlen ausschließlich durch einheimische Redner bestritten werden konnte. An diesem Aufschwunge fällt dem Landesorgan, der „Schwäbischen Tagwacht“ ein gut Teil des Verdienstes zu. Genosse Sperka konstatierte, daß ihre principielle Haltung in parteitaktischen Fragen die Zustimmung der Genossen im ganzen Lande gefunden habe, und die „Schwäbische Tagwacht“ sich eine achtunggebietende Stellung in der Öffentlichkeit erobert hat. Das findet Ausdruck auch in dem erfreulichen finanziellen Ergebnis der „Schwäbischen Tagwacht“. Sie weist gegenüber dem Vorjahre bei einer Vermehrung der Abonnentenzahl um 2000 eine Mehreinnahme von 14 000 M. auf und erzielte einen Reingewinn von 7594 M., von dem 3000 M. für die Wahlagitation verwendet, 1000 M. dem Berliner Parteivorstand zugeführt wurden.

Die sich an dies Referat anschließende Debatte ergab die einmütige Zustimmung der Delegierten zu der Haltung der Parteiorde, dessen redaktionelle Führung warme Anerkennung fand. Ein Redner, Genosse West-Bohmann, bezeichnete die Versuche einzelner Personen, dem revisionistischen Gesank auch in Württemberg Eingang zu verschaffen, als aussichtslos.

Reinigungsverschiedenheiten gab es nur über die Notwendigkeit von Wahlagitationskosten für Inserate in den lokalen „parteilosen“ und „Antsbältern“. Es ist eine eigenartige Erscheinung des Wahlkampfes in Württemberg, daß der Inseratenteil der Amtsblätter von der Socialdemokratie in manden Orten zur Veröffentlichung von Flugblättern, Polemiken u. dgl. benutzt wird. Es wurde geltend gemacht, daß dies notwendig ist, um den Ärgern der Gegner wirksam zu begegnen. Die Debatte wurde mit dem Ausdruck des Dankes für Landesvorstand und Landesauschuß geschlossen.

Die Nachmittags-Sitzung wurde im wesentlichen ausgefüllt durch die Referate des Landtags-Abgeordneten Klotz und des Reichstags-Abgeordneten Lindemann über den dem Landtag zur Beratung vorliegenden Entwurf einer Gemeinde-Verwaltungs-Neform. Genosse Klotz ging mit großer Sachkenntnis auf die Einzelheiten des Entwurfes ein. Für die Verfassung des württembergischen Staates ist kennzeichnend, daß in der Ortsarmenverwaltung für Stuttgart neben den 27 Gemeinderäten 21 Geistliche Sitz und Stimme haben, die sich außerdem vertreten lassen können, was den Gemeinderäten verwehrt ist, und so daß eigentliche Verfügungsberechtigung über etwa 500 000 Mark Gemeindegelder besitzen. Genosse Lindemanns Referat kennzeichnete vornehmlich den volkseindlichen Charakter der geplanten „Reform“ und wendete sich scharf gegen die Volkspartei, die ihr mächtigstes Gethan hat, den antidemokratischen Zug des Entwurfes noch zu verschärfen. Die Volkspartei hat sich bei ihrer Haltung lediglich von der Rücksicht auf die Erhaltung ihrer künstlich aufgebauten Herrschaft auf dem Stuttgarter Rathaus leiten lassen. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Gauß hat sich aus Sorge um die Herrschaft der Volkspartei in einem Freunde zu einem Gegner der Proportionalwahl entwickelt. Wäre es der Volkspartei ernst mit ihrer Demokratie, so müßte sie sich der Socialdemokratie anschließen, die für die Gemeindeverwaltung das Ein-stimmigkeitssystem fordert, ferner ein allgemeines Wahlrecht unter Jugenddelegation der Einwohnergemeinde, die Abschaffung der Lebens-länglichkeit der Ortsvorsteher (auch der im Amt befindlichen). Alle diese Forderungen werden von der „demokratischen“ Volkspartei bekämpft. Nach kurzer Debatte wurde eine in Sinne der Referate gefasste Resolution einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, der die socialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevollregien zu einheitlichen und geschlossenen Vorgehen verpflichtet. Der Antrag war infolge verschiedener Vorkommnisse in letzter Zeit (auch in Stuttgart) nicht ohne Berechtigung.

Die von Klara Zetkin befürwortete Entsendung eines Delegierten zum Internationalen Kongreß wurde einstimmig beschlossen und mit Einstimmigkeit der von Klara Zetkin vorgeschlagene Genosse Sperka als Delegierter gewählt. Mit der gleichen Einstimmigkeit erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Landesvorstandes.

So konnte der Vorsitzende Genosse Dieß in seinem Schlußwort die vorbildliche Einmütigkeit der württembergischen Socialdemokratie rühmen, die von Erfolg zu Erfolg schreite. Er wies auf Dresden hin und auf die Unkenntnis jener Kleinmütigen, die aus dem Dresdener Parteitag einen Niedergang der Socialdemokratie voraussetzten. Aber, wenn die Form der Dresdener Erörterungen eine mildere gewesen wäre, so hätten sie sehr großen Nutzen stiften können. Und auch so, wie jetzt die Dinge liegen, kann man nicht sagen, daß Dresden uns geschadet hat. Es hat genügt, indem es manchen veranlaßt hat, nachzudenken, ob er denn nicht

vom Wege abgetretet sei. Der Zufall, den die letzten Jahre der Partei aus den Reihen des Bürgertums gebracht haben, birgt Gefahren; da ist mancher darunter, der die Eierstöcke bourgeoiser Herkunft erst abstreifen muß. Hier wurzeln in letzter Linie die Konflikte, die in Dresden zum Austrag kamen. Die württembergische Sozialdemokratie steht unentwegt auf dem alten proletarischen Standpunkt, und wir wissen, daß uns das Ausgehen dieses Standpunktes nur gefährlich werden kann. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende um 7 Uhr abends den Landesparteitag, der in seinem schönen Verlauf und dem Geiste zielbewußter Entschlossenheit den Gegnern wenig Freude machen wird.

Landeskonferenz der Sozialdemokratie Sachsens.

Chemnitz, 5. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Landeskonferenz ist aus allen Wahlkreisen reichlich besetzt, es werden 87 stimmberechtigte Mitglieder gezählt, darunter eine größere Zahl Reichstags-Abgeordneter. Niemann, Chemnitz und Landgraf-Limbach werden zu Vorsitzenden gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Centralkomitees über Organisation und Agitation, sprechen Sieder mann- und Braune-Dresden. Die daran anschließende und abends noch nicht beendete Debatte behandelt fast ausschließlich die Wahl im 20. Kreise und die Vorgänge bei Aufstellung der Kandidatur Göhre. Es liegen dazu ein Antrag sowie eine Resolution vor, die dahin gehen, daß bei Aufstellung der Kandidaturen die Agitationskomitees und das Centralkomitee, in Streitfällen die Leitung der Gesamtpartei mitzuwirken und zu entscheiden haben. Genossen aus dem 20. Kreise wenden sich gegen das Eingreifen der Komitees in der Kandidaturfrage. Mitglieder der Komitees und zahlreiche Redner wenden sich gegen die Aufstellung Göhres, der aus allgemeinem Parteinteresse unbedingt entgegengetreten werden mußte. Die Debatte verlief sehr sachlich und wird am Mittwoch fortgesetzt.

Wir lassen hiernach noch aus dem bereits vorliegenden Bericht eines bürgerlichen Berichterstatters die Verhandlungen folgen, die sich auf die Wahl im 20. Kreise bezogen. Danach führte Sieder mann beim Bericht des Centralkomitees aus:

Die heutige Landesversammlung werde zu entscheiden haben, wen die Schuld an dieser Niederlage der Sozialdemokratie trifft, und sie werde Beschlüsse zu fassen haben, die die hier gemachten Fehler in Zukunft verhindern. Redner schildert den Hergang bei Vorbereitung der Wahl im 20. Kreise und berührt auch den Fall Göhre. Für die Sozialdemokraten habe es niemals eine Rolle gespielt, ob ein Kandidat Revisionist oder radikal sei. Ein Wahlkreis könne nicht souverän in allen Wahlangelegenheiten sein. Die Komitees seien dazu da, die Wahlen zu bestimmen, nicht der Kreis allein. Gegen Göhre mußte man sich wenden, weil er sein Mandat niederlegte, ohne die Genossen des 15. Wahlkreises zu fragen. Wenn Göhre aus gekränktem Ehrgefühl, weil man ihn angeblich als Mandatsjäger bezeichnete, sein Mandat niederlegte, so hätte er das schon vor drei Jahren thun müssen, wo sich der Leipziger Wahlkreis aus schärfste gegen ihn wendete. Nicht dem Abgeordneten, sondern der Partei gehöre das Mandat. Es war beschämend, wie Göhre vorging. Er legte das Gewehr nieder, obwohl er in der vordersten Front stand, und schickte sein Gewehr durch den Direktor des Reichstages zurück mit der Motivierung, daß sein Lebenssoldat ihn gekränkt habe. Das sei ein unerhörter Zustand, der Opfer nicht würdig, die die Sozialdemokratie gebracht habe. Göhre habe einen Mißbrauch mit seinem Mandat getrieben, der auf's schärfste zu brandmarken ist. Man habe Göhre ein Mißtrauensvotum erteilt und mit diesem Mißtrauen der ganzen Partei betraut, sollte Göhre nunmehr im 20. Kreise, Jschopau-Marienburg, kandidieren. Das dürfte nicht sein, wollte man nicht gewärtigen, daß Göhre uns wieder das Mandat vor die Füße warf. Aber solchen Zuständen muß vorgebeugt werden. Göhre konnte nicht in dem Nachbarwahlkreis des 15. Kreises, im 20. Kreise, aufgestellt werden. Der Parteivorstand in Berlin legte sich ins Mittel und beauftragte Göhre zurückzutreten, worauf man Pankau vorschlug, wenn gleich zahlreiche andre Kandidaten vorhanden waren. Man würde in Jschopau-Marienburg mit 1000 Stimmen Majorität gesiegt haben, wenn man nicht bei der Hauptwahl die 1100 Arbeiterwähler, die auf den Listen standen, aber verzogen sind, zurückgewiesen hätte. Es wäre das größte Trauerspiel, wenn ein Wahlkreis nur durch eine Person zu erobern wäre, wenn man nur für die Person, nicht aber für die Partei stimmen wollte. Vor allen Dingen müsse gefordert werden, daß ein Wahlkreis sich unbedingt den Grundsätzen der Partei unterwirft, und der Hauptgrund dafür ist die Disziplin, die die Partei so groß gemacht habe. Wohl werde die bürgerliche Presse hier wieder von „Terrorismus“ reden — das sei aber eine absichtliche Fälschung der Dinge. So weit dürfe man den demokratischen Vögen nicht spannen, daß man einen Wahlkreis ein souveränes Selbstbestimmungsrecht über die Kandidatur überlasse. Man würde sonst zu französischen Zuständen, zum Villereandismus und Jaurismus gelangen. Und das würden die deutschen Industrie-Arbeiter sich nicht gefallen lassen. Redner schildert sodann die Mängel der Organisation in Sachsen und meint, in Sachsen sei noch ein großes Agitationsfeld vorhanden, das sodann schöne Ernten erwarten lasse.

Den Kassenbericht erstattet Braune-Radeberg.

Für Agitation sind 11 000 M. ausgegeben worden, davon kamen 10 000 M. vom Parteivorstand in Berlin. Der Kassenbestand am 15. März er. betrug 1088 M., die Bilanz schließt mit 18 877 M. ab. Für die Aufklärungsarbeit müsse das Centralkomitee größere Mittel fordern. Wäre diese Aufklärungsarbeit im 20. Kreise Jschopau intensiver gewesen, so wäre der Kreis nicht verloren gegangen. Die Wochenbeiträge müssen vom 15. bis zum 20. Kreise durchweg erhöht werden. Einzelne Kreise zahlen nur 1 bis 2 Pfennige Wochenbeiträge. Für Pfennige Wochenbeiträge müsse der Arbeiter aber für das Proletariat unbedingt aufbringen. Was die Wahl im 20. Kreise betreffe, so liege die Schuld an den Genossen im Kreise, die die Wahlkomitees und das Centralkomitee nicht gefragt haben. Es war nicht Animosität, das die Komitees veranlaßte, die Kandidatur Göhres zu bekämpfen, sondern die Erwägung, daß eine solche Komödie nicht wieder vorkommen dürfe. Göhre habe sich im 20. Kreise wahrscheinlich aus Kerger über die Dummheit, die er mit seiner Mandatsniederlegung beging, aufstellen lassen. Jedenfalls beweise der Wahlausfall, wie viel noch im 20. Kreise zu thun sei. Diejenigen Genossen, die sich durch die hier geübte Kritik getroffen fühlen, mögen vor allen Dingen das Leichtere lassen und getreu dem Programm der Partei folgen. Ein Antrag Fischer auf unbeschränkte Redezeit für den vorliegenden Punkt der Tagesordnung wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Gradnauer auf Gewährung einer Redezeit von zwanzig Minuten angenommen, und es wird sodann die Diskussion über den Bericht des Centralkomitees eröffnet. Müller-Glauchau (17. Kreis) meint, man dürfe nicht so weit gehen wie im 16. Kreise, wo gesagt worden sei, wenn die Kandidatur Göhre aufrecht erhalten werde, bewillige man keinen Mann und keinen Groschen. Redner ist in unsern Reihen der Personenkultus zu sehr eingegriffen. Die Befürchtung Sieder matts, daß es bei uns zu französischen Zuständen kommen könnte, sei übertrieben. Dazu sei die Reichstagsfraktion zu stark.

Riegel, Jschopau erklärt eingehend das Zustandekommen der Kandidatur Göhres. Eine Sitzung in Berlin über die Kandidaturfrage sei resultatlos verlaufen, aber alle Vertrauensleute des Wahlkreises seien für Göhre eingetreten. Erst in Chemnitz sei das Wort gefallen: Für Göhre keinen Mann und keinen Groschen. (Rufe: Psst!) In wiederholten Sitzungen der Agitationskomitees habe man sich alle Mühe gegeben, den 20. Kreis von Göhre abzubringen. Hätte Göhre freiwillig auf die Kandidatur verzichtet, so würde man ihm wahrscheinlich denselben Vorwurf gemacht haben wie bei seiner Mandatsniederlegung. Göhre ist und nicht nachgelassen, er hat

keinen Finger ausgestreckt, um die Kandidatur zu ergattern. Redner weist den Vorwurf zurück, daß der 20. Kreis gegen die Parteiprinzipien gehandelt habe und erklärt, man habe in Berlin dem Komitee gesagt, man misse sich prinzipiell in Kandidaturfragen nicht ein, darin sei der Wahlkreis souverän, man misse sich nur ein, wenn ein Kandidat nicht ganz einwandfrei sei. Selbst in Berlin habe man Göhre als den geeigneten Kandidaten für den Kreis bezeichnet. (Rufe: Wer war das?) Wollte man Anklagen gegen den 20. Kreis erheben, so müsse man die dortigen Verhältnisse berücksichtigen. Man müsse im 20. Kreise mit aller Macht und mit allen Mitteln in die Organisation eintreten. Auch alle jene, die den 20. Kreis in der Agitation sitzen ließen, tragen gleichermaßen die Schuld an dem Wahlausfall. Es tritt sodann eine Mittagspause ein.

Der Kongress der belgischen Sozialdemokraten.

Brüssel, 3. April. (Eig. Ber.)

Heute morgen ward in dem Brüsseler Volkshause der 19. Kongress der belgischen Arbeiterpartei eröffnet. Zahlreiche Abgeordnete, welche die 500 zu der Partei gehörigen Vereine vertreten, füllen den großen, mit roten Fahnen geziertern Festsaal.

Genosse Vandervelde hielt die Eröffnungsrede. Genosse Coenen gab den Bericht über die Tätigkeit der Federation der Jünglingsvereine. Diese zählt 113 Vereine mit 19 000 Mitgliedern. Wegen eines illustrierten Plakates gegen den Militarismus sind fünf Vorstandsmitglieder des Jünglingsbundes gerichtlich verfolgt worden.

Frau Zellmanns gab einen interessanten Bericht über die sozialdemokratischen Frauenvereine. Diese sind im allgemeinen Parteivorstände vertreten; sie geben drei Monatshefte aus und haben, vornehmlich in den wallonischen Distrikten, die Arbeiterfrauen in Krankenkassen organisiert.

Das vornehmste Hindernis der Frauenorganisation liegt in der Unwissenheit der Frauen und auch in dem Mißtrauen der großen Mehrzahl der Männer, die dem reaktionären und veralteten Sprichwort: „Die Frau in die Küche“ treu geblieben sind. Die Rednerin forderte die Hilfe der Männerorganisation, nicht um eine Geschlechtsbewegung zu unterstützen. Andre Redner treten dieser Meinung bei und mit allen Stimmen wird der Bericht in diesem Geiste angenommen.

Der Kongress nimmt auch eine Resolution an zu Gunsten des Frauenwahlrechts in gewerblichen und andren Arbeiterschiedsgerichten. Bevor die Morgen Sitzung geschlossen wird, beschließt der Parteitag die folgenden Sympathie-Erklärungen:

- An die ungarischen, italienischen und holländischen Parteikongresse;
- an die englischen Arbeiter bei Gelegenheit der nächsten Wahlen und zur Ermutigung in ihrem Kampfe gegen die Politik Joe Chamberlains;
- an die streikenden Weber von Roubaix und Tourcoing (mit Zulage von 1000 Franc);
- an die russische und japanische Sozialdemokratie wegen ihres tapferen Auftretens gegen den Krieg.

Die Versammlung behandelt danach die erste Frage: Die Wahl-agitation und die Taktik der Sozialdemokratie.

Der erste Redner ist Vandervelde. Er verteidigt folgende durch den Parteivorstand vorgeschlagene Resolution:

„Der Parteitag, obwohl er die Notwendigkeit einer übereinstimmenden Aktion der demokratischen Oppositionsparteien für Eröberung des gleichen allgemeinen Wahlrechts, des obligatorischen Unterrichts und der Einschränkung der Militärausgaben nicht in Zweifel zieht, fordert die sozialdemokratischen Arbeiter auf, den Wahlkampf zu führen mit dem festen Willen, das ganze sozialdemokratische Programm und die politischen, ökonomischen und sittlichen Forderungen der internationalen Sozialdemokratie zu verwirklichen.“

Die belgische Sozialdemokratie, sagt er, steht vor zwei wichtigen Kämpfen. Bei den Provinzialwahlen gilt es, uns eine Vertretung zu schaffen, in Brabant und Hainaut und in der Provinz Lüttich drei oder vier Sitze zu erobern, um die absolute Mehrheit in dem Lütticher Kreislandtage zu bekommen. Wenn irgend Stichwahl eintritt, ist unsre Pflicht deutlich und klar vorgeschrieben: die Konserwativen müssen wir bekämpfen.

Was die Parlamentswahlen angeht (die Hälfte der Kammern und Senatsmandate müssen erneuert werden) ist unsre Taktik auch sehr einfach. Genosse Verbrand hat vorgeschlagen, eine besondere Agitation zu führen zur Eröberung der drei dringenden Forderungen: Allgemeines Wahlrecht, gleiche Schulpflicht, Verminderung der Militärausgaben, der Dienstdauer und Abkündigung der Stellvertretung. Die Wichtigkeit dieser Forderungen wollen wir nicht verlernen. 21 Prozent unserer Bevölkerung sind unmoralisch. Die Militärausgaben belaufen sich auf 80 Millionen Franc und die Armen allein sind die Opfer des Militarismus. Die Wahlrechtsfrage beherrscht unsre Landpolitik; so lange die vollkommene politische Gleichheit in Belgien nicht eingeführt wird, ist der Friede in unserm Lande nicht möglich. Aber die ökonomischen Verhältnisse sind so, daß heute mehr als je die sociale Frage bei den Wahlen aufgerollt werden muß. Der Redner beruft sich auf Lofalle, der sagte, daß die Arbeiter die Forderungen der bürgerlichen Demokratie unterstützen müssen mit dem Doppelziel, der arbeitenden Klasse einige Vorteile zu verschaffen oder den klaren Beweis zu liefern von der Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie.

Vor zehn Jahren war das belgische Proletariat im Parlament nicht vertreten. Herr Boesie prophezeigte, daß die Arbeiterpartei keinen einzigen Sitz bekommen werde.

Run, die Antwort des Proletariats lautete: 300 000 sozialdemokratische Stimmen und 29 Kammerdeputierte. Zwei Jahre später belanien wir 496 000 Stimmen und 30 Sitze.

1902, nach der Niederlage in unserm Kampfe für das gleiche Wahlrecht, verloren wir 17 000 Stimmen und behielten unsre parlamentarische Fraktion.

Darf man in diesem Fall von einem Zurückgehen der belgischen Sozialdemokratie sprechen?

Die Sozialdemokraten Deutschlands haben in ihren mutigen und hartnäckigen Kämpfen gegen das Bürgertum andre Schwierigkeiten zu überwinden. Und doch haben sie gestiegt und bleiben sie die lebenden Meister und die Hoffnung der internationalen Sozialdemokratie.

Hoch die Herzen! Tapfer zum Streit, und die nächsten Wahlen werden die wachsende Kraft der belgischen Sozialdemokratie glänzend beweisen.

Die Rede wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde die Resolution des Parteivorstandes angenommen und der Kongress beschloß die Verteilung der Rede in 300 000 Exemplaren.

Demnach beschloß der Kongress, daß die Maidemonstration einen besonders ökonomischen Charakter haben soll, und daß die Teilnehmer an den Manifestationen eine Petition unterzeichnen sollen, welche von der Kammer die Zustimmung zu den Vorschlägen Verbrand und Mareille für einen Normalarbeitstag fordert.

Den letzten Gegenstand bildete die Resolution Vandervelde, die Konsumvereine, welche den Alkoholverkauf nicht verboten haben, vom Kongress anzuschließen.

Die Genossen aus Lüttich und Bierbiers, wo der Alkoholverkauf bis heute nicht im Volkshause verboten ist, beantragen, daß ihnen ein Aufschub von drei Jahren gewährt werde, stimmten der Resolution zu, welche für den nächsten Kongress die Konsumvereine ausschließt, die den Alkoholverkauf nicht verboten haben. Montag findet eine Privat Sitzung statt.

Der zweite Verhandlungstag war inneren Parteiangelegenheiten gewidmet. Es kam zuerst zur Sprache, daß sozialdemokratische Kammerdeputierte oft bei wichtigen Abstimmungen gefehlt haben. Der Kongress fordert in einer Resolution die Belantragung der Namen der fehlenden Abgeordneten aller Parteien. Die Abwesenden sollen die Gründe des Fehlens angeben.

Der Kongress schloß ferner einen Beschluß zu Gunsten eines Denkmals für die in Löwen 1902 Ertrunkenen.

Zu den Parteivorstand werden einstimmig gewählt die Genossen Gullé de Gaumont sowie die Genossen G. Leruy, Raes, Delwinne, Leken, Coenen, Delporte und Baech.

Für den internationalen Kongress werden die Genossen Vandervelde und Ansele gewählt.

Partei-Nachrichten.

Mit der Wahl im 20. sächsischen Kreise beschäftigte sich am zweiten Osterfeiertag die Generalversammlung des Wahlvereins dieses Kreises. Nach längerer Debatte wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Königs Wasthof zu Gelenau tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 20. sächsischen Reichstagswahlkreis bedauert aufs lebhafteste den Ausfall der Nachwahl für den verstorbenen Genossen Rosenow, ganz besonders auch deshalb, weil der Unterlegene ein im Kampf erprobter Parteigenosse ist. Die Versammlung ist aber der Meinung, daß der Partei und dem Kandidaten diese Niederlage sehr wohl hätte erspart bleiben können, wenn die zuständigen Komitees mit der Kreisleitung rechtzeitig Fühlung genommen hätten, wie es bisher in der Partei üblich war. Ehe man aber geeignete Vorschläge machte, stellte man sich auf den in diesem Falle gewiß deplazierten Standpunkt: Keinen Mann und keinen Groschen für den Wahlkampf, wenn man sich nicht den gemachten Vorschlägen anschließt. Nachdem die Genossen des Kreises durch Aussprüche hervorragender Genossen in ihrer Meinung befestigt worden waren, daß gegen die Kandidatur Göhre Einwendungen wohl nicht gemacht werden könnten, von einem Abgeordneten sogar geäußert wurde, Göhre ist der für den Kreis geeignete Kandidat, war ein diesbezüglicher Parteivorstandesbeschuß nur zu erklärlich. Gegen einen so einstimmig gefaßten Beschluß aber mit so rauher Faust einzugreifen, dürfte kaum zur Kompetenz der Agitationskomitees gehören. Nur der ausgeprägten Parteidisziplin und der Ueberzeugungstreue unser Wähler ist es zu danken, daß der Mißschlag nicht noch stärker war. Gätten alle diejenigen Genossen nicht für Pankau gestimmt, die die Handlungsweise der Agitationskomitees mißbilligten, so wäre das Resultat ein noch viel beschämenderes gewesen. Aus Grund der erhaltenden Stimmen legt die heutige Versammlung aber ganz entschieden Verwahrung gegen den immer wiederkehrenden Vorwurf ein, die leitenden Genossen seien nicht mit der nötigen Energie für die Wahl des Genossen Pankau eingetreten oder seien sonst in der Agitation lässig gewesen. Ungerechtfertigt ist aber auch der Vorwurf gegenüber der „Volkstimme“, wenn gesagt wird, sie habe nicht ihrer Pflicht gemäß im Wahlkampfe. Wenn ihr ein Vorwurf gemacht werden könne, so nur deshalb, weil sie den 20. Kreis im Kampfe für die Kandidatur Göhre und gegen die ganz traditionswidrige Handlungsweise der Agitationskomitees nicht genügend unterstützt hat. Noch unfinniger sind aber die Vorwürfe einiger weniger Parteiblätter, als seien auch die Flugblätter nicht recht agitatorisch wirksam gewesen, und nicht rechtzeitig erschienen, denn sie sind doch gerade von den Genossen geschrieben, die durchaus nicht zu den Feigen gehören und auch nicht von dem sogenannten Revisionismus angekränkt sind. Und wenn dann ein solches Blatt auch noch tabelt, daß man nicht schlagfertig gewesen sei, so wollen wir dem bloß entgegenhalten, daß einigen Abgeordneten die Agitation noch zu schnell gekommen zu sein scheint, denn als sie auf Grund ihrer Zusage zur Agitation gerufen wurden, lehnten sie ab und ließen den Kreis sitzen. Schließlich giebt die Kreisversammlung der Hoffnung Ausdruck, daß die Landesversammlung in dieser Angelegenheit Beschlüsse fassen, die den Wahlkreisen die Souveränität unter allen Umständen wahrt.“

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln blühte am 1. April auf ein zehnjähriges Bestehen als selbständiges Tagesblatt zurück. Entstanden war sie aus einem Kopfbblatt unfres Eilberfelder Parteiblattes und 1888 unter dem Titel „Kölner Arbeiter-Zeitung“ zum erstenmal erschienen. Den Namen „Rheinische Zeitung“ nahm sie 1892 an, wobei sie sich mit einem Leitartikel unfres verstorbenen Genossen Rosenow einführte. Auch dieser Kämpfer für die Befreiung des Proletariats hat sich aus kleinen Anfängen unter schwierigen Verhältnissen zu einem angesehenen Blatte aufgeschwungen, das in der Arbeiterbewegung des Rheinlandes eine ausschlaggebende Stellung einnimmt. Wir wünschen Glück zum ferneren Gedeihen!

Zum Parteisekretär in Frankfurt a. M. wurde der Genosse Dittmann, bisher Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen gewählt.

In seinem Artikel „Demokratie“ im „Vorwärts“ vom 3. April beruft sich Genosse h. w., um darzutun, daß die Autonomie der Wahlkreise mit den Grundfragen der Demokratie nichts zu thun habe, auf unsre Forderung des Proportional-Wahl-systems. Er meint:

„Bei einem Proportional-System gäbe es keinen andren Weg der Kandidatenaufstellung, als daß der Parteivorstand, vielleicht nach Vorschlägen lokaler Organisationen, unter billiger Berücksichtigung aller Gegenden des Reiches die Kandidatenliste anlegte und sie dem Parteitage zur Beschlußfassung vorlegte.“

Da das Proportional-Wahl-system in der That das demokratische Standpunkt aus einzig gerechte und vernünftige System darstellt, so wäre, wenn Genosse h. w. mit seiner Behauptung recht hätte, die Forderung der Wahlkreisautonomie als nicht mit der Demokratie zusammenhängend geseuzichnet.

Genosse h. w. irrt aber faktisch durchaus. Er vertwehelt das Proportional-Wahl-system mit bestimmten Formen desselben, und zwar gerade mit solchen, die gänzlich unpraktisch und keineswegs erstrebenswert sind. Die besten Proportional-systeme fußen durchaus auf der Einteilung in Wahlkreise und der Kandidaten-Aufstellung durch die Wahlkreise. Die Kandidatenliste der Gesamtpartei setzt sich zusammen aus den Kandidaten der autonomen Wahlkreise. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen bestimmt die Gesamtzahl der gewählten Abgeordneten; die Reihenfolge der Kandidaten, die ja darüber entscheidet, welche Kandidaten als gewählt zu betrachten sind, wird aber nicht von irgend einer (centralen oder sonstigen) Instanz bestimmt: es sind vielmehr die Kandidaten derjenigen Wahlkreise als gewählt zu betrachten, die die meisten in Stimmen aufweisen, und zwar der Reihe nach so weit, bis die Zahl der Abgeordneten, die der Partei nach dem Proporz zukommt, erschöpft ist.

Ich habe das ganze Verfahren seiner Zeit ausführlich in einem Artikel („Für ein proportionales Wahl-system“, im II. Jahrgang des „Sozialistischen Akademiker“, Nr. 9, S. 541 ff.) dargelegt, auf den ich diejenigen, die sich für die Sache interessieren sollten, verweise.

Ich habe aus dem Artikel des Genossen h. w. diesen einen Punkt herausgegriffen, weil m. E. einzig das darin enthaltene Argument, wenn es zuträfe, geeignet wäre, diejenigen, die die autonome Kandidatenaufstellung durch die einzelnen Kreise als eine Forderung der Demokratie erachten, in ihrer Anschauung wandeln zu machen.

J. Bloch.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wahntagendtag für die Putzer.

Am Dienstag tagte in Kellers Saal eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Putzer. Auf der Tagesordnung stand das Thema: Ist die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für unser Gewerbe eine Notwendigkeit geworden? Zu dieser Frage führte der Referent Reumann aus: Als die Putzer Berlins im Jahre 1890 eine Verkürzung der neunstündigen Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden erreichten, wurde die Errungenschaft nur als Abschlagszahlung auf die Forderung des achtstündigentages betrachtet. Die Putzer haben seitdem nicht geruht, auf die Erfüllung dieser Forderung hinzuwirken. Wenn noch kein

erstes Vorstoß nach dieser Richtung geführt worden ist, so lag das daran, daß die Verhältnisse der Durchführung des Achtfundentages nicht günstig waren. Kürzlich ist diese Angelegenheit wieder in einer Mitglieder-Versammlung der organisierten Püher zur Sprache gekommen und man hielt es für notwendig, daß eine öffentliche Versammlung der Püher zu der Achtfundentage-Stellung nehme. Die Einführung der achtfundentagigen Arbeitszeit ist jetzt eine Notwendigkeit geworden, denn Berlin hat sich in den letzten Jahren so vergrößert, daß der Weg, den die Püher nach und nach von der Arbeitsstätte zurücklegen haben, täglich wenigstens zwei bis drei Stunden erfordert. Die Konjunktur ist der Durchführung der Bewegung günstig, denn Arbeitsgelegenheit ist reichlich vorhanden. Da die Püher im Accord arbeiten, und eine Erhöhung der Accordlöhne nicht fordern, so kann es den Unternehmern wohl gleichgültig sein, ob die Püher 8 1/2 oder 8 Stunden arbeiten. Aber, wenn die Forderung des Achtfundentages gestellt wird, so wird der Verband der Baugesellen auf dem Plan erscheinen, denn für ihn ist es eine Prinzipienfrage, daß die Arbeitszeit nicht verkürzt wird. Ganz glatt würde es vielleicht nicht mit der Durchführung des Achtfundentages gehen. Das alles müßten die Kollegen bedenken und danach ihre Entscheidung in dieser wichtigen Angelegenheit treffen. — An der Diskussion beteiligte sich eine große Zahl der Anwesenden. Die meisten Redner traten dafür ein, daß die achtfundentagige Arbeitszeit sogleich eingeführt werde. Ein kleinerer Teil der Diskussionsredner, die zwar auch für den Achtfundentag waren, gaben zu bedenken, daß man nicht sicher sei, ob alle Kollegen die achtfundentagige Arbeitszeit innehalten werden, namentlich sei man nicht sicher, wie sich die außerhalb des Verbandes der Maurer stehenden Püher, die sog. Harmlosen, zu der Frage stellen.

Die Versammlung beschloß nahezu einstimmig, daß der Achtfundentag für die Püher in kürzester Zeit durchzuführen ist. Nachdem so die Einführung des Achtfundentages im Prinzip angenommen war, billigte die Versammlung folgende von Neumann vorgeschlagene Bestimmungen zur Durchführung des Beschlusses:

Vom heutigen Mittwoch an wird nur noch acht Stunden gearbeitet. Sollte es aus diesem Grunde wider Erwarten auf einzelnen Bauten zu ersten Differenzen kommen, so ist Meldung an das Bureau der Püher zu machen. Ende der Woche wird festgestellt, wie weit der Achtfundentag durchgeführt ist. Am Sonntag findet dann eine Mitglieder-Versammlung der im Maurerverbande organisierten Püher statt, welche sich mit dem Ergebnis der Feststellung zu befassen hat.

Achtung! Junges fernhalten!

Die Leitergerüstbauer, Arbeiter und Aufseher der Firma Funke u. Co. (S. Altmann), Charlottenburg, Spandauerstraße, befinden sich seit gestern wegen Differenzen, die bei Ablauf des Tarifs ausbrachen, im Streik. Von 82 Arbeitern legten 48 die Arbeit nieder. Im Laufe des Tages schlossen sich noch drei Mann an, so daß sich jetzt 49 Mann im Ausstande befinden. Alle sind organisiert.

Achtung, Schuhmacher. Der Streik in der Filzschuhfabrik von Schweiger, Hungestr. 20, ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Herr Schweiger hat den Einleitern für den strittigen Artikel 60 Pf. pro Dutzend ohne Binden, bewilligt und werden die Brandisohlen fertig geliefert. Damit sind die ursprünglichen Forderungen der Einleitern bewilligt worden. Sämtliche Ausständige kehren wieder an ihre Plätze zurück.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher Deutsches Reich.

Der Streik der Schmieide bei der Waggonfabrik Steinfurt in Königsberg ist zu Gunsten der Schmieide beendet. Die Forderungen eines Tarifvertrages sind anerkannt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeitswiederaufnahme beginnt am 5. April.

Aus Industrie und Handel.

Der Stahlwerks-Verband hat sich in Düsseldorf in das Handelsregister eintragen lassen und zwar, wie es neuerdings bei den Syndikaten üblich geworden ist, als Aktiengesellschaft. Das Grundkapital von 400 000 M. ist eingeteilt in 2000 auf den Namen lautenden Aktien von je 200 M. Als Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, werden genannt: Geheimere Kommerzienrat Adolf Nordoff, Generaldirektor, Kachen; Fritz Lob, Hüttendirektor, Dortmund; Louis Köhling, Hüttenbesitzer, Böllingen; Regierungsrat Peter Scheidtweiser, Oberhaußen; Edmund Weisdoerff, Generaldirektor, Rastatt-Durbach. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens vier, höchstens zwölf von der Generalversammlung gewählter Mitglieder. Die ersten Aufsichtsratsmitglieder außer Herrn Lob-Dortmund, Nordoff-Kachen und Köhling-Böllingen sind: Fabrikbesitzer August Zehner, Wilhelm (Mühl); Fabrikdirektor Dr. Adolf Schmidt-Olsen; Rechtsanwalt Wilhelm Meyer-Hannover; Hüttendirektor Robert Kofler-Dortmund; Hüttendirektor Ludwig Grohberger-Kneutlingen (Vöhringen) und Bergassessor a. D. Wilhelm Dörsch-Koblenz. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Fritz Ditmann, Kaufmann zu Düsseldorf; Max Voucho, Kaufmann zu Wiesbaden, und Karl Döhl, Kaufmann zu Köln.

Herr Regierungsrat Dr. Voelckers steht noch unter den Vorstandsmitgliedern. Sollte er trotz des Gehalts von 100 000 M. noch zögern?

Interessant ist, daß ebenso wie das Kohlenhandels auch der Stahlwerksverband sich nicht nur auf den An- und Verkauf der von den Syndikatswerken produzierten Artikel zu beschränken gedenkt, sondern in der Eintragung in das Handelsregister ausdrücklich als Gegenstand seiner Tätigkeit „der Erwerb von Industrie-Unternehmungen aller Art sowie die Beteiligung an solchen Unternehmungen“ genannt wird. Der Stahlwerksverband sichert sich damit das Recht, Werke, die sich ihm nicht anschließen und seiner Monopolherrschaft entgegenstehen, aufzukaufen oder durch Erwerbung von Aktien sich einen beherrschenden Einfluß auf sie zu verschaffen. Natürlich wird der Verband, bevor er zum Ankauf schreitet, es zunächst mit Pressionsmitteln versuchen. Gegen den widerwärtigen „Phönix“ holt er bereits mit Unterstützung des Kohlenhandels — dieses Zusammengehens beider Syndikate ist charakteristisch — zum Streik aus. Dem „Phönix“ wird nämlich kein Halbzug (Kohlschl) mehr geliefert und außerdem hat ihm vom 1. April ab das Kohlenhandels die Ausfuhrprämie entzogen.

Staatsaufträge. Die lang erwarteten Wagen-Bestellungen für die preussisch-hessische Staatsbahn sind nun erfolgt. Es sind im ganzen 9763 Güter-, Personen- und Gepäckwagen in Bestellung gegeben worden, wodurch den Waggonfabriken ein erheblicher Arbeitszuwachs zufällt und ihrer bisher mangelhaften Beschäftigung mit einem Schläge abgeholfen ist; da im ganzen nur 10 bis 12 Fabrikten in Frage kommen, so entfallen durchschnittlich 900 Wagen auf jede beteiligte. Von den bestellten Wagen sind 486 Stück Personen- und Gepäckwagen und 8480 Stück Güterwagen. Unter die einzelnen Direktionsbezirke verteilen sich die Wagen wie folgt: Essen 70 Personen-, 19 Gepäc- und 2100 Güterwagen, Köln 24 Personen-, 12 Gepäc- und 1700 Güterwagen, Elberfeld 50 Personen-, 8 Gepäc- und 150 Güterwagen, Münster 40 Personen-, 12 Gepäc- und 22 Güterwagen, St. Johann-Saarbrücken 38 Personen-, 17 Gepäc- und 18 Güterwagen, Frankfurt a. M. 54 Personen-, 14 Gepäc- und 20 Güterwagen, Mainz 62 Personen-, 17 Gepäc- und 18 Güterwagen.

Der Fall Köhne. Wir berichteten vor kurzem darüber, daß trotz der Verurteilung, einen Konkurs zu vermeiden, die Zahlungseinstellung der Firma Wilhelm Köhne zum Konkurs geführt habe. In der gestern stattgefundenen Gläubiger-Versammlung erbat der Konkursverwalter Herr Klein Bericht über die Vermögenslage und die Entscheidung des horenden Defizits, der ein recht interessantes Bild der wilden Spekulationslust entrollte, die seit den Tagen der letzten Hochkonjunktur nicht nur einen bedeutenden Teil der Börsen, sondern auch der Handelswelt ergriffen hat.

Der jetzige Inhaber der Firma, Herr Karl Köhne, trat, wie der Konkursverwalter ausführte, mit 18 Jahren in das Holzgeschäft seines Vaters ein, und übernahm daselbst 1878 mit einem Kapital von ca. 200 000 M. für eigene Rechnung. Die im Jahre 1889 begründete Wilhelm Köhne'sche Kuppelholzhandlung, die stets von Vater auf Sohn übergegangen war, erfreute sich einer geachteten Stellung, ihre Tätigkeit war von Erfolg begleitet, und wenn der Aridar den Prinzipien seiner Vorgänger treu geblieben wäre, seine ganze Kraft dem Kuppelholzhandel gewidmet hätte, dann wäre die Situation, in der er sich befindet, vermieden worden. Das Holzgeschäft befriedigte jedoch Herrn Köhne nicht. Das Bestreben, sich schneller als wie im regulären Handel ein großes Vermögen zu schaffen, verleitete ihn, sich anfangs der neunziger Jahre in Terrainspekulationen einzulassen. Er beteiligte sich daneben noch bei andren Unternehmungen, aus denen er großen Gewinn zu erzielen hoffte, bis er unter der Last der Verpflichtungen zusammenbrach.

Es wurde am Holzhandel für die Zeit von 1893 bis 1900 verdient 483 387 M. Vom Jahre 1901 ab zeigten sich beim Holzhandel nur Verluste, und zwar zusammen bis 1. Oktober 1903 1 145 818 M. Die Hauptursache zu diesem schättern Verfall des Geschäftes dürfte der Zusammenbruch der Firma J. W. Schramm gewesen sein. Bei derselben war Köhne als naher Verwandter mit 350 000 M. engagiert. Außer diesem effektiven Verlust fiel aber die starke Erschütterung des Kreditwesens der Firma Wilhelm Köhne ganz besonders in die Waagschale; es galt jetzt nicht allein die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, sondern den Ansprüchen der ängstlich gewordenen, drängenden Gläubiger zu begegnen. Dazu mußten Mittel flüssig gemacht werden. Dies geschah dadurch, daß Köhne den wertvollen, leicht realisierbaren Besitz an Berliner Kaufstellentrains sorglos, wobei er außer dem baren Gelde noch schwer realisierbare Objekte in Zahlung nehmen mußte, nicht nur schwer verwertbar, sondern auch hochberechnet. Hierdurch entstanden immer größere Belastungen, und durch hohe Zinsen, verbunden mit gezahlten Provisionen, Umsatzzuwendungen usw., vermehrte sich die Schuldenlast zusehends. Um sich Mittel zu verschaffen, wurden Gefälligkeitsaccepte genommen und ein Acceptaustausch in großer Stille in Scene gesetzt. Bei Discontierung von Papieren fiel er zum Teil in die Hände von Banken und Bankiers, die die Geldverlegenheit in höchst bedenklicher Weise ausgenutzt haben. Köhne wuchsen die Geschäfte über den Kopf, er verlor jede Uebersicht, verlor immer mehr Geld bei Beschaffung von Mitteln, nur sein Optimismus blieb ihm treu, denn nur so ist es zu begreifen, daß er sich trotz der permanenten Geldverlegenheiten überreden ließ, noch 1 1/2 Millionen Mark auf Erfindungen zu opfern, die schließlich in nichts verfloßen. Da war in erster Reihe die von Köhne begründete Horizontal-Glühlicht-Gesellschaft, die 600 000 M. verschlang. Der Glaube an das Genie der Erfinder verließ aber den Aridar auch jetzt noch nicht. Er gab neues Geld zur Ausbühnung einer Reflektierfindung hin. Hierfür wurden aufs neue 700 000 M. geopfert.

Auch bei der Terrainspekulation ergaben sich große Verluste: Bei der in Konkurs geratenen Berlin-Frankfurter Maschinenwerk-Gesellschaft 200 000 M., bei der Transaktion Kohnsdorff-Johann Albrechtswerke, bei einer Reihe von Firmen, die durch Köhne's Zahlungseinstellung in Mitleidenschaft gezogen wurden, die selbst hielten, und deren Wechsel mit dem Köhne'schen Giro nun auch zur Masse angemeldet werden.

Die Gesamtforderungen der Gläubiger betragen nach dem Bericht 15 942 208 M. Hieron sind abzuziehen, weil gedeckt durch verpfändete Effekten, 681 500 M., durch Hypotheken 457 109 M., durch hypothekarische Eintragungen auf die Grundstücke 11 494 683 M., zusammen 12 583 292 M. Es bleibt demnach an ungedeckten Forderungen eine Summe von 3 358 916 M. übrig. Die Aktien stellen sich nur auf 461 700 M. — nach Abzug der Zinsen, Verzinsungsforderungen, Mafelkosten usw. rund 411 000 M., so daß die sogen. ungedeckten Gläubiger auf noch nicht 12 1/2 Proz. rechnen dürfen. So werden heute Geschäfte geführt.

Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Der Bruttoerwerb beträgt 518 378 M. gegen 463 553 M. im Vorjahre. Nach Abzug verschiedener Unkosten, Abschreibungen und Rückstellungen ergibt sich ein Verlust von 43 049 M., der aus dem Reservefonds gedeckt werden soll. Als Erklärung für dieses Ergebnis wird auf die Einführung des Einheitstarifes hingewiesen. Die dadurch sich ergebenden Einnahme-Ausfälle konnten bisher durch die eingetretene Verkehrsvermehrung keine volle Deckung finden. Ebenso beeinflussen die wesentlich gesteigerten Betriebsauswendungen in nachteiliger Weise das wirtschaftliche Ergebnis, das im weiteren auch unter der ungünstigen, vertraglich festgelegten Liniengestaltung zu leiden hatte.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Das sächsische Ministerium des Inneren erläßt eine offizielle Erklärung in ihren Amtsblättern, in der es sich auf die Seite der Leipziger Orisaffe stellt. Die Erklärung, die uns noch nicht vorliegt, giebt zunächst eine eingehende Geschichte des Streites und stellt dann der Kreishauptmannschaft das Zeugnis aus, daß sie alles gethan habe, um beiden Seiten gerecht zu werden. Es sei durchaus unrichtig, oder ihr gar vorzugewerben, sie habe sich in den Dienst der Sozialdemokratie gestellt. Die Erklärung schließt:

Der Umstand, daß die große Mehrzahl der Krankenkassenmitglieder Anhänger der Sozialdemokratie sein mag, kann und darf die Regierung in ihren Entschlüssen zur Durchführung der Wohlfahrten der Arbeiterversicherung in keiner Weise beeinflussen und hindern. Sie hat für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung in gleicher Weise zu sorgen und die Wege in gleicher Weise zur Geltung zu bringen, mag diese Bevölkerung sozialdemokratisch gesinnt sein oder nicht. ... Die Regierung fragt hierbei auch nicht danach, ob sie damit den Beifall der Sozialdemokratie findet oder nicht. Sie geht unbeeinträchtigt und fest den Weg, den ihr Gesetz und Recht und die Pflicht zur Fürsorge für das allgemeine Wohl vorschreiben; daß auch die Kreishauptmannschaft sich auf diesen Standpunkt gestellt hat, ist nur zu billigen und anzuerkennen.

Bis jetzt sind 71 Distriktdärzte in Leipzig eingetroffen. Die von der Kaffe eingerichteten Beratungsstellen hatten am Freitag bereits gegen 400 Besucher, darunter auch einige — Kerzte, welche den Versuch machten, die antirendenden Kerzte zur Pflichtverletzung zu verketten. Sie hatten damit kein Glück.

In Solingen wird ein Verleumdungsprozeß im Gefolge des Kerzielonfliktes ausgedehnt werden. Der Oberbürgermeister Dide fällt sich durch die „Vergifliche Arbeiterstimme“ beleidigt und teilt öffentlich mit, daß er Strafantrag gestellt habe.

Die in öffentlicher Versammlung gewählte Kommission veröffentlicht ein Verzeichnis von 7 Kerzten und 5 Spezialärzten für die Stadt und von 7 Kerzten für die Außenbezirke und ersucht die Rassenmitglieder, ausschließlich diese Kerzte zu konsultieren.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der erste Vorsitzende des Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis, Genosse Gustav Seiler, wohnt jetzt Reichensbergerstr. 72a.

Die Adresse des Vertrauensmannes des ersten Wahlkreises, Genossen Georg Dypel, ist Rosenthalerstr. 50, vorn 3 Treppen.

In Steglitz hält der Wahlverein heute (Mittwoch) abend 8 1/2 Uhr bei Schellhase, Hornstr. 15a, seine Mitglieder-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung ab.

Gerichts-Zeitung.

Stadtverordnete in den Fufangeln des Vereinsgesetzes. Als in Gnesen die Frage der Pensionierung des ersten Bürgermeisters schwebte, lud der Stadtverordneten-Vorsieber 12 Stadtverordnete nach seiner Wohnung zu Diere. Man unterhielt sich schließlich auch über die Frage der Pensionierung und legte die Stellungnahme dazu für die Stadtverordneten-Versammlung in einem von allen Anwesenden unterschriebenen Schriftstück fest. Der Stadtverordneten-Vorsieber Aretowski erhielt demnach eine Anklage wegen Ueberletzung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes, weil er, ohne Anzeige bei der Polizei zu machen, eine Versammlung einberufen habe, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Das Landgericht verurteilte ihn auch auf Grund des obigen Thatbestandes wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil wieder auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: An sich sei ohne Rechtsirrtum angenommen worden, daß es sich um eine Versammlung im Sinne des § 1 handle. Indessen sei aus den bisherigen Feststellungen nicht ersichtlich, ob hier nicht etwa der § 21 des Vereinsgesetzes Anwendung finde, wonach die Bestimmungen des Vereinsgesetzes u. a. nicht anzuwenden seien auf die durch Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen. Diese Bestimmung habe schließlich auch Geltung für Rumpsparlamente von Stadtverordneten. Man könne nicht wissen, ob nicht hier die Versammlung im Laufe der Unterhaltung übergegangen sei in eine solche, wo sich der Angestellte als Stadtverordneter-Vorsieber gerierte und den Willen der versammelten 12 Stadtverordneten in Sachen der Pensionierung des Bürgermeisters zu erkunden suchte. In diesem Falle müßte er mit Rücksicht auf § 21 des Vereinsgesetzes freigesprochen werden. Deshalb sei die Sache an das Landgericht zurück zu verweisen.

Vom Forensenwahlrecht in der Gemeinde. Zu den Vorstandsmitgliedern des Brodauer Bau- und Spardereins gehört der in Breslau wohnende H. Nisch. Er hatte vom Vorstand dieser mit Grundbesitz in Brodau angefahrenen eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftung Vollmacht, den Vorstand bei der Gemeinderatswahl in Brodau zu vertreten. Er wählte dort in der zweiten Abteilung und wurde selber in der dritten Abteilung zum Gemeindevorordneten gewählt. Die Gemeindevorsetzung erklärte jedoch seine Wahl für ungültig, weil er als einzelnes Mitglied des in seiner Gesamtheit die verfassungsmäßige Vertretung der Genossenschaft bildenden Vorstandes nicht in Brodau wählbar sei und die Spezialvollmacht ihm die Wählbarkeit nicht verschafft habe. — N. forderte den Beschluß der Gemeindevorsetzung an. Der Bezirksausschuß als Berufungsinstanz erkannte noch dem Klageantrage und erklärte die Wahl N. als für rechtsgültig zu handle gekommen. Die Revision der Gemeindevorsetzung wurde am 25. März vom Ober-Berwaltungsgericht mit folgender Begründung abgewiesen: Auf Grund der §§ 46 und 50 der Landgemeinde-Ordnung sei der Senat davon ausgegangen, daß jedes Mitglied des Vorstandes der Genossenschaft (einer juristischen Person) zu den wählbaren Vertretern im Sinne der Landgemeinde-Ordnung gehöre, auch wenn einzelne Vorstandsmitglieder für sich allein die Gesellschaft nicht vertreten. Hier genüge die Vollmacht des Gesamtvorstandes. Auch sei durch die Vollmacht dem Kläger das Recht der Wählbarkeit gegeben worden, da ein entsprechender Vorbehalt (daß er den Vorstand bei der Wahl nur aktiv, nicht auch passiv vertreten solle) nicht gemacht worden sei.

Ein umfangreicher Einbruchdiebstahl- und Hehlerei-Prozeß beschäftigte die zweite Strafkammer des Landgerichts II in längerer Sitzung. Da 50 Zeugen zu vernehmen waren, wurde im großen Saal des Landgerichts verhandelt. Wegen schweren Diebstahls in sechs Fällen hatte sich der Goldschmied Willibald Dzierowich, wegen gewerbmäßiger Hehlerei der Händler Wilhelm Löwenstein zu verantworten. Letzterer ist schon oftmals vorbestraft und gilt in Verdachtkreisen als sogenannter „Schieber“, der sich durch den Vertrieb gestohlener Gold- und Silberwaren ernährt. — Dzierowich wurde beschuldigt, in Gemeinschaft mit einem unter dem Spitznamen „Olm Paul“ bekannten gewerbmäßigen Einbrecher eine ganze Anzahl Einbruchdiebstähle ausgeführt zu haben, wobei ihnen Gold- und Silberwaren, Juwelen und Uhren im Gesamtwerte von über 8000 Mark in die Hände gefallen seien sollen. Der Angestellte Dzierowich war vor seiner Bekanntschaft mit Löwenstein bei einem Goldschmied in der Scharnstraße in Stellung. Nach seiner Bekanntschaft mit Löwenstein bekam er Fühlung mit Verbrechertreibern. Er mietete sich unter einem falschen Namen eine Schlafstube in der Alten Schönhofener Straße, lebte recht flott, machte Reisen, besuchte Rennen und gab in Lokalen mit weiblicher Bedienung recht viel Geld aus. Die Anklage behauptete, daß er seinen Lebensunterhalt aus zahlreichen Diebstählen bestritten habe, die zu jener Zeit in Berlin, Charlottenburg und Scharnberg verübt wurden und die nach Ansicht der Anklagebehörde von Dzierowich mit jenem „Olm Paul“ ausgeführt sein sollen. Darunter befand sich der Einbruchdiebstahl, der an einem Sonntagmorgens bei dem Uhrmacher Gromadies in der Brenzlauer Allee verübt wurde. Bei diesem waren Goldarbeiten im Werte von 1074 M. erbeutet worden. Ein gleichzeitiger Diebstahl war bei dem Juwelier Rajansky in der Alexanderstraße verübt worden. Hier fielen den Dieben Brillantringe, goldene Uhren usw. im Werte von 5232 M. in die Hände. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei dem Angestellten Löwenstein vorgefunden; es wurde auch ermittelt, daß dieser verschiedene Goldsachen verschoben hatte, u. a. einen Barren eingeschmolzenen Silbers im Gewicht von ca. 500 Gramm. Die Erforschung des Angestellten Dzierowich paßt genau auf die Personalbeschreibung eines Mannes, der von verschiedenen Zeugen in verdächtiger Haltung in der Nähe der Thatorte zur Zeit der Diebstähle gesehen worden ist. Beide Angeklagte bestritten ihre Schuld. Löwenstein hatte durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, einen umfangreichen Entlastungsbeobachtungen ansetzen lassen. Die bis zum Abend ausgedehnte Verhandlung wurde schließlich auf Mittwoch verlagert, da es als notwendig erachtet wurde, Wäheres über die Person zu erfahren, die der Kriminalpolizei vertrauliche belastende Angaben über die Tätigkeit der beiden Angestellten gemacht hatte. Da der hierüber vernommene Kriminalschöffe sich nicht für befugt hielt, ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde darüber Auskunft zu geben, wurde beschlossen, diese Genehmigung einzufohlen und die Verhandlung am Mittwoch fortzusetzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 5. April. (B. Z. N.) Der Bruder der jüngst entlassenen Choristin des Hofoperntheaters Voehl verfuhrte heute nachmittag in der Wohnung des Chordirektors der Hofoper Wondro einen Revolveranschlag auf letzteren. Die Kugel durchbohrte die Lunge, die Verletzung ist schwer. Voehl stellte sich selbst der Polizei.

Madrid, 5. April. (B. Z. N.) Der Tapphus greift bedenklich um sich. Die Spitäler sind überfüllt. Zahlreiche Personen sind bereits gestorben, darunter viele Schüler der Waisenanstalten. Im Centralhospital sind 19 Krankenschwestern, 14 Wärter und 2 Hülfärzte erkrankt.

Allgemeiner Kongress der im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen Deutschlands.

Ueber Ostern, am 4. und 5. April, tagte im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses ein vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufener Allgemeiner Kongress für sämtliche im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen, welcher infolge der reichhaltigen Tagesordnung erst heute Mittwoch seine Arbeit beendet.

Erschienen waren 158 Delegierte aus 176 verschiedenen Städten des ganzen Deutschen Reichs. Mit Einschluß der 15 einzelnen Berufsorganisationen, die dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbande nicht angehören, sind auf dem Kongress insgesamt etwa 42000 Arbeiter vertreten. Als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war Silberstein und als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission war Link anwesend.

Erster Verhandlungstag.

Der Verbandsvorsitzende Schumann-Berlin eröffnete den Kongress mit einer Begrüßungsansprache und teilte mit, daß Einladungen zur Teilnahme an den Verhandlungen auch an den Staatssekretär Grafen Posadowski, den Minister des Innern, das Reichs-Versicherungsamt, das Reichs-Gesundheitsamt und die Fuhrwerks- und Lager- u. Verlagsgenossenschaft ergangen seien; erschienen war hiervon jedoch niemand. Beim nun auch, so bemerkte der Redner, die reichsamtlichen Stellen durch Abwesenheit glänzten, so würde der Kongress dadurch doch an seiner Bedeutung nichts einbüßen, denn er würde vor der breiten Öffentlichkeit die Zustände enthüllen, die denen auf dem jüngst abgehaltenen Heimarbeiterskongress erörterten kaum nachstünden, ja dieselben in mancher Beziehung sogar noch übertreffen. (Beifall.)

Nachdem sodann Werner-Berlin die Delegierten im Namen der Berliner Verbandsfiliale begrüßt hatte, sowie die Bureau- und Kommissionswahlen erledigt waren, erhielt Schumann-Berlin das Wort zum Referat über: „Die amtlichen und privaten Erhebungen im Transport- und Fuhrgewerbe, ihre Ergebnisse und die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit“. In seinem dreistündigen Vortrage führte Redner etwa folgendes aus: Bislang seien die tieftraurigen Verhältnisse, unter denen die Fuhrwerksarbeiter dahindogelerten, nur in den Berufsorganisationen bekannt gewesen, und dieser Umstand habe auch den Verband veranlaßt, wiederholt die Forderung auf amtliche statistische Erhebungen zu stellen. Endlich im Juni 1900 habe dann die Reichskommission für Arbeiterstatistik diesen Anregungen Folge gegeben und den Reichsanwalt ersucht, Erhebungen über die Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Beschäftigungsverhältnisse, Gefährdung von Gesundheit und Leben durch den Betrieb, Aufenthaltsräume, Lohnverhältnisse, Strafen etc. der im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen zu veranlassen. Durch Erlass vom 1. März 1901 entsprach der Reichsanwalt dem Wunsche der Kommission und diese beschloß darauf am 13. März 1902, dem Reichsanwalt zunächst die Einleitung einer statistischen Erhebung über die Arbeitszeit im Fuhrgewerbe zu empfehlen, die unter Zugrundelegung eines von ihr ausgearbeiteten Fragebogens von den Ortsbehörden auszuführen sei. Letzteres ist dann auch geschehen und sind nach dem Schluß der Stichproben etwa 10 Proz. der Fuhrwerksbetriebe befragt worden. Zur Ausgabe gelangten 3654 Fragebogen in 359 Ortschaften an 1879 Arbeitgeber und 1775 Arbeitnehmer. Die Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern war für „unbedenklich“ erklärt worden; nichtdestoweniger ist außer in einem süddeutschen Orte die Arbeiterorganisation nirgends zu Rate gezogen worden. In Berlin habe man erst zufällig durch die Polizei-Organe von der Ausgabe der Fragebogen erfahren, offiziell sei davon gar nichts bekannt geworden. Die Fragebogen waren denn auch äußerst kompliziert, es war ihnen sofort anzumerken, daß sie nicht von Kennern der Berufsverhältnisse herührten. Die Folge davon war, daß die Fragebogen vielfach nicht verstanden und unangemessen beantwortet wurden. Infolge der Ungenauigkeit und Unvollständigkeit der eingegangenen Auskünfte mußten denn auch nicht weniger wie 3173 = 91,3 Proz. der Fragebogen zur Beseitigung der Anfragen wieder zurückschicken werden, wobei 18468 Rückfragen gestellt wurden. Es liefen endlich als brauchbar ein 3476 Fragebogen aus 344 Ortschaften. Bemerkenswert ist hierbei noch, daß sowohl eine Anzahl Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer die Ausfüllung verweigert hatten, letztere wohl hauptsächlich deshalb, weil sie bei wahrheitsgemäßer Beantwortung Verlust ihrer Arbeit oder sonstige Nachteile befürchteten. Daß bei der Art und Weise, wie diese Erhebungen vorgenommen wurden, die beruflichen Zustände zu Gunsten der Fuhrwerksbesitzer gefärbt worden sind, kann daher auch nicht Wunder nehmen. Festgestellt ist z. B., daß verschiedentlich Arbeitgeber die Fragebogen ausfüllten, die von Arbeitnehmern ausgefüllt werden sollten, was wahrscheinlich auf andere Umstände als auf „mangelnde Intelligenz“ der Arbeitnehmer zurückzuführen ist. In Rannheim hat einfach der Schriftführer des Arbeitgebervereins sämtliche Fragebogen beantwortet. Selbst der amtliche Bericht giebt zu, daß ein Teil der eingelaufenen Angaben mit den behördlichen Beobachtungen nicht übereinstimmt. Infolgedessen hat sich der Verband veranlaßt gesehen, auf eigene Hand private Erhebungen anzustellen, die einen lehrreichen Vergleich mit den amtlichen Feststellungen ergeben. Die amtlichen Ermittlungen erstreckten sich nach Angabe der von 1690 Arbeitgebern und 1518 Arbeitern beantworteten Fragebogen auf 3143 Betriebe mit 24282 beschäftigten Personen in 344 Orten; davon waren 18 Großstädte, 63 Mittelstädte, 130 Kleinstädte, 62 Landstädte und 71 Orte unter 2000 Einwohnern. Die privaten Ermittlungen bezogen sich auf 165 Groß- und Mittelstädte mit 34006 beschäftigten Personen. Es ergab sich eine tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen:

a) Sommer-Halbjahr.

Table with 2 columns: Time interval (bis 12 Stunden, von 12-14, 14-16, über 16) and Percentage of employed persons (8.1, 48.9, 32.6, 10.4).

Privates Resultat.

Table with 2 columns: Time interval (bis 12 Stunden, von 12-14, 14-16, über 16) and Percentage of employed persons (1.0, 16.6, 59.3, 23.1).

b) Winter-Halbjahr.

Table with 2 columns: Time interval (bis 12 Stunden, von 12-14, 14-16, über 16) and Percentage of employed persons (21.8, 49.1, 20.8, 8.3).

Privates Resultat.

Table with 2 columns: Time interval (bis 12 Stunden, von 12-14, 14-16, über 16) and Percentage of employed persons (3.0, 21.4, 55.9, 19.7).

Nach dem amtlichen Resultat arbeiteten mithin im Sommer 43,0 Proz. und im Winter 29,1 Proz. der Beschäftigten mehr wie 14 Stunden täglich; die privaten Ermittlungen ergaben dagegen, daß während des Sommers 82,4 Proz. und während des Winters 75,6 Proz. der Beschäftigten täglich mehr wie 14 Stunden arbeiten mußten. Bei dieser Gegenüberstellung bemerkte der Referent: Selbst wenn man annehmen wollte, daß bei

den privaten Ermittlungen in demselben Maße Schwarzmalerei getrieben worden sei, wie bei den amtlichen Erhebungen seitens der Arbeitgeber thätigst Schönfärberei getrieben worden ist, dann ergebe sich immer noch die etwa in der Mitte liegende schaurige Wahrheit, daß rund die Hälfte aller im Fuhrwesen thätigen Arbeiter die unmenlich lange Arbeitszeit von mehr wie 14 Stunden täglich haben; die übergroße Mehrheit der Leute aber muß über 12 Stunden pro Tag für das Unternehmertum fronden. Es ist aber durchaus keine Seltenheit, daß Fuhrleute in 24, ja 36 Stunden überhaupt nicht zur Ruhe kommen, sondern nach dem notwendigen Pferdewechsel rastlos weiter arbeiten müssen.

Was nun die Arbeitspausen anbelangt, so konstatiert der amtliche Bericht, daß von den Beschäftigten 6,6 Proz. eine, 4,6 Proz. zwei, 76,6 Proz. dagegen drei und nur 12,2 Proz. keine oder unbestimmte Pausen täglich haben; der private Bericht dagegen ermittelt für 29,4 Proz. eine, für 15,7 Proz. zwei, für 18,0 Proz. drei, für 38,9 Proz. aber keine oder nur sehr unbestimmte Pausen. Hier sowohl wie bei Angabe der Arbeitszeit haben die Arbeitgeber hart zu ihren Gunsten gefärbt, indem sie das Pferdefüttern, Putzen und Beschirren etc. überhaupt nicht als zur Arbeitszeit gehörig zählen. Von regelmäßigen Pausen ist besonders bei Lastbetriebern meistens gar nicht die Rede. Essen müssen die Leute fast durchweg beim Fahren, sogar die Zeit zum Mittagessen müssen sie sich häufig geradezu stehlen und können sich meistens damit begnügen, ihr langes, erkaltes Mahl auf der Wagenschüssel oder einem Steinhauten einzunehmen. Besonders interessant aber sind die amtlichen Feststellungen über die Sonntagsarbeit. Von den unter Ermittlung gestellten Betrieben sind Sonntags nicht weniger wie 95,1 Proz. in Tätigkeit, und daselbst werden 96,8 Proz. des Jahrespersonals zur Sonntagsarbeit herangezogen. 64,1 Proz. der Angestellten werden im Jahre an 46 und mehr Sonntagen beschäftigt; davon 82,3 Proz. bis zu 3 Stunden, 19,9 Proz. über 3-6 Stunden, die übrigen Personen müssen länger wie 6 Stunden oder in Arbeitsschichten von unbestimmter Dauer arbeiten; 13,2 Proz. des Jahrespersonals sind an Sonntagen über 12 Stunden tätig und zwar die meisten mehr als 46 Sonntage im Jahre. Trotz dieser enormen Heranziehung zur Sonntagsarbeit soll es demnach 51,1 Proz. des Personals möglich sein, an 46 und mehr Sonntagen den Hauptgottesdienst zu besuchen.

Stark verbreitet ist auch noch das Kost- und Logiswesen. Besonders in den nordöstlichen und nordwestlichen Gebieten Deutschlands müssen die Fuhrleute häufig im Stalle oder in einem elenden Verschlage über dem Stalle schlafen. Der Referent wies alsdann noch auf die allgemein miserable Entlohnung sowie die vielfach abstoßende Behandlung des Jahrespersonals hin. Die Ausbeutung dieser Kategorie von Arbeitern grenze, wie jetzt endlich einmal auch amtlich festgestellt werde, geradezu ans Unglaubliche und sie würde wahrscheinlich noch weiter getrieben, wenn die Unternehmer nicht einige Rücksicht auf die Pferde nehmen müßten. Die völlig ungerichtete Arbeitszeit nahe wie ein Krebsknoten an dem Verufe. Von einem vernünftigen Familienleben könne da natürlich keine Rede sein, wo der Vater um drei oder halb vier Uhr morgens fortgeht und erst in später Nacht oder gar nach mehreren Tagen ermahnt und abgeholt auf nur einige wenige Stunden zu den Seinen wiederkehrt; ebenfalls müsse die ewige Treitmühlenarbeit auch eine äußerst depressive Wirkung auf die Geistesfähigkeit der Arbeiter ausüben. Aus all diesen Gründen sei es notwendig, daß unbeschadet der Organisationsfähigkeit laut und dringend die Forderung nach gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit erhoben werde, um die schmachvollen Zustände im Transport- und Fuhrverlagsgewerbe endlich einmal menschenwürdig zu gestalten. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung und die dazu gefasste Resolution war eine äußerst lebhaft und konnte am Schluß des Verhandlungstages noch nicht beendet werden. Wiederholte Schlußanträge wurden abgelehnt, ein Beweis dafür, welche große Bedeutung der Kongress einer gründlichen Erörterung dieser Materie beimah. Aus allen Verbandsorganen kamen Redner zum Wort und ergänzten unter teilweise ebenso drastischen wie ergreifenden Schilderungen der dortigen örtlichen Berufsverhältnisse die allgemeinen Ausführungen des Referenten. Sämtliche Redner, einschließlich der mit anwesenden Vertreter der Kolonialorganisationen, wie Droschkenfusscher etc. betonten einmütig die Notwendigkeit dieses Kongresses, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die skandalösen Zustände, unter denen die Arbeiter im Fuhrverlagsgewerbe zu leiden haben, hinzuweisen und eine gesetzliche Regelung derselben zu erstreben.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach beendeter Debatte wurde sodann einstimmig eine Resolution angenommen, in der von den gesetzgebenden Körperschaften gefordert wird:

- 1. Die Schaffung eines Arbeitstages in geschlossener Arbeitsperiode a) von zehn Stunden für erwachsene Arbeiter und Kutscher, b) von acht Stunden für jugendliche Arbeiter unter achtzehn Jahren, c) von acht Stunden für Führer von Motor- und sonstigen Kraftfahrzeugen. 2. Unterbrechung der Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen von insgesamt drei Stunden täglich. 3. Das Füttern und Reinigen der Pferde ist in die Arbeitszeit einzurechnen. 4. Vollständige Sonntagsruhe für alle Betriebe mit Ausnahme derjenigen, welche ihrer Natur nach und im öffentlichen Interesse Sonntagsarbeit bedingen. Den in letztbenannten Betrieben thätigen Personen ist entsprechende Ruhezeit an Wochentagen zu gewähren. 5. Verbot des Kost- und Logiswesens. 6. Verbot der Lohnzahlung an Sonntagen. 7. Erlass von Vorschriften, durch welche den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt wird, für geeignete heizbare Aufenthalts- und Ankleideräume Sorge zu tragen.

Der Kongress fordert ferner: Die Einsetzung von Inspektoren für das gesamte Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe analog den Einrichtungen der Fabrikinspektion. Diesen fünf Assistenten aus den Reihen der Arbeitnehmer des Berufes als Hilfskräfte beizugeben. Außerdem gelangte noch folgender Antrag zur Annahme: Bei Fortsetzung amtlicher Erhebungen sind die Berufsorganisationen mit heranzuziehen.

Das Referat über „die Unfallhäufigkeit, Unfallverhütungs-Vorschriften und Berufsorganisationen des Berufs“ hielt Gimpel-Hamburg. Gestützt auf ein reichhaltiges amtliches Zahlenmaterial sowie die Berichte der in Frage kommenden Berufsorganisationen giebt Redner eine detaillierte Uebersicht über die vielfachen Berufsgefahren, denen die im Fuhrgewerbe thätigen Personen ständig ausgesetzt sind. Die Zahl der Unfälle sowie die aus diesen herrührenden Todesfälle sind von Jahr zu Jahr erheblich gestiegen. So verzeichnete die für das Fuhrgewerbe in erster Linie in Betracht kommende Fuhrwerks-Berufsorganisation im Jahre 1902 nicht weniger wie 1613 entsetzliche Unfälle, davon entfielen 196 mit dem Tode. Es kamen somit auf die in 28024 Betrieben beschäftigten 79754 Fuhrarbeiter auf je 1000 Arbeiter über 20,22 rentenberechtigten verletzte Personen. Der Gesamtbestand der Unfallrenten-Empfänger dieser Berufsorganisation betrug am Ende des Jahres 1902: 7017 Verletzte, 1200 Witwen, 1583 Kinder; insgesamt 9806 Personen. Die Zahl derjenigen Verletzten, die bereits innerhalb 13 Wochen wieder arbeitsfähig wurden, beziffert sich auf viele Tausende. Redner kam in seinem ausführlichen Vortrage zu dem selbst aus den amtlichen Berichten erhärteten Schluß, daß abgesehen von dem häufigen Mangel genügender Unfall-Verhütungseinrichtungen die Hauptursache der Unfälle zum weitens größten Teil in der über-

mäßig langen Arbeitszeit und der krassen Ausbeutung des Arbeitspersonals zu suchen ist. (Beifall.)

Nach eingehender Debatte, in der ebenfalls eine große Anzahl von Einzelfällen von Umgehung der Unfallverhütungs-Vorschriften durch die Unternehmer zur Sprache gebracht wurden, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die Entwicklung des Verkehrs im allgemeinen, besonders aber die in den Großstädten, hat in den letzten Jahrzehnten riesige Dimensionen angenommen. Die Einführung der elektrischen Straßenbahnen hat speziell dazu beigetragen, den Veruf des Kutschers, Fuhrmannes etc. zu einem sehr gefährlichen zu gestalten. Die Unfallhäufigkeit hat infolgedessen für die betreffenden Arbeiter eine Höhe erreicht, wie sie ähnlich kein anderer Beruf aufweist. Selbst im Bergbau sowie im Baugewerbe, die ihrer Natur nach eine große Unfallgefahr bedingen, werden ähnliche Ziffern nicht im entferntesten erreicht. Aus den statistischen Feststellungen des Reichs-Versicherungsamtes geht hervor, daß diese Unfallziffer noch ständig im Steigen begriffen ist.

Diesem für die Arbeiter des Transport- und Fuhrverlags gewerbes unheilbaren Zustande zu begegnen und eine Herabminderung der Unfallziffern herbeizuführen, fordert der Kongress: Den Erlass von Bestimmungen seitens der in Betracht kommenden Körperschaften, welche geeignet sind, Leben und Gesundheit der im Verufe thätigen Arbeiter wirksam zu schützen.

Insbefondere sind Anordnungen zu treffen, daß alle Fahrzeuge, gleichgültig, ob durch tierische oder motorische Zugkraft betrieben, mit festen Führersitzen und sicher wirkenden Bremsen, deren Handhabung vom Sitze des Lenkers aus jederzeit möglich ist, versehen sein müssen. Die Sitze sind so anzubringen, daß der Führer nach allen Seiten freien Ausblick zur Beobachtung der Straßenvorgänge hat. Fahrzeuge, an denen sich die Bremsvorrichtung nicht berant anbringen läßt, daß sie vom Führersitze aus in Tätigkeit gesetzt werden kann — beispielsweise Langholz- und andre Spezialwagen — müssen von einer zweiten Person begleitet werden, welche die Bremsvorrichtung bedient.

Der Kongress fordert ferner: Verbot des Schlafens im Stall oder mit diesem verbundenen Verschlägen, sowie auf Heu- und Futterböden usw., wegen den damit verbundenen Gefahren. Schaffung von Waschvorrichtungen in allen Betrieben.

Der Kongress fordert weiter: Die ständige Ueberwachung und Kontrolle aller Betriebseinrichtungen, insbesondere aber der Warenauflage, Elevatoren, Fahrstühle, Treppen und Leitern in Lager- und Speicherebetrieben, sowie aller Unfallverhütungs-Vorschriften auf ihre Innehaltung resp. praktische Ausführung durch die in Betracht kommenden behördlichen Organe.

Endlich fordert der Kongress: Verhängung wirksamer Strafen gegen Unternehmer wegen Nichtbefolgung resp. Uebertretung aller zum Schutze der Arbeiter und ihrer Gesundheit getroffenen Bestimmungen. Ferner wurde das Bureau des Kongresses auf Antrag der Berliner Delegierten beauftragt, den Berliner Polizeipräsidenten zu ersuchen, daß hinsichtlich der im Jahre 1901 erlassenen Verordnung betreffend die Anbringung von Bremsen und festen Führersitzen an allen Last- und Geschäftsfuhrwerken seitens der Ueberwachungsbeamten mehr Aufmerksamkeit als bisher angewendet wird. Die Berliner Delegierten halten es im Interesse der höheren Verkehrssicherheit sowie im Interesse für Leben und Gesundheit der angestellten Kutscher etc. für unbedingt notwendig, daß die beregte Verordnung von allen Fuhrunternehmern Groß-Berlins nun endlich durchgeführt werden muß.

Ueber die Straßenpolizei-Verordnungen und ihre Handhabung durch die behördlichen Organe referierte Bendor-Regdeburg. Redner unterzieht die schier unzähligen Bestimmungen der vielartigen Straßenverkehrs-Ordnungen deutscher Städte einer ebenso sachgemäßen wie umfassenden Kritik. Diese Ordnungen seien, weil vom grünen Tisch erlassen, meistens durchaus unpraktisch und qualifizieren sich infolge ihrer häufig recht rigorosen, wenn nicht gar willkürlichen Anwendung als wahre „Kutscherverfall“. Es sei ein nur zu fühlbarer Uebelstand, daß nicht auch Strafbrohungen gegen die Fuhrwerksbesitzer in den Verordnungen vorgesehen seien. Denn an dem Stehenlassen der Gefährte ohne Aufsicht, dem Ueberladen der Wagen, Uebertretung der Fahrgeschwindigkeit, der Unachtsamkeit der Wagen, dem Schlafen auf den Wagen usw. sei in den meisten Fällen die eigentliche Schuld auf die Unternehmer zurückzuführen, weil sie keine Mitfahrer stellen, möglichst viel Last möglichst schnell befördern wollen, die Wagen in schädlichem Zustande halten und vor allem die Kutscher übermäßig lange Beschäftigen, so daß diesen vor Ermüdung unwillkürlich die Augen aus dem Bock zu fallen. Unter der Anzahl der von Härten und Widersprüchlichkeiten aller Art wimmeln den Verordnungsbestimmungen sei eine der ärgsten die über Nichtbefolgung von Anordnungen der Polizeibeamten. Laufend-fach häuften sich die Strafanträge gegen die Kutscher und Wagenführer wegen solcher kleinlichen Uebertretungen. Besonders zahlreich seien auch die harten Strafen, die auf Grund des § 316 des Strafgesetzbuchs (Gefährdung eines Eisenbahntransportes) aus Anlaß von Zusammenstößen von Fuhrwerten mit elektrischen Straßenbahnwagen erfolgen. Es sei unbedingt endlich an der Zeit, die vielfachen Straßenordnungen zu vereinheitlichen und deren willkürliche und skandalöse Anwendung, die mit den empfindlichsten pekuniären Schädigungen der Kutscher verbunden ist, fernhin unmöglich zu machen. Denn durch die ewigen Strafen gegen die Kutscher würde nichts gebessert, sondern nur ein Gefühl der Mißachtung gegen die Schöpfer solcher Verordnungen, wie auch gegen die ausführenden Organe erzeugt. (Beifall.)

Die in der ebenfalls sehr regen Debatte zur Sprache gebrachten Einzelvorstellungen polizeilicher Chikanierung aus den verschiedensten Orten und Landesteilen bildeten eine ebenso interessante wie reichhaltige Musterkarte von Widersprüchlichkeiten, denen die Kutscher seitens der Polizeiorgane ausgesetzt sind. Besonders drastisch waren die Fälle aus dem Königreich Sachsen, die von den sächsischen Delegierten um so lieber mitgeteilt wurden, als über polizeiliche Dinge in Sachsen bekanntlich nicht gesprochen werden darf.

Der Kongress fordert, veranlaßt durch die angeführten That-sachen: Die Schaffung einer Reichs-Verkehrsordnung, welche sich auf alle Verkehrs- resp. Transportmittel und -Weg-erstrecken muß. Bei Ausarbeitung dieses Reichsgesetzes sind folgende Grund-sätze zu beachten:

- 1. Als Führer von Transport- und Verkehrsfahrzeugen dürfen nur Personen Verwendung finden, welche a) das achtzehnte Lebensjahr erreicht haben, b) nicht mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, welche sie in der sicheren Leitung der Gefährte beeinträchtigen, c) den Nachweis zu führen im Stande sind, daß sie die zur Ausübung des Berufes nötigen Kenntnisse besitzen. 2. Sämtliche Fahrzeuge sind mit festen Sitzen für die Lenker, außerdem mit sicher und schnellwirkenden Brems- resp. Hemm-vorrichtungen zu versehen, deren Handhabung jederzeit vom Fahrersitze ohne Gefahr bewirkt werden kann. Bauart und Befestigung der Fahrzeuge sind der Beschaffenheit der Verkehrswege anzupassen. Kraftfahrzeuge und ähnliche Verkehrsmittel sind mit Geschwindigkeitsmessern zu versehen, außerdem ist die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit unter Berücksichtigung der Verkehrswege und Verkehrshäufigkeit festzulegen. 3. Im Interesse der Verkehrssicherheit notwendige Sonderbestimmungen für einzelne Orte, Kommunalverbände oder Bezirke

sind auf vorstehender Grundlage, nach sachverständiger Begutachtung seitens der dem Transport- und Verkehrsgerichte angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer resp. ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretungen, durch die zuständigen Behörden zu erlassen.

4. Für Abänderung von Uebertretungen der so geschaffenen Reichs-Verkehrsordnung resp. ihrer örtlichen Ergänzungen, sind Bestimmungen zu treffen, welche jede Willkür bei der Strafbemessung ausschließen.

Verstöße dieser Art sind in jedem Falle als Uebertretungen zu betrachten und nicht ins Strafregister der betreffenden Personen aufzunehmen.

Verbandstag der Mühlenarbeiter.

In der Sitzung am Sonntag wurde die weitere Beratung des Unterstützungswesens zunächst zurückgestellt, da diese Angelegenheit vorerst in einer Kommission vorbereitet werden soll.

Statt dessen kam der fünfte Punkt der Tagesordnung: „Unsre Presse“ zur Verhandlung. Das Organ des Verbandes, die „Müller-Zeitung“, erscheint dreimal im Monat. Es lagen mehrere Anträge vor, welche ein wöchentliches Erscheinen der Zeitung forderten. Bartels-Lübeck, der über diesen Punkt referierte, erklärte das wöchentliche Erscheinen, wie überhaupt jede mögliche Verbesserung des Prolongats als wünschenswert, er kam aber nach einer eingehenden Kostenberechnung zu dem Schluss, daß dem Verbande mit Rücksicht auf seine sonstigen finanziellen Leistungen zur Zeit nicht die Mittel zur Verfügung stehen, um die Zeitung wöchentlich erscheinen zu lassen. — Nach längerer Debatte erklärte sich der Verbandstag in dieser Hinsicht mit dem Referenten einverstanden, so daß es also bei dem dreimonatlichen Erscheinen im Monat bleibt, jedoch soll bei starkem Stoffandrang eine Beilage gegeben werden.

Hierauf wurde der vierte Punkt der Tagesordnung: „Lohnbewegungen“ verhandelt. Der Referent, Verbandsvorsitzender Kappeler, führte hierzu aus: In den letzten drei Jahren habe der Verband mehr Lohnbewegungen geführt, wie in der ganzen früheren Zeit seines Bestehens. Gestützt auf eine gut gefüllte Streikliste, seien die Lohnbewegungen in den meisten Fällen erfolgreich gewesen. Auch die Ruhe und Besonnenheit, mit der die Lohnbewegungen geführt wurden, trugen wesentlich zum Erfolge bei, und es seien denn auch meistens ohne Streit nennenswerte Verbesserungen erzielt worden. Wenn der Verband vor ersten Lohnkämpfen auch nicht zurückschrecke, so müsse er doch, wenn irgend möglich, den Weg friedlicher Verhandlungen mit den Unternehmern vorziehen und das Ziel verfolgen, Tarifvereinbarungen für ganze Bezirke der Mühlenindustrie zu erlangen. In Riesa bestrebe schon eine Tarifvereinbarung und in Leipzig hoffe man, ebenfalls zu einer solchen zu kommen. Es gelte nun, den Verband organisatorisch und finanziell zu stärken, denn auch zur Erlangung von Vereinbarungen müsse die Organisation der Arbeiter eine Macht sein, welche die Unternehmer respektieren. — Nach Schluß der Diskussion, die dem Referenten in allen wesentlichen Punkten zustimmte, wurde diese Resolution angenommen: „Der Verbandstag erklärt sich für den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgebern und den organisierten Arbeitnehmern im Mühlengewerbe.“

Nunmehr wurden die Verhandlungen über das Unterstützungswesen wieder aufgenommen. Die wichtigsten Beschlüsse, welche zu diesem Punkte gefaßt wurden, sind folgende: Das Eintrittsgeld wird von 75 Pf. auf 10 Pf. erhöht, jedoch wird das Mitgliedsbuch, welches bisher 1 Pf. kostete, nicht mehr bezahlt. Der Verbandsbeitrag wird von 30 Pf. auf 40 Pf. wöchentlich erhöht, außerdem sind monatlich 10 Pf. für den Sterbefonds zu entrichten. — Mitglieder, welche dem Verbande mindestens 5 Jahre angehören und den ordentlichen Tagelohn nicht mehr verdienen können, werden auf Antrag vom Beitrag befreit, behalten aber Anspruch auf Sterbegeld, wenn sie den Beitrag zum Sterbefonds weiter zahlen, auch wird ihnen die Verbandszeitung weiter geliefert. — Arbeitslosenunterstützung wird auf die Dauer von 40 Tagen gewährt, und zwar pro Wochentag 75 Pf. nach einjähriger, 1 M. nach zweijähriger, 1,20 M. nach dreijähriger, 1,50 M. nach vierjähriger Mitgliedschaft. — Unterstützung in Notfällen kann Mitgliedern gewährt werden, wenn sie sich verpflichten, nach Empfang dieser Unterstützung noch wenigstens zwei Jahre ihre Verpflichtungen gegen den Verband zu erfüllen. Andernfalls gilt diese Unterstützung nur als Darlehen. Auch die Streitunterstützung soll zurückgezahlt werden, wenn der Empfänger derselben zum Streikbrecher wird. An Streitunterstützung wird gewährt für Ledige wöchentlich 9 M., für Verheiratete 12 M., und für jedes Kind ein Zuschlag von 1 M., jedoch nicht mehr als zusammen 3 M. — Sterbegeld wird je nach der Dauer der Mitgliedschaft 50—200 M. gewährt.

Nach Erledigung der vorstehenden Angelegenheit wurde am Montag über Gaueinteilung, Agitation und Arbeit nachweis verhandelt. Der Referent Ostwald-Berlin, welcher dem hiesigen Gau vorsteht, trat für die Verbeibehaltung der Gaueinteilung ein und bezog sich auf die Erfolge der Gaueinteilung, die nach und nach besoldete Kräfte angestellt werden, die sich ausschließlich den Arbeiten der Gauleitung widmen, denn neben den Berufsarbeiten könne diese Tätigkeit auf die Dauer nicht mit dem gewünschten Erfolge ausgeübt werden. Der Redner beklagte sich darüber, daß er bei den Gewerkschaftsartikeln seines Gaus die erwünschte Unterstützung in der Agitation nicht gefunden habe. Weiter empfahl der Redner die Errichtung von Arbeitsnadeln für das Gebiet jedes Gaus. — Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache darum, ob ein besoldeter Gauleiter angestellt werden solle, und zwar zunächst für Rheinland-Westfalen, weil dort ein Hauptgebiet der Großmühlen-Industrie ist und die Agitation für den Verband dort ein weites Feld hat. Der Verbandsvorsitzende Kappeler vertrat den Standpunkt, daß es sein Ziel sei, nicht nur für Rheinland-Westfalen, sondern auch für andere Bezirke Kollegen angestellt zu sehen, welche sich ausschließlich der Verbandsarbeit widmen. Der Redner verspricht sich davon einen großen Erfolg für die Organisation. Natürlich könne dieses Ziel nicht sogleich erreicht werden, schon deshalb nicht, weil es zur Zeit an geeigneten Kräften zur Besetzung der betreffenden Stellen fehle. — Der Verbandstag beschloß die Angliederung eines besoldeten Sekretärs mit dem Sitz in Rheinland-Westfalen gegen ein Gehalt von 1800 M. und 200 M. Bureaukosten. — Nach einem weiteren Beschluß sollen die Zahlstellen, wenn irgend möglich, die Arbeitsvermittlung in die eignen Hände nehmen, wo das jedoch nicht möglich ist, soll die Errichtung paritätischer Arbeitsnadeln angestrebt werden. — Die Einnahmen des Verbandes sollen so verteilt werden, daß die Hauptkasse 75 Proz., die Lokalkassen 20 Proz. und die Gaufassen 5 Proz. erhalten.

Zum achten Punkt der Tagesordnung: „Welche Forderungen stellen die Mühlenarbeiter an die Gesehbgebung?“ wurde eine Resolution angenommen, welche besagt: Es wird vielfach darüber gellagt, daß die Unternehmer die Bundesrats-Verordnung über die Sonntagsruhe und die Arbeitszeit im Mühlengewerbe übertreten. Die Hauptverwaltung des Verbandes wird deshalb ersucht, beim Bundesrat für Aufhebung der gegenwärtigen Bestimmungen und Herbeiführung eines Gesetzes zu petitionieren, welches die Sonntags- sowie die Nachtarbeit verbietet und die Arbeitszeit für das Mühlengewerbe auf höchstens 10 Stunden festsetzt.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde Kappeler einstimmig wiedergewählt und sein Gehalt auf 2400 M. erhöht. Das Sekretariat in Rheinland-Westfalen wurde Bartels-Lübeck übertragen. Den beiden Verbandsbeamten bewilligte man 14 Tage Ferien im Jahr. Der Sitz der Hauptverwaltung bleibt in Altenburg, der des Ausschusses in Lübeck. Die beschlossenen Neuerungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft. Der nächste Verbandstag findet Ostern 1907 in Mainz statt.

Eine Konferenz der Lagerhalter der Provinz Brandenburg

tagte am zweiten Oftertag nachmittags im Gewerkschaftshaus. Die Leitung wurde Küster-Schöneberg, Gaubereicher-Ludewalde und Lamm-Berlin übertragen. Zum ersten Punkt der

Tagesordnung: „Die Versicherungspflicht der Lagerhalter“ war G. Döhnel-Leipzig Referent. Einleitend betonte er, daß die Lagerhalter nicht etwa etwas Besonderes sein wollten gegenüber andern Arbeitern. Sie wollten nichts weiter für sich in Anspruch nehmen, als was heute schon andern Arbeitern geboten werde und geboten werden solle. Die Lagerhalter seien von einem Teil der gesetzlichen Versicherungsfürsorge ausgeschlossen. Redner geht dann die Versicherungsgefehle unter Hervorhebung ihrer Mängel durch und legt dar, wie weit sie die Lagerhalter nicht umfassen. Das Krankenversicherungsgesetz findet seit der letzten Aenderung auf die Anwendung, auch die staatliche Invaliden-Versicherung kommt ihnen zu. Man finde man, meint Redner, oft in kleinen Genossenschaften, daß während der Mittagszeit und während des großen Andranges die Frau des Lagerhalters mit eingreifen müsse. Und da hätten bedauerlicherweise viele Verwaltungen es nicht für nötig zu befinden, diese doch regelmäßig wenn auch jedesmal mehr oder minder vorübergehend tätige Hilfskraft der Invalidenversicherung zuzuführen. In einigen Fällen seien die Behörden eingeschritten, indem diese Hilfskräfte als versicherungspflichtige, von der Genossenschaft beschäftigte Personen betrachtet würden. Auch zur Krankenversicherung seien jene ausbleibenden Familienmitglieder gewöhnlich nicht angemeldet, wozu allerdings eine gesetzliche Verpflichtung nicht bestehe. Letzteres könne aber nicht abschlaggebend sein, denn die Verwaltungen der Genossenschaften hätten die moralische Verpflichtung, über die gesetzlichen Verpflichtungen, wo diese verlagten, hinauszugehen. Daß man es nicht könne, sei meist eine Ausrede. Zum Beispiel gebe es junge Vereine, die den Lagerhalter mit 90 Mark abfertigen, obgleich die Frau täglich mit tätig sei, die aber andererseits den Mitgliedern 18 Proz. Dividende gewährt. Die gesetzliche Unfallversicherung finde leider nach Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes auf die Lagerhalter der Konsumgenossenschaften nicht Anwendung, obwohl Handlungsgehilfen in Betrieben, die neben der Verkaufsstelle noch ein Lager hätten, der Versicherung unterlägen. Man fügte sich auf die Forderung, daß Konsumvereine nicht in das Handelsregister eingetragen seien, was das Gesetz von jenen Betrieben erfordere. Auch hier seien die Genossenschaften moralisch verpflichtet, durch Privatversicherung Ersatz zu schaffen. Aber darüber hinaus müßten sie durch den Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften dahin zu wirken suchen, daß die gesetzliche Fürsorge auch auf ihre Angestellten ausgedehnt werde. Ferner verlangt der Referent, daß die Genossenschaften die Fürsorge für ihre Angestellten auch auf dem Gebiete der Witwen- und Waisenfürsorge betätigten, wozu Ansätze schon da seien. Das Ideal müsse sein, die Konsumvereine nach jeder Richtung zu Musteranstalten zu machen. (Beifall.)

Die Konferenz erklärt sich damit einverstanden, daß auch Verwaltungenmitglieder (die Verwaltungen sind zur Konferenz eingeladen) das Wort erhalten sollen. Hiervon macht Geschäftsführer Schmitt-Vernau Gebrauch: Die Lagerhalter des Vernauer Vereins „Fortschritt“ seien außer gegen Krankheit und Invalidität noch bei einer Gesellschaft gegen Unfälle versichert. Die Unfallversicherung sei ausgedehnt auf sämtliche 21 für den Betrieb selbst in Betracht kommende Personen vom Geschäftsführer bis zum Helfer. Die Invaliden- und Krankenversicherung durch die Genossenschaft erstrecke sich aber nur auf die Lagerhalter, nicht auf sonstige Angestellte und die Frauen der Lagerhalter. Durch Gerichtsbeschlüsse seien die Lagerhalter des Vereins, die auf Prozente vom Umsatz angestellt seien, als selbständige Leiter ihrer Verkaufsstelle erklärt worden, und darum habe das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Vereinsvorsitzenden wegen Nichtversicherung von Frau und Tochter eines Lagerhalters gegen Invalidität abgelehnt. — Döhnel ging dann auf die Rechtsfrage nach der Invalidenversicherungspflicht der helfenden Angehörigen der Lagerhalter näher ein und meint, daß rein rechtlich allerdings eine andre Auffassung möglich sei bei den Lagerhaltern, die auf Prozente angestellt seien und denen eine selbständigere Stellung gewährt werde. Im übrigen müsse man aber davon ausgehen, daß die Genossenschaft der Arbeitgeber aller in ihrem Betriebe Beschäftigten sei. Er sei übrigens gegen das Prozentsystem der Entlohnung und dagegen, daß die Verwaltung sich des Rechts begede, selber die Angestellten anzustellen und dies den Lagerhaltern überlasse. Nachdem er eine Reihe praktischer Anregungen für das Versicherungswesen gegeben hatte, wurde dieser Punkt der Tagesordnung verlassen. Der Vorsitzende stellte fest, daß gegen die vom Referenten proklamierten Grundgeden kein Widerspruch erhoben worden sei.

Ueber: „Sind unsere Mindestforderungen reformbedürftig?“ referierte E. Voigt-Berlin. Es handelt sich um die Mindestforderungen des Verbandes der Lagerhalter, die den Bestimmungen eines bereits bestehenden Vertrages zwischen den sächsischen Lagerhaltern und Konsumvereinen entsprechen. Redner will nur Anregungen bieten für die Vorbereitung von Anträgen für die nächstjährige Generalversammlung des Verbandes. Was den Abbruchschluß angeht, so sei dieser ja zum größten Teil durchgeführt, indessen gebe es eine Anzahl Konsumvereine, die dafür einen früheren Geschäftsbeginn hätten oder auch die Ruhepausen außer acht ließen. Da müßten die Kollegen vorstellig werden, und den Mindestforderungen sei eine präzisere Fassung zu geben. Die Forderung einer wöchentlichen Geschäftszeit von höchstens 66 Stunden sei nicht mehr zeitgemäß; eine Reihe Privatbetriebe seien hier voraus. Wenn auch die 66 Stunden heute noch nicht in manchen Geschäften durchgeführt seien, so wäre doch empfehlenswert, demnächst als höchste Stundenzahl 60 pro Woche zu fordern. Die Generalversammlung werde sich damit beschäftigen müssen. Die Forderung, einen ganzen freien Tag oder zwei halbe freie Tage im Monat den Lagerhaltern zu gewähren, sei in der Provinz Brandenburg wohl noch in keinem Verein durchgeführt. Reformbedürftig sei auch die Forderung, daß auf eine beschäftigte Person ein Monatsumfaß von höchstens 2500 M. entfallen dürfe. Die Verhältnisse seien verschieden; es komme auf die Art des Umsatzes und auf die Art der umgesetzten Waren an. In manchen Betrieben bedeuteten 2500 M. im Monat pro Person eine Ueberlastung, die das Geschäft natürlich schädige. Es gebe übrigens Konsumgenossenschaften, die über die 2500 M. pro Monat und Person erheblich hinausgingen. Bei den Forderungen von Gehalt und Wohnungsgeld wäre es besser, nur Gehaltsfrage aufzustellen, die das Wohnungsgeld in sich schließen. Bezüglich des Mancogeldes müßten die Mindestforderungen vorsehen, daß es bemessen werde nach der Art der geführten Waren. Die Bestimmungen über die Kauttionen könnten ganz aus den Mindestforderungen verschwinden. Ohne diese Bestimmungen, wonach eine eventuell zu stellende Kauttion den Höchstbetrag von 500 M. nicht übersteigen dürfe, wäre in Berlin die Anstellung von Lagerhaltern ohne Kauttion möglich gewesen. Von einer besonderen Resolution nimmt Redner Abstand.

An der Diskussion beteiligten sich Löffel, Döhnel, Jöllner, Dohrow und andre. Die Reformbedürftigkeit der Mindestforderungen wurde allgemein anerkannt. Döhnel ist jedoch der Meinung, daß vor allem auf die Durchführung der jetzigen Mindestforderungen hingewirkt werden müsse. Es gebe noch Vereine, wo der Lagerhalter oder der Verkäuferin einen Monatsumfaß von 4000 Mark zu bewältigen habe und die Kauttionen bis zu 3000 Mark forderten. Dohrow teilte mit, ihm seien Kollegen bekannt, die sich die Kauttion von Lieferanten geborgt hätten, weil sie anders das Geld nicht bekommen konnten. Wessen Interesse müsse nun der Kollege vertreten: das des Lieferanten oder das des Vereins? — Der Vorsitzende schloß die Verhandlung dieses Punktes mit der Erinnerung zu reger Durchberatung der Reformvorschläge in den einzelnen Orten, damit sie sich für die Generalversammlung zu positiven Anträgen gestalten. Der Verbandsleitung würden sie auch unterbreitet werden. Widerspruch erfolgte nicht.

Es folgten dann die Situationsberichte. Sie ergaben, daß vielfach die Mindestforderungen der Lagerhalter in der Provinz Brandenburg noch nicht erfüllt sind. Mit der wöchentlichen Geschäftszeit hapert es verschiedentlich sehr. Es kommen noch vor 75 Stunden, 78 Stunden (Strausberg) und in Biesenthal sogar 91 Stunden. Im letzten Falle handelt es sich um einen Verein Dr. Erhägerscher Richtung. In einigen Vereinen gaben die erledigten oder noch schwebenden Vertragsverhandlungen zu lebhaften Klagen über zu geringes Entgegenkommen der Verwaltungen Anlaß. Nament-

lich kam hier der Konsumverein Berlin und Umgegend in Betracht. Das Aufsichtsrats-Mitglied Rade von diesem Verein beteiligte sich an der den Berichten folgenden Debatte und betonte, daß die Verwaltung nicht daran denke, die Angelegenheit zu drücken. Sie müsse auch die Interessen der Mitglieder wahrnehmen und es liege sich nicht alles machen, wie man möchte. Lamm, Voigt u. a. erwiderten, daß doch ein größeres Entgegenkommen möglich wäre, namentlich würde eine Aussprache mit den Lagerhaltern vorteilhaft sein. — Gegen 9 Uhr abends wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Lagerhalterverband geschlossen. Zur nächsten Konferenz sollen die Verwaltungsmittelglieder wieder eingeladen werden.

Die 7. ordentliche Generalversammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

die vom Samstag bis Montag in Hannover-Linden stattfand, war von Delegierten aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht, die Präsenzliste wies über 120 Namen auf. Das Versammlungsort bei Hengstmann, Zimmerstraße 50, ist mit roten Fahnen geschmückt und zeigt im Hintergrunde die von rotem Licht überstrahlten Wästen von Lassalle, Marx und Engels, die von den Worten aus Herweghs deutscher Arbeitermarciellie umrahmt sind: „Und du webest und du spinnst, sag, o Volk, was du gewinnst?“

Sonnabendvormittag-Sitzung.

Der Rechenschafts-Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorliegt, wird ergänzt durch den Verbandsvorsitzenden Hübsch: Der Verband der Textilarbeiter ist in den letzten zwei Jahren von 29 740 auf 60 235 Mitglieder gestiegen, insbesondere ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 4288 auf 13 998, also um über 200 Proz. gestiegen. Bei 39 906 Reue-Aufnahmen hat ein Mitgliederverlust von 9411 stattgefunden, so daß die Fluktuation durchaus mäßig ist. Der Erfolg ist um so bedeutender, als in den beiden vorangegangenen Jahren (1900—1902) ein Verlust von 12 420 Mitgliedern stattgefunden hatte. Die jetzige Zunahme ist nicht plötzlich und sprunghaft, sondern fast völlig gleichmäßig vor sich gegangen, so daß die Gesamtentwicklung des Verbandes durchaus zufriedenstellend ist und zu den besten Hoffnungen berechtigt. Absolut und relativ — fast bis zur Hälfte der Beschäftigten — am besten organisiert ist Sachsen mit 25 000 Mitgliedern. Rückständig ist vor allem Baden, das bei vielen tausend Textilarbeitern nur 271 Organisierte aufweist; es fehlt den dortigen Zahlstellen an Festigkeit und Dauerhaftigkeit. — Die Arbeitslosenunterstützung, deren Einführung der letzte Verbandstag beschlossen hat, ist noch nicht vorbereitet worden. Die großen Kämpfe der letzten beiden Jahre haben das Interesse und die Zeit der Beamten und Mitglieder allzusehr in Anspruch genommen. Besonders der Meeraner und Grimmitzhauser Streik haben die Kräfte der Organisation erschöpft. In Meerane, wo die Behörden neutral blieben, gelang es, nach dreizehnwöchigem Kampfe zu einem befriedigenden Resultat zu gelangen. Besonders der moralische Erfolg war groß. Die Schmutzkonkurrenz wurde beseitigt, und in einer paritätischen Schlichtungskommission ein wertvolles Organ der Verständigung geschaffen. Infolge dieser Lohnbewegung zählt heute nicht nur die dortige Filiale 2800 Mitglieder, sondern auch der Nachbarort Glauchau, der auf dem vorigen Verbandstag noch gar nicht vertreten war 1800. — Redner giebt dann eine Uebersicht über die bestanden Vorgänge beim Grimmitzhauser Streik, die langjährigen Verhandlungen, den Ausbruch des Kampfes, das Eingreifen der Behörden und die Wiederaufnahme der Arbeit. Er faßt sein Urteil dahin zusammen: Wir sind die Besiegten, aber unsre Truppen sind unbeschädigt aus dem Kampfe zurückgekehrt. Unse Organisation in Grimmitzschau ist so fest wie je. (Lebhaftes Bravo!) Wir könnten jeden Tag den Kampf wieder aufnehmen. Die Aussperrung hat aber Deutschlands Textilarbeiter aufgerüttelt. Allein in Verden hat der Verband über 1000 Mitglieder gewonnen. Jetzt gilt es, den Verband auch nach innen auszubauen und zu befestigen, dann wird er sich auch weiter ausbreiten. (Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet der Kassierer Treue-Berlin: Gedruckt liegt der Bericht nur bis September 1908 vor, die gewaltige Arbeitslast infolge des Grimmitzhauser Streiks hat die rechtzeitige Herstellung der Abrechnung für das letzte Halbjahr verhindert. Am 1. Oktober v. J. betrug der Kassenbestand 14 981 M. Aber die Gewaltakte der sächsischen Behörden sorgten dafür, daß kein Vorkost eintrat. Ueber eine Million an freiwilligen Beiträgen ist eingegangen, so daß nach einer Ausgabe von 846 558 M. jetzt noch 319 540 M. Kassenbestand vorhanden ist. (Lebhafter Beifall.) An Mitteln hat es also bei der Aufgabe des Kampfes nicht gefehlt. — Redner erwähnt dann den Vertrag mit dem Niederrheinischen Weberverband, nach dem dessen Mitglieder in den Zentralverband übergetreten seien. Dieser habe dabei nur 400 M. Kosten gehabt, die an die beiden Beamten des Weberverbandes — nicht wie die Gegner und verleumdend nachfragen, zur Bestechung, sondern nach der Verschmelzung als Bezahlung für die dabei geleisteten Bureau-Arbeiten — gezahlt worden seien. Die Textilarbeiter von Enckebue haben das ihnen anlässlich ihres Streiks gegebene Darlehen von 1000 M. zurückgezahlt.

Der Vorsitzende verliest ein Begrüßungsschreiben des 10. Kongresses der Textilarbeiter Dänemarks. Sie sagen insbesondere für die Anwesenheit des Reichstags-Abgeordneten Wandert-Apolda ihren Dank. Auch dieser hat von dem Kongreß aus ein Begrüßungsschreiben an den deutschen Verbandstag gerichtet. (Bravo!)

Von zahlreichen Delegierten unterzeichnet lief während der Diskussion folgende Resolution ein: Während und nach dem Grimmitzhauser Zehnstundentampfe hat namentlich der national-liberale Abg. Dr. Fabig, der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer sowie andre Vertreter der Unternehmerrasse im Reichstag allerhand Schauermärchen über den Terrorismus der ausgesperrten Textilarbeiter in Grimmitzschau und Meerane verbreitet, welche, wie die Ermittlungen ergaben, den Tatsachen keineswegs entsprechen und geeignet sind, zur Niederwerfung der Arbeiter aufzureizen. Die Generalversammlung der centralorganisierten Textilarbeiter in Hannover weist diese im Reichstage von den Vertretern des Unternehmertums verbreiteten Märchen entschieden zurück. Die Generalversammlung protestiert dagegen, daß die Tribüne des Reichstages von den Vertretern der Unternehmer dazu benutzt wird, die von ihnen vergewaltigten Arbeiter auch noch zu verleumdern.

Zweitenfeld-Baden führt die Rückständigkeit der Organisation in Baden auf das tiefe geistige Niveau der dortigen Arbeiterschaft, das Ueberwiegen der Fremdarbeit, den Einfluß der Geistlichen und die Uneinigkeit im Vororte Wülhausen zurück.

Glangmann-Leipzig fragt: Hat der Centralvorstand alles getan, um den Ausbruch des Grimmitzhauser Streiks zu verhindern? An einen Sieg war angesichts unsrer Kassenverhältnisse und der guten Organisation der Unternehmer doch gar nicht zu denken. Wenn man von vornherein die deutsche Arbeiterschaft in Anspruch nimmt, hat man sich auf strenge Kritik gefaßt zu machen. Unter diesen Umständen hätte man sich mit dem kleinsten Zugeständnis zufrieden geben sollen. Jetzt ist das Unternehmertum so fest organisiert, daß wir in Zukunft viel härtere Kämpfe durchzufechten haben werden. Jetzt steht uns eine arbeitswilligen-Organisation gegenüber, in die alle älteren Arbeiter hineingezogen werden. Deutschlands Arbeiterschaft will Aufklärung. (Beifall.)

Der Berg-Kreisfeld: Auch im Laufe des Kampfes hat der Centralvorstand schwere Fehler begangen, so waren die Unterstützungsätze zu Beginn des Kampfes viel zu niedrig. Dadurch belamen die Fabrikanten Streikbrecher; nur so wurde ihre Hartnäckigkeit hervorgerufen und ermöglicht.

Sträyig-Landsküt: Nachdem man fünf Jahre lang verhandelt hatte, nachdem man sich fünf Jahre lang vom Grimmitzhauser Unternehmertum hatte an der Nase herumziehen lassen, müßten wir endlich zeigen, ob wir überhaupt kampffähig sind. Wir sind auch nicht unterlegen, der Verband hat keinen Schaden genommen.

Unternehmerkoalitionen sichern in gewisser Weise auch uns das Koalitionsrecht. Das eine werden wir jedenfalls geschickt ausnutzen können, das hier eine völlige Harmonie zwischen Staatsgewalt und Unternehmertum in nachster Weise hervorgerufen ist. (Sehr richtig!) Am schwersten hat der Crimmitschauer Kampf den Feinden des gesetzlichen Jehnstundentages geschadet. Die Gesetzgebung wird nicht länger umhin können, die Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. (Lebhaftes Bravo!)

Süßich: Wir haben alles versucht, um den Streik zu verhüten, aber wir konnten nach reiflicher Überlegung nicht anders. Mein Wunsch, auch kein Unternehmern, konnte vorhersehen, daß die Auspörrung auch nur über eine Woche, geschweige denn ein halbes Jahr dauern würde. Unse Kasse war vor Beginn des Kampfes so voll wie nur je. Freilich in Zukunft muß sich der Verband so einrichten, daß das Vorkaufsrecht aufhört. Die Unterstützungen waren genau so hoch wie in Meerane; übrigens waren ja die Arbeiter ausgesperrt, es gab also keine Streikbrecher. Der Vorstand hat so gehandelt, wie er mußte. (Bravo!)

Fritsch-Görlich tritt den Ausführungen Krätzig bei und fragt an, welche Verträge vom Ausland für Crimmitschau eingelaufen seien.

Sonnabendnachmittag-Sitzung.

Reinhalt: Nachen: Bei uns hat selbst die bürgerliche Presse den Versuch eingestellt, auf unsern Verband wegen des Crimmitschauer Kampfes Steine zu werfen. Glaubt Ihr denn, daß man dem Unternehmertum durch ständiges Zurückweichen Respekt vor uns beibringt? — Seit der Verdrängung mit den niederdeutschen Arbeiterverbänden hat sich unsere Mitgliedschaft mehr als verdoppelt. Es herrscht frisches Leben bei uns, wir haben schon sieben Crimmitschauer bei uns in Arbeit gebracht und werden leicht noch viel mehr ausgesperrte unterbringen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Liebbers noch einmal dargelegt, wie wirksam nach den zuerst gezahlten niedrigen Unterstüzungen die spätere Erhöhung war, giebt Reichelt im Namen des Vorstandes die Erklärung ab, daß nicht er die Crimmitschauer zu Vorkämpfern des Jehnstundentages bestimmt habe, sondern sie selbst haben erklärt, daß die Crimmitschauer Arbeiter nicht länger in der Organisation bleiben würden, wenn ihr Kampf wieder im Interesse der andern Orte zurückgestellt würde. Der Verband hat stets zum Frieden geraten, die bürgerliche Presse hat noch nie so gelogen, wie bei diesem Streik. — Aber wir haben den Kampf auch nicht zu früh abgebrochen. Wir mußten fürchten, daß in den nächsten Wochen noch Hunderte in die Fabriken gingen, wir konnten heute, die 22 Wochen im Kampfe gehalten haben, nicht als Lumpen bezeichnen, wir konnten die gewerkschaftliche Bewegung nicht zerreißen. Bedenken Sie die Gewaltthaten der Regierung, wie fast Deutschlands ganze Scharfmacherchaft mit dem Geißelstock hinter den Fabrikanten stand. Seit Wochen konnten wir nicht mehr zu einander sprechen; meine Verammlung in Wöhring ist aufgelöst worden, weil ich sagte, was wahr ist: Deutschlands Arbeiterschaft hat mehr Menschenliebe als die, welche sie predigen. (Stürm. Beifall.) — Bewußt werden Crimmitschauer Arbeiter die Niederlage noch lange bis hin müssen, aber abgesehen von den wegen Streikbruchs Ausgeschlossenen ist nicht ein einziger dem Verbands abtrünnig geworden. (Vielfaches Bravo!) Schon weiterleuchtet es wieder in Sachsen, in Meerane und Chemnitz. Das Unternehmertum rüßet, wir aber fagen: Gewehr bei Fuß! Sammeln wir unsre Kräfte, schaffen wir Munition, stärken wir das Solidaritätsbewußtsein, dann werden wir künftig siegen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

In gleichem Sinne sprechen noch viele Redner.

Zum Schluß erklärt Glangmann, er habe nur, um Aufmerksamkeit zu erlangen, seine Ausführungen gemacht. Nachdem seine Absicht, eine Debatte heraufzuführen, erreicht sei, sei er vollkommen befriedigt. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Zum Geschäftsbericht wird noch von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß der Vorstand statistisches Material über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter beschaffen möge, damit Lohnforderungen usw. hinreichend motiviert werden könnten. — Ferner bittet ein Redner, auch die kleineren Orte bei Lohnbewegungen usw. nach Kräften zu unterstützen. — Gegenüber weiteren Beschwörungen über Wäden und Zerwürf im Adressenverzeichnis erklärt der Vorsitzende, es seien diesmal absichtlich nur die ausgefüllten Adressenzettel berücksichtigt worden, um dadurch die Mittel zu größerer Sorgsamkeit zu erzielen.

Die Resolution findet einstimmige Annahme, ebenso wird Entlastung erteilt.

Dritter Sitzungstag, Sonntagvormittag.

Der erkrankte Genosse Legien ist als Vertreter der Generalkommission Umbreit-Berlin erschienen.

Die drei folgenden Punkte der Tagesordnung: 1. Beitragserhöhung; 2. Gau-Einteilung; 3. Arbeitslosenunterstützung sollen gemeinsam diskutiert werden, da die beiden letzteren von der Erhöhung des Beitrages abhängen.

Als Referent erhält das Wort

Krätzig-Landsbut: Eine ganze Reihe von Verbänden haben die Gau-Einteilung mit bestem Erfolge durchgeführt. Auch unser Verband wird durch diese Einteilung und die damit verbundene Anstellung selbstbestandener Gauleiter nur Vorteil haben. Vor zwei Jahren, auf der Kasseler Generalversammlung, schien alles einmütig für die Gau-Einteilung zu sein. Aber jetzt macht Berlin und Sachsen Opposition. Natürlich, sie haben rednerisch tüchtige Verbandsbeamte auf Kosten der Gesamtheit. Im Rheinland, in Bayern haben wir noch viel zu schaffen; dort stehen wir dem niederträchtigsten Gegner, dem Merkantilismus, gegenüber. Es ist gewiß leichter, sich in Berlin oder Sachsen Versammlungen Beifall zujubeln zu lassen, als in diesem sterilen Schlamm zu waten, vor dem einem der Gel packt. (Lebhaftes Bravo!) Der Gauleiter wird da nicht, wie es jetzt üblich ist, Agitationsreden halten und wieder weggehen, sondern er wird die Jahrestellen hegen und pflegen, sie aufpäppeln, bis sie selbst geben können. An viele Kollegen kommen wir mit Versammlungen überhaupt nicht heran. Von 150 Orten, in denen in unser Heimat Kollegen wohnen, haben wir nur in 13 Orten Versammlungslotale. Da müssen kleine Besprechungen die nötige Agitation leisten. — Aber nicht nur in der Agitation, auch in dem unmittelbaren Kampf zwischen Kapital und Arbeit haben die Gauleiter sich voll und ganz bewährt. Der Centralvorstand erklärte auf jeder Generalversammlung, er sei überlastet. Weigern Sie ihm die Mittel, den Verband auszubauen? Wissen Sie andere Auswege? Der Vorstand hätte schon im Geschäftsbericht sagen müssen, daß es so unter keinen Umständen weiter gehen kann. — Genau so schweigend ist der Vorstand in der Frage der Beitragserhöhung. Er hätte sagen müssen, daß mit den jetzigen Mitteln die Anforderungen der Mitglieder nicht befriedigt werden können. Denken Sie nur, Sie hätten heute die erstereiten 100 000 Mitglieder. Dann könnten Sie an 500 Brennpunkten löschen, statt wie jetzt an 100. Aber erreichen könnten wir bei dreifacher Mitgliederzahl auch nichts, wenn wir nicht die Beiträge erhöhen und die Agitation organisieren. — Ihr wollt Material für die Arbeitslosenunterstützung haben! Wer soll es beschaffen, wenn nicht die Gaubeamten? Dann erst werden wir ruhig die Einführung dieser Unterstützung beschließen können. — Jetzt wird das Geld, durchaus keine geringe Summe, für nutzlose Agitation weggeworfen. Was der Transportarbeiter-Verband mit 30 000 Mitgliedern kann, müssen wir auch können. Wenn nötig, nehmen wir 30 Pf. wöchentlich wie er. Den Versuch, durch die gesetzlich vorgeschriebene Forderung einer Dreiviertel-Mehrheit unsre Anträge zu Fall zu bringen, werden wir schon vereiteln. Die Mehrheit wird in dieser Lebensfrage für die Entwicklung des Verbandes sich von der Berechtigtheit unsrer Anträge überzeugen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Korreferent Laß-Berlin: Mit den andern Verbänden dürfen wir uns nicht vergleichen, wir haben vor allen Dingen einen hohen Prozentsatz der Frauenarbeit. — Die Filialverwaltungen thun schon jetzt in vollem Umfange ihre Pflicht und arbeiten musterhaft. Ständige Polizei-Aufsicht durch die Gaubeamten kann da nur schaden. Wenn die Agitationskomitees nicht nur das Geld hinausgeworfen

haben, woher kommen denn unsre Fortschritte? Wir werden das zweite 60 000 Mitglieder auch ohne die Beamten erreichen. (Bravo!)

Süßich-Berlin: Der Centralvorstand, der Fühlung mit den entlegenen Distrikten hat, ist stets für die Gau-Einteilung eingetreten. Die Verwaltung des Verbandes steht nicht auf der Höhe, drei Beamte können nicht ausführen, was Sie mit Recht von einer Verwaltung verlangen. Darum können wir die Anträge nur befürworten, die auf Verbesserung der Verwaltung hincielen. — Aber nicht der Gaubeamten wegen ist eine Beitragserhöhung nötig, sondern damit wir nicht die Sympathien der ganzen deutschen Arbeiterschaft verlieren. Wenn wir jetzt nicht in die eigne Tasche greifen, wird die deutsche Arbeiterschaft uns für alle Zeit fallen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Niemann-Adorf: Wir müssen die Mitgliedsbeiträge erhöhen, dürfen aber dabei nicht wieder die Hälfte der Mitglieder verlieren; darum schläge ich verschiedene Beitragsklassen vor.

Steinbrin-Eberfeld: Für die Gau-Einteilung treten wir auch ein, aber wir in Eberfeld haben einstimmig beschlossen, zu Gunsten Süddeutschlands vorläufig auf den Gauleiter zu verzichten. (Lebhaftes Bravo!) Der Metallarbeiter-Verband hat jetzt 150 Beamte, und wir sollen bei 300 Filialen mit dreien auskommen! Nicht die Agitationskomitees haben uns den Mitgliederzuwachs verschafft, sondern die Brutalität des Unternehmertums! (Sehr richtig!)

In der Sonntagnachmittag-Sitzung ergreift das Wort

Umbreit-Berlin: Die Frage der Beitragserhöhung darf nicht mit irgendwelchen Vorteilen verquittet werden, sondern es ist eine Existenzfrage für Ihren Verband, eine Ehrenfrage für die Textilarbeiter. Der eiserne Ring der Unternehmerorganisationen, der Ihren Verband umgiebt, ist nahezu vollendet. Sie können keine Forderung mehr stellen, nicht einmal einen Abwehrstreik führen, ohne daß die Unternehmer es zur Maßfrage stampeln. Nicht zum zweitenmal werden Sie dann dieselbe Hilfe bei der deutschen Arbeiterschaft finden.

Soll der Verband überhaupt kämpfen können, so müssen Sie für heute mindestens 30 Pf. Wochenbeitrag nehmen. Aber es ist auch eine Ehrenfrage für Sie. Ende September hatten Sie 15 000 M. in der Kasse, inmitten eines furchtbar ersten Kampfes 25 Pf. pro Kopf des Mitgliedes. In den ersten sechs Wochen haben die Textilarbeiter für Crimmitschau 55 000 M. gesammelt, noch nicht 1 M. pro Kopf. Wie viel andre Verufe haben sich für Ihren Kampf größere Opfer auferlegt. Sie müssen beide Wege zur Weigerung beschreiten. Zunächst den regelmäßigen Beitrag erhöhen. Aber selbst wenn Sie ihn um 10 Pf. heraufsetzen, würden Sie in einem Jahre noch nicht die Hälfte der streiklosigen für Crimmitschau aufbringen. Darum muß der Vorstand das Recht erhalten, jeder Zeit Extrabeiträge auszuscheiden. Bedenken Sie, daß z. B. die Metallarbeiter beim Gürtlerstreik 5 Proz. ihres Lohnes, d. h. 1,50 M., pro Woche hergegeben haben. — Die Frage der Gau-Einteilung hat mit der Beitragserhöhung nichts zu thun. Das wäre ein schlechter Beamter, der nicht das drei- und vierfache seines Gehalts herauszuschleppen würde. Von 52 Wochen belommen sie 44, früher 40 Wochenbeitrag ein. Ein gewonnener Wochenbeitrag würde zum Jahresgehalt für 9 Beamte hinreichen. Die Beitragserhöhung muß einhellig beschlossen werden. Es ist eine Ehrenpflicht der Delegierten und Sie werden sich dieser Ehrenpflicht nicht entziehen. (Lang anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Eine Anzahl von Rednern erklären, auch sie hätten das Mandat, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen, würden aber vor ihren Wählern zu verantworten wissen, daß sie jetzt dafür stimmen. (Lebhaftes Bravo!)

Drüggemann-Münster spricht Umbreit den Dank der Textilarbeiter für seine Anregungen aus. Der Grundfehler, den man bei Gründung des Verbandes gemacht habe, als man den Beitrag auf 10 Pf. pro Woche festsetzte, müsse endlich wieder gut gemacht werden. (Lebhaftes Bravo!)

Dritter Sitzungstag.

Montagvormittags-Sitzung.

Schönwälder-Langenbielau: Die richtige Stimmung gegenüber der Beitragserhöhung ist noch nicht zum Ausdruck gekommen; lassen Sie jetzt auch die Gegner dieser verhängnisvollen Maßregel zu Wort kommen. Ich sehe, daß in den Filialen, die bereits eine Beitragserhöhung durchgeführt haben, Tausende von Mitgliedern ausgetreten sind, ich verweise nur auf Krefeld und Eberfeld. Die Streiks würden billiger und günstiger für uns zu stehen kommen, wenn nicht so viele Streikbrecher vorhanden wären, d. h. wenn es uns gelänge, möglichst viele Textilarbeiter, sei es auch mit billigen Beiträgen, zu organisieren. Unse Klassen stärken wir am besten, wenn wir den Verband möglichst ausbreiten. Schlesiens Textilarbeiter können sich einen höheren Verbandsbeitrag nicht leisten, ihre materielle Lage hat sich seit der Zeit, in welcher Gerhart Hauptmanns „Weber“ spielen, nicht wesentlich gehoben. Der Syndikus der Unternehmer hat den Jahresdurchschnittslohn der Textilarbeiter Deutschlands auf 464 M. berechnet. Daraus können Sie schließen, daß er in Schlesien nach viel geringer ist. Erhöhen Sie den Beitrag, so machen Sie den Arbeitern der zurückgebliebenen Provinzen die Organisation einfach unmöglich. Nicht wie die Stimmung der Delegierten ist, kann das Entscheidende sein, sondern wie die Mitglieder denken. Deshalb dürfen Sie keine Beitragserhöhung beschließen, bevor eine Urabstimmung der Mitglieder Sie dazu ermächtigt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Nach Schluß der Debatte, in der die meisten Redner für die Beitragserhöhung sprachen, giebt Korreferent Laß-Berlin kurz die Erklärung ab, daß auch er jetzt für die Erhöhung der Beiträge stimmen wolle. Nur für die Gau-Einteilung habe er sich nicht entschließen können.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird namentliche Abstimmung beschlossen; mit knapper Mehrheit wird gegen 52 Stimmen bestimmt, daß einfache Mehrheit entscheiden soll. Dann wird mit 63 Delegierten- und 36 407 Mitgliederstimmen gegen 54 bzw. 21 951 Stimmen der Beitrag auf 30 Pf. für die männlichen Mitglieder erhöht; die weiblichen zahlen wie bisher 20 Pf. pro Woche. Ein Antrag Schönwälder, Schlesiens von der Erhöhung auszunehmen, findet keine Unterstützung. (Heiterkeit.)

Steiner-Meerane erklärt namens der Gegner der Erhöhung, daß sie sich gern der Mehrheit fügen und alles thun würden, um trotzdem den Mitgliederstand weiter zu erhöhen. (Bravo!) — Die Extramarken, die 20 Pf. im Jahr einbringen, werden durch Zufuß ausgegoben. Gingenen wird mit großer Mehrheit dem Centralvorstand das Recht erteilt, bei größeren Streiks oder Auspörrungen beliebig hohe Extrasteuern auszuscheiden. (Beifall.) Ueber die Arbeitslosenversicherung wird beschlossen: Es soll eine Urabstimmung stattfinden; entscheidet sich diese dafür, so hat der Vorstand für die nächste Generalversammlung statistisches Material zu beschaffen und ein vollständig ausgearbeitetes Statut vorzulegen. Es ist also nach dem Antrag Chemnitz-Chemnitz beschlossen worden. Gegen den Antrag haben nur vier Delegierte mit 1165 Stimmen gestimmt. — Mit ebenfalls sehr großer Mehrheit (86 gegen 32 Delegierte, die 11 100 Stimmen haben) wird dann die Einführung der Gau-Einteilung prinzipiell beschlossen.

Montagnachmittags-Sitzung.

Drüggemann und Krätzig befürworten, daß die Beitragserhöhung erst am 1. Oktober eintreten soll. Inzwischen sollen Centralvorstand und Agitationskomitees die Mitglieder dafür zu gewinnen suchen. Glangmann will den 1. Juli wählen, damit nicht inzwischen eine Gegenbewegung einsetze.

Der Antrag Glangmann wird nach Zurückziehung der andern angenommen. Von den Beiträgen verbleibt ein Prozent für den Centralvorstand und Agitationskomitees die Mitglieder dafür zu gewinnen suchen. Glangmann will den 1. Juli wählen, damit nicht inzwischen eine Gegenbewegung einsetze.

Es folgt die Specialberatung der Gau-Einteilung: Die Vorlage der Berliner Konferenz (Centralvorstand und Agitationskomitees) schlägt sieben Gaus vor: 1. Schlesien, Brandenburg, Ost-

sachsen, 2. Westsachsen, Nordostböhmen, 3. Thüringen, 4. Süddeutschland, 5. Rheingebiet, 6. Mittel-Rheinland, 7. das übrige Norddeutschland, 8. Süddeutschen Delegierten werden zwei Gauleiter für Süddeutschland verlangt, also im ganzen acht. Angenommen wird ein Antrag Krätzig, den Centralvorstand zu ermächtigen, dort, wo die Verhältnisse es erfordern, bis zu acht besoldete Gauvorsteher anzustellen. Das Gau-reglement im ganzen wird genehmigt. Ferner wird beschlossen, daß alle Beamten des Verbandes, sei es, daß sie von der Central-, sei es, daß sie von Lokalverwaltungen angestellt seien, der Versicherung (Unterstützungsfonds der deutschen Gewerkschaften) angehören müssen. Die Organisation trägt die Hälfte der Kosten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 27. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Preussische Hegemonie, Russische Satrapie. — Unruh und Vorkrieg. Ein Fragment aus dem Nachlaß von Karl Marx. — Die literale Schulpolitik in Belgien. Von Emile Vandervelde. — Der Arbeiter in der bildenden Kunst. Von F. W. — Literarische Rundschau: Dr. Ferdinand Schuler, Erinnerung eines Siebzehnjährigen. Von Adolf Braun. Agot Glem-Selmer, Die Doktorfamilie im hohen Norden. Von A. K. — Kitzgen: Louise Michel 7. Von Maria Zeitin.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vorbemerkungen sehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag), ist soeben die Nr. 8 des 14. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Luise Michel 7. — Was sollen unsre Kinder lesen? Von Paul Dr. — Eine Anstellung des Glends. — Bericht der Arbeiterinnen-Versammlung der Berliner Genossinnen. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Nur eine Dienstmadam. Skizze von Varius Unus. — Notizen: Weibliche Arbeitslosen. — Soziale Erziehung. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die achte Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Kaiserliche Wandlung“ (nach v. Einem) und „Die Wahl in Schwäge-Schmalbalden“ sowie die Illustrationen „Zur Aufhebung des § 2 des Verleumdungsgesetzes“, „Der splendide Beepeld“, „Die Behandlung der Wörder III., II. und I. Klasse“, „An schweren Sorgen“, „Die Erzähler der Nation“, „Kunstgeschick“ und die Fortsetzung der Serie „Bourgeoisleben“ von Edmund Edel. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedächtnisrede „Die Reaktionen“, das Lied von den starken Männern, „Hammerstein im Renfels“, „Kolonialspringen“, „Ein Märchen“, „Erläuterung Menschen“ (Münster), „Der Votomotoführer“ von Hans Huan (Münster), „Die Wägen nieder!“, „An den Frühling“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Prosa und Prosa die größeren Heften „Schulmeister“, „Unter Landmann“ und „Wann ist man erwerbsfähig?“ (Münster). Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Protokoll der Verhandlungen des ersten Allgemeinen Deutscher Arbeiterkongresses, Abgehalten zu Berlin im Generalkonferenzsaal am 7., 8. und 9. März 1904. Preis 60 Pf. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (E. Legien). Berlin, Engel-Her 15.

Assau Reservoir and Lake Moor. By Sir William Willcocks. 38 Seiten. London 1904. C. u. P. R. Span, Ltd., 125, Strand.

Der Kampf gegen die glühenden Wälder. Herausgegeben vom Vorstand der Vereinigung der Ruler, Luderer, Antreiber, Linder und Weidhändler Deutschlands. Preis brosch. 75 Pf. Kommissionsverlag von Rich. Spindt, Leipzig, Langestr. 27.

Vermischtes.

Die Voden in Bohm. Die der „Rückliche Sprecher“ von amlicher Seite erfährt, sind außer dem in Altenbochum festgestellten Vodenfall vom Elisabethhospital zu Bohm zwei weitere poden-verbändige Fälle gemeldet worden. Das Krankenhaus ist vorläufig für 8 Tage gesperrt, die mit den Kranken in Berührung gekommenen Personen sind isoliert und alle sonst erforderlichen Schutzmaßnahmen getroffen worden.

Osterwetter. Nach Meldungen aus dem Riesengebirge ist dort in den Osterfeiertagen Schneereiben eingetreten. Der Schnee ist bis zu einer Höhe von 1,80 Meter gefallen. An der östlichen Seite der Wälder reichen die Schneemassen bis an die Dächer heran. Auf dem Gehänge ragen die Telegraphenstangen kaum einen Meter hoch aus dem Schnee heraus. Die übrigen Teile des Gipfels der Schneefippe zeigen Schneemassen von 1/2 bis 2/3 Meter Höhe.

Einsturz in der Kirche. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden aus Wannenburg: Bei der Auferstehungsfeier in der Schloßkirche am Sonnabend stürzte das Empore ein; 16 Personen wurden teils mehr, teils weniger verletzt; die Kirche wurde amtlich geschlossen.

Erdbeben werden aus Bulgarien und Serbien gemeldet. In Sofia wurden Montagmorgen drei starke Erdbebe verpirt. Auch an andern Orten des Fürstentums wurden ähnliche Erscheinungen wahrgenommen. — Ein schwaches Erdbeben wurde ferner Montagmorgen in Belgrad verpirt.

Montagvormittag 11 Uhr 7 Minuten wurde an den seismographischen Instrumenten des k. k. geodätischen Instituts zu Potsdam am dem Telegraphenberge ein außerordentlich starkes Erdbeben registriert. Aus den Aufzeichnungen wird geschlossen, daß das Erdbeben 7500 Kilometer von hier entfernt war.

Ueberflutungen in America. Aus New York wird berichtet: Aus dem nordwestlichen und nördlichen Ohio werden große Ueberflutungen gemeldet. Vier Menschen sind umgekommen. Obgleich alle Arbeitsschichten an den Dämmen des großen Sammelbedens arbeiten, der größten künstlichen Wasseranlage in der Welt, ist doch bereits ein 30 Fuß breiter Riß entstanden, und man fürchtet, daß die ganze Einschließung fortgerissen werden könnte. Warnungen sind ergangen und man macht alle Anstrengungen, um weiteren Verlusten von Menschenleben vorzubeugen. Starker Wind vermehrt die Gefahr der Ueberflutung. Das Sammelbeden bedeckt einen Flächenraum von 30 000 Morgen. Die Dämme sind 10 bis 25 Fuß hoch. Das Sammelbeden ist auf der Wasserscheide zwischen dem Ohio und den Seen angelegt und speist die Kanäle nach beiden Seiten. Eine Anzahl von Städten haben keine Kraft für ihre Wasserwerke, ihre Verleuchtung und für den Betrieb der elektrischen Trambahnen. Viele Fabriken mußten die Arbeit einstellen. Die Schienenwege sind stromlos unter Wasser, besonders in nördlichen Teile des Staates Indiana. Die Kohlenbergwerke sind durch das Wasser bedroht, die Brüden durch die Fluten weggerissen. Der östliche Teil der Stadt Marion liegt in Trümmern. Der bisher angerichtete Schaden wird auf zwei Millionen Dollars geschätzt.

Ein Millionenpastor. Herr Reichsnotar Dr. Oppenheimer in Hamburg schreibt der „Volls-Heitung“: „In Ihrer geschätzten Zeitung vom 31. März er. findet sich eine Notiz aus Hamburg, nach welcher der kürzlich hier verstorbene Herr Pastor Detmer ein Vermögen von über 11 Millionen Mark hinterlassen und jahrelang durch falsche Angabe seines Einkommens dem Hamburger Staat hintergangen habe. Im Auftrage der mit befreundeten Familie des allgemein geschätzten Herrn Pastor Detmer senior erkläre ich Ihnen, daß diese Angaben vollständig unzutreffend und erfunden sind.“

Die internierte Prinzessin. Der Pariser Journalist Henri Roussanne vom Pariser „Journal“, sowie Gega Mattafich richteten, wie aus Wien gemeldet wird, an die „Neue Freie Presse“ einen Brief, in welchem dieselben erklären, daß sie sich an Ort und Stelle überzeugen, daß die in Gdansk bei Treppen gefangene gefaltene Prinzessin Luise von Koburg nicht irrtümlich ist, es niemals war und keinen andern Wunsch hegt, als frei zu sein. Roussanne will seine an Ort und Stelle empfangenen Eindrücke im Pariser „Journal“ detailliert veröffentlichen, sodann an die Presse der gesamten Welt appellieren, „damit der Prinzessin das Erbarmen, das ihr von ihren Verwandten verweigert wurde, ihr von der ganzen Welt zu teil werde.“

Die Pest in Johannesburg. Bis zum 8. April kamen unter den Weißen 15 und unter den Schwarzen 111 Fälle an Pest vor. 7 Weiße und 63 Schwarze erlagen der Krankheit.



Gegründet 1825. Gegründet 1825.

Fr. Hahn

Manufaktur- u. Modewarenhaus
 Berlin C.²⁵ Alexanderplatz, H.

Eine Serie im Preise ganz bedeutend zurückgesetzter Artikel nur so lange die Bestände reichen:

Mech. Perser Teppiche

Glanzreiche hochflorige Plüsch-Qualität, auf fester, haltbarer Kette gearbeitet, in lebhaften, schönen Farbenstellungen.

Größe:	130x200	155x250	185x280	255x370	300x400
nur Mark	7.15	10.25	14.50	24.50	33.50
Vorlagen:	55x110	90x180			
	1.65	4.45			



Gestickte Filztuch-Portiere

in bordeaux oder flaschengrün
 Garnitur { 2 Shawls 45x300 } nur **6.60**
 { 1 Lambr. 45x180 } M.

Erbstüll Lacet-Stores

mit Bändchen-Arbeit
 Größe 135x330 nur M. **5.10**

Der reich illustrierte Haupt-Katalog über Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten wird auf Wunsch zugesandt. — Portofreier Versand aller Waren im Betrage von 20 M. ab.

Gestickte Portieren-Garnitur

aus gutem Leinen-Plüsch (Tizian)
 in bordeaux oder flaschengrün
 Garnitur { 2 Shawls 42x300 } nur **8.30**
 { 1 Lambr. 42x180 } M.

Halbstores mit Scheibengardinen

best. engl. Tüll, Kombinationsgewebe, in crème
 Garnitur { 1 Halbstore 155x250 } nur **8.25**
 { 2 Scheibenschleier 60x75 } M.

Scheibengardinen Paar nur **2.20**
 einzeln M.

Steppdecken, aus bestem Seidensatin, gute Handarbeit, in allen Farben, Größe 160x200, Stück nur M. **6.00**

Erker-Stores, bester englischer Tüll, vornehm wirkendes Reliefgewebe, in crème
 Länge 3.65 m Breite 100 cm 150 cm 200 cm
 nur M. **3.10 4.20 6.90**

Ausserdem zurückgesetzte Posten in **Plüsch-Tischdecken, Diwandecken, Schlafdecken, Gardinen, Bettdecken, Läuferstoffen** etc.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden. —
 geht nach beendeter Engros-Saison

Einzel-Verkauf enorm billig.
 Paletots, Jacketts, Capes, Kostüme, Kostümröcke, Mädchenmäntel.



Gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5% extra vergütet.
Robert Baumgarten
 Hausvogteiplatz 11, II. Et. (Ecke der Jerusalemstraße.)
 Auch Sonntags geöffnet!

Scheruchs Festsäle

Rüdersdorferstr. 45.

Achtung! Zur Maifeier! Achtung!
 Sonntag, der 1. Mai, frei geworden.

Gleichzeitig empfehle meine Säle und Vereinszimmer, 2000 Personen fassend, und Garten zur Abhaltung von Sommerfesten, Familien-Raffesochten gestattet.
Albert Scheruch, Besitzer.
 Bureau-Räume mit Central-Heizung und elektrischem Licht billig zu vermieten. Möblierte Zimmer und Schlafstellen von 6 M. an.
Albert Scheruch, Besitzer.

Goldblondchen ist die Perle aller alkoholfreien Getränke. Man achte auf das Etikett in vier Farben. Nur echt mit dieser Etikette.

Alkoholfreies Erfrischungs-Getränk Goldblondchen
 Pat. gesch. Warenzeichen No. 50734.
 Ausgezeichnet mit Ehrenpreis und drei goldenen Medaillen.

Zu haben in Gastwirtschaften u. mit Plakaten belegten Handlungen.
 General-Vortrieb: **Ernst Krüger, Höchstestr. 28.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Specialität: Nordhäuser Kautabak
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4794L*
 Amt 4, 3014.

Stettin. Filialen Berlin.
Mass-Anzüge Mass-Paletots
 24 und 30 Mark.
 Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichster gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partie-Stoffresten mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.
 Indem gewesene Angestellte sich speziell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an
4710L*

Sonnenschein Herren-Moden
 nach Mass
 Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

Von der Bellealliancestr. 88 verzoogen.
 Von der Bellealliancestr. 88 verzoogen.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen

Baufstellen in schöner Lage Nieder-Schönhausen an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trockenes Land, per □ = M. von 85 M. an. 46192*
 Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Gänsefedern 60 Pf.

gr. Pfund (größer zum Waschen).
 Schlachtfedern, wie für u. d. Gans fallen, mit allen Daunen II. 1.50, höherer Gänsepf. III. 2.00, bessere Gänsehalbdunen III. 2.50, 3.00, beste Schereweisse III. 3.50, russische Daunen III. 3.50, weiße böhm. Daunen III. 5.00, gereinigte Federn III. 1.50, 2.00, 2.50. Prima gereinigte III. 3.00, 3.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Pringelstraße 46a.
 Erste Bettfedernfabrik u. etc. etc. Vertriebe. Viele Anerkennungsbriefe.

Steppdecken

kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Steppdecken angefertigt werden.
S. Strohmayer, Berlin 14.
 Illustrierter Preis-Katalog gratis.

In westlicher, in rascher Entwicklung begriffener Vorortkolonie mit bequemen Verbindungen, habe
87/90

hübsche Parzellen

an waldumgebenen Teichen gelegen, mit Bauerlaubnis, bei kl. Anz. zu verkaufen. Sichere Kapitalanlage, steigende Grundpreise. Off. sub G. U. 421 bei Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103.

Servus

macht Schuhe u. Stiefel

spiegelblank, geschmeidig, wasserdicht, doppelt haltbar.
 Sparsamer als Wische.

Zu haben in schwarz und farbig in Drogen-, Seifen-, Schuh- und Kolonialwarenhandlungen.
 Fabrik: Lubesynski & Co., Berlin NO. 18.

Jede Hausfrau verache

Yornbaum's Waschpulver „Eureka“

basilbe verhütet das unerbittliche Abfärben und Einlaufen der Wäsche, erhält die weiche Weiche wunderbar weich, macht die weiche blüschnell bleichend weich und gibt derselben einen höchst angenehmen, frischen Geruch.

„Eureka“ wird von den bedeutendsten Hausfrauen, Zeitungen u. als bestes Waschmittel der Gegenwart empfohlen und sollte daher in keinem Haushalte fehlen.
 75/4*
„Eureka“ kostet pro Paket 15 Pf. und ist in allen besseren Geschäften zu haben.
 Engros-Vertrieb durch die Firma: **Kiewitz & Hock, Berlin.**



„Eureka“ wird von den bedeutendsten Hausfrauen, Zeitungen u. als bestes Waschmittel der Gegenwart empfohlen und sollte daher in keinem Haushalte fehlen.
 75/4*
„Eureka“ kostet pro Paket 15 Pf. und ist in allen besseren Geschäften zu haben.
 Engros-Vertrieb durch die Firma: **Kiewitz & Hock, Berlin.**

Marienburg Geld-Lotterie.

Ziehung schon 14. - 16. April.
 Gew. 60 000 - 50 000 - 40 000 Mk. etc.
 Lose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfiehlt
J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51.

Führer durch das Gewerbe- und Unfallversicherungsgesetz

Preis 25 Pf. — Porto 3 Pf.
 Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherten, denen es Leiter und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherte sein Recht suchen muß.

Vorwärts Buchhandlung, Berlin SW, Lindenstraße 69.

Gelegenheitskäufe in Damen-Konfektion!

Kostüme von 12 M. 50 Pf. an
 Paletots von 7 M. 50 Pf. an
 Röcke von 3 M. 50 Pf. an
 Reismuster spottbillig
Damenmäntel-Fabrik
 Taubenstr. 20, I. Etage.

Wer billigst Tapeten

1 Rolle v. 10 Pf. an in jedem Genre, wie hochelegant, neuesten stilvoll kaufen will, verlange den Gratis-katalog von **Chr. Hartmann,** Tapeten-Versandhaus Gandersheim

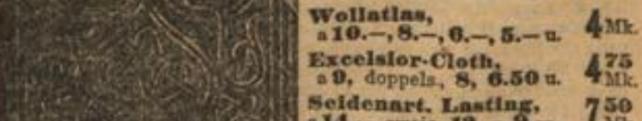


Cigarren-Geschäft

mit Wohnung, billige Miete, 21 Jahre bestehend, wegen Todesfall zu verkaufen
2606*
 Kopischstrasse 4.

Seidene Steppdecken

alle Farben, Größe 150/200 cm,
 a 20.-, 15.-, 12.- und 10 Mk.
 Daunen-Decken, a 40.-, 30.- und 25 Mk.
 Wolltapis, a 10.-, 8.-, 6.-, 5.- u. 4 Mk.
 Excelstor-Cloth, a 9, doppels, 8, 6.50 u. 4.75 Mk.
 Seidenart. Lasting, a 14.-, zweis., 12.-, 9.-, 7.50 Mk.
 Satin, gemustert, a 7.50, 6.- und 4.50 Mk.
 Purpur, echt rot, a 5.-, 3.25 und 2.50 Mk.
 Türkisch-Cretonne, a 4.50, 3.- und 2 Mk.



Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises.

Steppdeckenfabrik B. Hurwitz, Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal.

Telephon I. 8311.

Lokales.

Herr Fischek und die Klientel des „Vorwärts“.

In der Stadtverordneten-Sitzung vom 23. März wurde beim Etat des Obdachs vom Vorsitzenden des Obdachs...

Der amtliche stenographische Bericht über diese Sitzung ist jetzt gedruckt erschienen. Erst jetzt hat fast zwei Wochen gedauert...

Wir hatten uns vorbehalten, nach Erscheinen des Berichtes auf die Angelegenheit des angeblichen Jubalters zurückzukommen...

Fischek sprach spöttisch von dem „braven Familienvater“, der sich nachher als Jubalter entpuppt habe. Das klang, wie wenn der Mann überhaupt nicht verheiratet gewesen wäre...

Das Wort von der Klientel des „Vorwärts“ wird von geistesarmen Goldschreibern freisinniger Blätter nach unsterblichen Mitteilungen über O.s. Vorleben mit doppeltem Eifer aufgegriffen...

Bevölkerung, daß nur noch die socialdemokratische Presse die Reizung und den Mut besitzt, Mißstände öffentlich zu besprechen...

Der Ring der Asphaltfabriken ist in Berlin durch zwei Unternehmer durchbrochen. Die dem Ring angehörigen Asphaltunternehmer...

Mit Rücksicht auf die rapid fortschreitende Bebauung der Gegend zwischen der Frankfurter Allee und der Ringbahn, wo eine Menge neuer Straßen, wie die Dolziger, Mübach, Schreiner...

Kapellmeister-Streit. Der den Arbeitern seinen Lohn nicht gibt, ist ein Bluthund, heißt es bei Jesus Sirach. Und ihren Lohn sollen die lebenden Komponisten von den Festspielern...

Der achte deutsche Turnertag tagt seit den Festtagen hier im alten Abgeordnetenhaus am Dönhofsplatz. Die Tagung gefüllt der „Staatsbürger-Feitung“ nicht, weil sie nicht antimilitärisch genug ausgefallen ist...

Zum zweitemal innerhalb weniger Jahre beugt sich die Deutsche Turnerschaft vor dem Judentum, zum zweitemal verleugnet sie die heiligen Ideale des reinen deutschen Volkstums...

Für die zunehmende Arbeiterschaft haben die Verhandlungen infolgedeut wenig Bedeutung, weil sie sich in ihrer besonderen Organisation mit vernünftigeren Dingen als mit dem albernem Massenhaß zu befassen hat.

Der zweite Nachtrag zum Berliner Adreßbuch 1904 gelang Anfang Mai zur Ausgabe und wird, wie die erste, allen Abnehmern der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt...

Eine Kindesaussetzung, deren Thäterschaft nach Berlin hinweist, ist in Reich bei Notbus ausgeführt worden. Als die Ehefrau des dort wohnenden Restaurateurs Lauritsche eines Abends nach 10 Uhr das Gastzimmer verlassen hatte...

Destruktive Tendenzen des Hofmarschallantes. Wegen eines Hausbauens schwanden gegenwärtig Auseinandersetzungen zwischen dem Hofmarschallant des Kaisers und einem Gärtnerbesitzer aus Hohenecken...

Studium des Alkoholismus. Im Paraden-Auditorium der Universität wurden gestern vormittag die wissenschaftlichen Kurse zum Studium des Alkoholismus von dem Vorsitzenden des Centralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus...

Wegschleichen auf der Reichsbank. Der Haus- und Apothekenbesitzer Max G. aus der Königin-Augustastrasse kam gestern vormittag...

um 11 Uhr nach der Reichsbank, um seine durch die Feiertage unterbrochenen Geschäfte abzuwickeln. Nachdem er am Schalter 1 eine Barsumme von 16 000 M. eingezahlt hatte...

In der Kirche vom Tode überrascht wurde am zweiten Feiertag die 70 Jahre alte Witwe Auguste Milke, die im St. Gertraud-Hospital in der Gartenburgstraße wohnte...

Durch einen Sturz aus dem Fenster machte gestern, Dienstagmorgen, der 30 Jahre alte Schuhmacher Albert Reichig aus der Georgenkirchstraße 63 seinem Leben ein Ende...

Ein Liebespärchen, das besonders die besseren Bier- und Caféhäuser in der Friedrichstadt heimsuchte, ist jetzt unschädlich gemacht. Der frühere Berliner Hans Rüdiger, ein mehrfach bestraffter Mensch...

Unter die Räuber fiel ein Kaufmann K. aus Lichtenberg, der in Berlin an einem Kommerz teilgenommen hatte. Als er in früher Morgenstunde, bedenklich schwankend, seiner Heimat zufrehte...

Das Apollo-Theater hat sein Publikum am Sonntag mit einer neuen Operette erfreut. „Liebesgötter“ heißt das Ausstattungsstück, und der Hauskapellmeister Herr Kappler hat die Musik dazu geschrieben...

Die Rennsaison ist am Sonntag im Sportpark Friedenau eröffnet worden. Wenn auch das Wetter den Aufenthalt im Freien nicht gerade zu einem Vergnügen machte...

Erster Tag. Großer Pferpreis. Nachdem in den Vorläufen Peter, Huber, Bader, Conrad, Kneid, Dörflinger, Schilling, Scheuermann und der Hoffnungslauf von Stol gewonnen war...

Reglen in den Zwischenläufen: Arend der Peter und Stol, Huber der Vater und Dörflinger, Schilling der Conrad und Scheuermann. — Amateur-Hauptfahren. In den Vorläufen platzierten sich Ladewald, Hansen, Kipperling, Martens, Nobe, Wienciers, Engel. — Entschädigungs-Prämienfahren. 5000 Meter. 1. Theile. 2. Keller. 3. Rosenlöcher. — Tandem-Hauptfahren. Die Vorläufe gewannen Arend-Huber, Vater-Scheuermann, Schilling-Stol, Peter-Dörflinger. — 50 Kilometer-Rennen. 500, 300, 200, 100, 50 M. 1. Walthour 43:06. 2. Nyjer, 1120 Meter zurück. 3. Demle, 1590 Meter. 4. Duiffon, 4120 Meter. 5. Nobi, 5510 Meter.

Zweiter Tag. Prämienfahren. 5000 Meter. 1. Conrad-Hannover. 2. Vater. 3. Dörflinger. — Großer Osterpreis. 300, 150, 100 M. Endlauf, 1000 Meter. 1. Arend, 2. Schilling, 1/2 Länge, 3. Huber, 1/2 Länge. — Amateur-Hauptfahren. Endlauf. 1. Nobe-Hamburg. 2. Kipperling. 3. Hansen. — Handicap. 800 Meter. 1. Conrad (50). 2. Schilling (10). 3. Stol (40). — Amateur-Prämienfahren. 3000 Meter. 1. Nobe. 2. Ladewald. 3. Wienciers. — Tandem-Hauptfahren. 300, 150, 80 M. Endlauf, 3000 Meter. 1. Vater-Scheuermann. 2. Arend-Huber. 3. Schilling-Stol. — Stunden-Rennen. 600, 400, 300, 200, 100 M. 1. Walthour 70 Kilometer 500 Meter. 2. Nobi 60 Kilometer 960 Meter. 3. Salzmann 66 Kilometer 470 Meter. 4. Nyjer 64 Kilometer 390 Meter. 5. Duiffon 60 Kilometer 920 Meter.

Die siebente städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Gräfeistr. 85/88, bietet seit Jahren Angehörigen aller Berufs-Klassen, insbesondere den Lehrlingen und Gehilfen des Handwerker- und Kaufmannsstandes, Gelegenheit, sich durch Befestigung, sowie zweckmäßige Vertiefung und Erweiterung der früher erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten zur Erfüllung aller Anforderungen des Berufs- und Erwerbslebens tüchtig zu machen. Der Unterricht, der wahre Bildung nach jeder Richtung hin anstrebt, ist in allen Fächern dem praktischen Bedürfnis angepasst und wird von einem Lehrpersonal erteilt, das Männer der Praxis mit Lehrern von Beruf in sich vereinigt. Es finden Kurse in Deutsch, Schön schreiben, Rechnen, Buchführung, Geometrie, Physik (Elektrotechnik), Chemie, Freihandzeichnen, Einzel- und Fachzeichnen, Modellieren für Anfänger und Fortgeschrittene statt. Den kaufmännischen Berufsarten dienen besonders praktisch gestaltete Unterrichtskurse im Französischen und Englischen, im kaufmännischen Rechnen und Briefwechsel. Dazu kommt noch Unterricht im Maschinensetzen und in Stenographie. Nur für einen Unterricht im Fachzeichnen oder in einer fremden Sprache wird halbjährlich 4 M., für Maschinensetzen 2 M., Modellieren 1 M. Schulgeld erhoben, die Teilnahme an den übrigen Fächern ist unentgeltlich. — Anmeldungen für das Sommerhalbjahr, das am 7. April beginnt, nimmt der Leiter der Anstalt, Herr Rektor Salz, noch täglich während der Unterrichtszeit von 1/2-1/4 Uhr abends und Sonntags von 8-10 Uhr vormittags im Amtszimmer entgegen.

Der „Wahre Jacob“ gelangt die Feiertage wegen erst heute zur Ausgabe.

Unentgeltliche Kurse in Maschinenkunde und in Chemie beginnen am 7. resp. 9. April in der 7. städtischen Fortbildungsschule. Die Teilnahme ist jedermann gestattet. Anmeldungen werden schon jetzt abends Gräfeistr. 85/88 im Amtszimmer entgegengenommen.

Der Vortrag über das Radium wird am Sonnabend, den 9. d. M., abends 8 Uhr, noch einmal im großen Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstr. 57/62, wiederholt werden. Karten im Vorverkauf an der Kasse der Urania, Taubenstr.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichsfelde. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung, die letzte auch in ihrer alten Zusammensetzung, beschloss sich ausschließlich mit dem Anlauf eines Grundstückes zu einer Kläranlage. Der Ingenieur Bruch als Anfertiger des Kanalisationsprojektes gab einige Erläuterungen über die gesamte Anlage. Die Gemeinde wird in zwei Entwässerungsgebiete eingeteilt, eins für den Ortsteil Karlshorst, das andere für den Ortsteil Friedrichsfelde. Ersteres kostet circa 311 000 M., das andere circa 371 000 M. Die gemeinsame Kläranlage (biologisches Verfahren) verursacht einen Kostenaufwand von 187 000 M., zusammen also 869 000 M. Hinzu kommt nun noch der Preis für das Grundstück der Kläranlage in Höhe von mindestens 100 000 M. Die später zu erbauende Regenwasser-Ableitung kommt auf circa 520 000 M. zu stehen. Die Betriebskosten würden ungefähr 14 000 M. jährlich betragen. Die Berechnungen beziehen sich auf 30 000 M. Einnahme. Der Ort hat zur Zeit 12 500 Einwohner. Der Anlauf eines Grundstückes stand schon auf der Tagesordnung der vorletzten Sitzung, wurde aber nach heftiger Debatte abgesetzt; jedoch Informationen wurde die jetzige Sitzung anberaumt. Grundstücksbesitzer lagen vor für Ländereien von 5000 bis 12 000 M. pro Morgen. (Circa 20 Morgen werden verlangt.) Das niedrigste Angebot, 5000 M., seitens des Landrats v. Tresdow, wurde zurückgezogen, da die Karlshorster lebhaften Protest gegen die Veräußerung dieses in Karlshorst gelegenen Wiesengrundstückes erhoben hatten. Da die weiteren Angebote teils ungeeignet, teils zu teuer waren, wurde beschlossen, eine öffentliche Ausschreibung zu erlassen. — Die amtliche Publikation der Wahlergebnisse ist nunmehr erfolgt. Es sind gewählt in der dritten Abteilung Gürtler, Borsdorf und Schuhmacher Vinsler; in der zweiten Abteilung Landwirt Jechner und Kaufmann Große; in der ersten Abteilung Viehwärter Gregorowitsch und Zeitungverleger Schöck; in der Ersatzwahl der ersten Abteilung Bergwerksbesitzer Nechle und Kaufmann Gräbe. — Wie verlautet, wollen die Karlshorster gegen die Wahl ihres Parteigenossen Borsdorf Protest erheben, weil es zweifelhaft sei, ob er Alleineigentümer eines Hauses wäre. Diese Herren von Bildung scheinen die Landgemeinde-Ordnung wenig zu kennen, sonst müßten sie wissen, daß Alleineigentum hier nicht erforderlich ist.

Unfälle auf Spree und Havel. Eine aufregende Szene gab es am zweiten Osterfeiertage nachmittags gegen 4 Uhr auf dem Spreearm der Dahme bei Karolinenhof. Durch einen plötzlich einsetzenden Sturm wurden zwei Segelboote des Klubs „Ahoi-Grünau“ zum Kentern gebracht. Zur Rettung eilten sofort zwei Motorboote und viele Ruderboote herbei, denen es auch gelang, alle Verunglückten — sieben an der Zahl — dem Element zu entreißen. Im Restaurant „Karolinenhof“ wurden sie mit trockenen Kleidern versehen. Da die von dem Unfall Betroffenen fast eine Viertelstunde mit den Wellen zu kämpfen hatten, so waren sie gänzlich erschöpft. Die gesunkenen Boote wurden von zwei Schleppdampfern mit großer Mühe an Land gezogen. — Ein zweiter Bootsunfall ereignete sich gestern um dieselbe Zeit bei Templin in der Nähe von Potsdam. Dort kenterte auf der Havel infolge des heftigen, mit Regen vermischten Sturmes ein mit fünf Personen bemanntes Segelboot. Die Hilferufe der Gelenterten wurden von Besuchern des Templiner Restaurants gehört, und sofort ging man an die Rettungsversuche. Ein auf Land liegender Kahn der nahen Försterei wurde flott gemacht und geübten Rudern besetzt. Unter großen Anstrengungen kam man in die Nähe der in Todesnot schwebenden Segler, die sich an das fliehende treibende Boot geklammert hatten. Nach 30 Minuten gelang es, die ersten drei der Verunglückten an Land zu bringen. Dann stieß das Rettungsboot noch einmal vom Lande ab; groß war die Freude der am Ufer stehenden, als auch die letzten beiden Mann gerettet heimkehrten. Es war ein hartes Stück Arbeit gewesen. — Der dritte Bootsunfall auf dem Dölgzer See in der Nähe des Dorfes Gussow bei Königs-Wusterhausen forderte leider ein Menschenleben zum Opfer. Ein Bewohner des genannten Dorfes hatte sich trotz des stürmischen Wetters am ersten Feiertage mit einem offenen Segelboote auf das Wasser gewagt. Er mußte seinen Wagen mit dem Tode büßen. Das Boot kippte und der Insasse kam in den Fluten um. Die von dem Amtsvorstande in Gussow sofort unternommenen Rettungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche ist bis heute noch nicht gefunden worden.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 6. April, 8 1/2 Uhr: Versammlung in der Industrie-Festhalle, Weichstr. 19/20. Vortrag von Frau Dr. phil. Wegscheider-Fiegl über: „Kampfkampf gegen den Alkohol“. — Diskussion. — Gruppenangelegenheiten. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. & S. D., Hamburg). Mitglieder-Versammlung der Filialen 9 und 10 am Donnerstag, den 7. April, bei Fiegl, Weichstr. 8, abends 8 Uhr. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedsschaft Berlin). Mittwoch, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Wendts Klubhaus, Königstr. 14a. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schumacher: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung“. 2. Geschäftsbericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes.

Theater.
Mittwoch, den 6. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Spernhaus. Die weiße Dame.
Schauspielhaus. Götterweiber.
Deutsches. Der einsame Weg.
Vertiner. Jaja.
Leistung. Japantreich.
Westen. Der Postenbesitzer.
Neues. Der Strom.
Residenz. Raub der Sabinerinnen.
Central. Raub Pamela.
Nachmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Kinder der Exzellenz.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Férréal.
Aleines. Elektra. Vorher: Märtyrer.
Ruffen. Der Bettelstudent.
Trianon. Das elfte Gebot — Der Dieb.
Carl Weib. Die schöne Ungarin.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gehr. Herrnsfeld. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Der Raub der Sabinerinnen.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Frühlingstage.
Reichshallen. Stettiner Sängerkreis.
Vasche-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr: Aus dem Haushalt der Sternwarte.
Am Hörsaal um 8 Uhr: Das Wasser im Haushalt.

Central-Theater.
Heute nachmittags 4 Uhr Kinder-Vorstellung, halbe Preise:
Der gestiefelte Kater.
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des **Façon Pamela.**
Baudenille-Schwanz mit Gel. u. Tanz.
Donnerstag: Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
1. Operetten-Gastspiel des Central-Theaters in erster Besetzung:
Der Bettelstudent.
Donnerstag: 2. Operetten-Gastspiel des Central-Theaters: Der Zigeunerhahn.
Freitag zum erstenmal: Ehrliche Arbeit.
Sonntag: Die Kohlenhändler von Berlin.

Residenz-Theater.
Direktion E. Lautenburg.
Heute: Zweites Gastspiel von **Adolf Sonnenthal.**
Nathan der Weise.
Donnerstag: 3. Gastspiel von **Adolf Sonnenthal.**
Vater und Sohn.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Lustspiel in 4 Aufzügen von E. v. Holzogen u. B. Schumann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Geizige.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Joan Kron.
Heute und folgende Tage:
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsarrangements.
Guido Thielcher in der Titelrolle.
Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Cirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr:
Abchieds-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Künstlerpersonals.
Dir. Alb. Schumann mit seinen hervorragenden Dressuren.
Letztes Auftreten des Herrn **Jul. Seeth** als **Dompteur** mit seinen 25 Löwen.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr:
Aus dem Haushalt der Sternwarte.
Hörsaal 8 Uhr:
Das Wasser im Haushalt.
Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe.
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damen in Tunis.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Der Strom.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Casino-Theater.
Lohringstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Des großen Erfolges bis 14. April verlängert.
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Vorher das vollst. neue Aprilprogramm Freitag, den 15. April: Premieren-Abend.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Badokuren. Beckers Geschichte.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr:
Férréal.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Férréal.
Freitagabend 8 Uhr:
Férréal.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzestr. 7/8. Amt VI 283.
und Alfred Schöndorf. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute, Mittwoch, und Donnerstag:
Götterweiber.
Freitag, 8. April, zum 1. Male:
Freit Euch des Lebens.
Große Kust-Hoffe m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Metropol-Theater
Zum 23. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Täglich 8-9 Uhr:
Das große April-Spezialitäten-Programm.
O'osta Trio, Siegende Ringe.
La belle Dazie, amerik. Excentric.
The Brooklyn, musikal. Scherenscheiter.
Heinrich Blank, Bauchredner.
Messiers Biophon und Kosmograph.
9 Uhr:
Liebesgötter.
Burleske Operette von Schlack und Herrmann.
Musik von Karl Kappeller.

Trianon-Theater.
Georgenstr. zwischen Friedrich- und Invalidenstr.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**

Reichshallen
Stettiner Sängerkreis
Zum Schluss: **René Cirkus** und **Cirkus Busch.**
Anfang 8 Uhr.
Bodentanz 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

HEUTE:
Zum **224.**
Male:
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Elektra.
Vorher zum erstenmal: **Märtyrer.**
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Des Pastors Alike.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion R. G. Hillger.
Grahe Frankfurter Str. 132.
Gastspiel des Herrn Fritz Bookmann vom Berliner Residenz-Theater.
Die **schöne Ungarin.**
Gesangspoppe in 4 Akten v. Mannstädt und Keller.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Gastspiel von Fritz Bookmann: Ein toller Einfall.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Vollständig neues Programm.
Oskar Fürst * Lina Goltz.
Heute Mittwoch: Beginn der **Grossen internationalen Ringkampf-Konkurrenz.**
Die Ringkämpfe beginnen jeden Abend um 10 Uhr.

Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Robbität
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht!“ Komödie von A. und D. Herrnfeld. Vorher:
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe.
Beide Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: „Nur eine Nacht“ und „Am andern Morgen“.

Reichshallen
Stettiner Sängerkreis
Zum Schluss: **René Cirkus** und **Cirkus Busch.**
Anfang 8 Uhr.
Bodentanz 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Kellino-Truppo Italienische Akrob.
Littke Carlson Im Ball-Foyer.
Paul Cochas In seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer.
Cincinnati Jongleur.
Helena Land Vortrags-Soubrette.

Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler
Siegwart Gentes Humorist
Orford Wunder-Elefanten.
Peschkoff-Truppo Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissement.
Biograph.

Cirkus Busch.
Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
Es treten in Konkurrenz:
Boch Olsen, Dänemark, gegen **Heinr. Eberle,** Deutschland.
Pierrard le Colosse, Frankreich, gegen **Dirk van den Berg,** Holland.
Omer de Bouillon, Belgien, gegen **Clément le Terrasser,** Belgien.
Ausgeschlossen sind bis jetzt noch viermaliger Niederlage: Eigemann, van Dyd, Lemmerz, Ewerfen, Paul le Reunier, Koepf, Witt, Roebnad, Ballfotti, Bernard.
Miss Jackson **Schleife und Todessprung** in einem Tempo.
Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstr. 16.
Rabale und Siebe.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag zum letztenmal: Stadt und Land. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Familienball.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Foon-Palast.
Heute u. folgende Tage, abends 8 Uhr:
Zanktenfelchen.
Im Spezialitäten-Teil:
Miss Darnett, athletische Spiele
Miss Aida, Trapez-Künstlerin
The Cruellers Comp., der Saton a. Reiter
Nedda Petracca, Jongl.-Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emilino Hochberg, Vortr.-Soubrette.
Miss Stors, die musikalische Laube.
Freitag, den 8. April:
Elite-Vorstellung!
Dorf und Stadt
Schauspiel in 2 Aufzügen, u. 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstr. 58.
Heute Mittwoch, den 6. April 1904:
Mutterjegen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von G. Lemoine.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.
Sonntag, den 10. April: Schützenlied. Große Bälle mit Gesang.

Germania-Prachtsäle
Chausseest. 103, Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Samborger Sängerkreis
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsarten gelten.

Albrechts Bäckereien:
Wrangeistr. 9, Kranstr. 19, Goldsteinstr. 28, Sanderstr. 2, Marktstraße, Landstr. 222/23, Marktstraße Androstr., Stand 16/18.

Höheres technisches Institut
Berlin NW. 6, Marionstr. 24.
Ausbildung von Ingenieuren, Technikern u. Werkmeistern.
Tages- u. Abendkurse.
Semesteranfang: 12 April.

Zahn-Klinik. Preise: belleidige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.
Olga Jacobson,

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.
Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
Es treten in Konkurrenz:
Boch Olsen, Dänemark, gegen **Heinr. Eberle,** Deutschland.
Pierrard le Colosse, Frankreich, gegen **Dirk van den Berg,** Holland.
Omer de Bouillon, Belgien, gegen **Clément le Terrasser,** Belgien.
Ausgeschlossen sind bis jetzt noch viermaliger Niederlage: Eigemann, van Dyd, Lemmerz, Ewerfen, Paul le Reunier, Koepf, Witt, Roebnad, Ballfotti, Bernard.
Miss Jackson **Schleife und Todessprung** in einem Tempo.
Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstr. 16.
Rabale und Siebe.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag zum letztenmal: Stadt und Land. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Familienball.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Foon-Palast.
Heute u. folgende Tage, abends 8 Uhr:
Zanktenfelchen.
Im Spezialitäten-Teil:
Miss Darnett, athletische Spiele
Miss Aida, Trapez-Künstlerin
The Cruellers Comp., der Saton a. Reiter
Nedda Petracca, Jongl.-Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emilino Hochberg, Vortr.-Soubrette.
Miss Stors, die musikalische Laube.
Freitag, den 8. April:
Elite-Vorstellung!
Dorf und Stadt
Schauspiel in 2 Aufzügen, u. 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstr. 58.
Heute Mittwoch, den 6. April 1904:
Mutterjegen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von G. Lemoine.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.
Sonntag, den 10. April: Schützenlied. Große Bälle mit Gesang.

Germania-Prachtsäle
Chausseest. 103, Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Samborger Sängerkreis
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsarten gelten.

Höheres technisches Institut
Berlin NW. 6, Marionstr. 24.
Ausbildung von Ingenieuren, Technikern u. Werkmeistern.
Tages- u. Abendkurse.
Semesteranfang: 12 April.

Zahn-Klinik. Preise: belleidige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.
Olga Jacobson,

Gewerkschaften! Vereine!
1. Mai, Sonntag, 15. Mai, dritten Pfingsttag, sowie an mehreren Sonntagen im Mai, Juni etc. ist mein Saal mit Bühne (28 Verwandlungen) und Garten noch frei. 47712*
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188, dicht am Rosenfelder Thor. Amt III, 6325.

Mit dem heutigen Tage habe ich mich in **Lichtenberg, Wilhelmstrasse 76**, als Arzt niedergelassen.
Dr. Schübel.
2345* Sprechstunden 8¹/₂—10, 4—5.

Kredit. Monatlich
— 10 Mark —
liebere Nutzung
Valentins
nach Maß.
Schneidermstr.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Eine Mark
möge die Teilzahlung liefert
elegante fertige Herren-Röcke.
Bestellungen nach Maß in kürzester Zeit. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
direkt am Alexanderplatz.

Warnung! Warne jeden, meinem Sohn **Maurer Albert Wegener** etwas zu borgen, komme für nichts auf.
Musikus Albert Wegener, 57/10, Wendenborf.

Pianino Josef verlässlich
Ritterstr. 120, I. Etage.

Wirtshaus „Schloss Woltersdorf“.
Neu erbaut, vis-a-vis der Schleiße, herrlich am Malensee gelegen. Von Bahnhofsstation Erbar in 15 Minuten auf wundervoller Waldpromenade zu erreichen; mit Dampferboot, Terrassen, uraltm Park, großem Tanzsaal, geräumigen Hallen, Familien-Kaffeeküche, eigenen Spielplätzen im Walde, Kinderbooten etc. — Etwa 2000 Personen fassend. Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken usw. zu Ausflügen angelegentlich empfohlen.
Wirtshaus **Friedrich Saewert**, Fernsprecher Amt Erkner No. 49.

Central-Verband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Mittwoch, den 6. d. Mts., abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 3):

Vertrauensmänner-Sitzung.
Die Kollegen mögen dafür sorgen, daß jeder Bau vertreten ist.
195/10 Die Ortsverwaltung.

Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauer).
Die arbeitslosen Mitglieder, soweit dieselben am Freitag, den 8. April, nicht als Vize beschäftigt sind, ferner diejenigen Mitglieder, die zur Zeit nicht im Berufe tätig sind und keinen Stimmzettel zugesandt erhielten, werden ersucht, am Freitag, den 8. April cr., die Wahl der Delegierten resp. Ersatzdelegierten (1. Wahlkreis) zum diesjährigen Verbandstage im ringförmigen Arbeitsnachweis-Lokal, Blumenstr. 38, vorzunehmen. Mitglieder, welche am 8. April cr. als Vize beschäftigt sind, wählen beim Vertrauensmann des betreffenden Betriebes. Wenn möglich, sollen auch erkrankte Mitglieder am genannten Tage im bezeichneten Lokal ihr Wahlrecht ausüben. 41/5
Stimmzettel sind im Arbeitsnachweis-Lokal zu haben.
Kein Mitglied ist an die auf dem Stimmzettel bezeichneten Kandidaten gebunden. Jedes wählbare Mitglied kann gewählt werden.
Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für (86/15*)
Haut- und Nervenleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.
Meine im westlichen Vorort-
verkehr ca. 35 Min. Bahnfahrt,
dicht am Bahnhof gelegene
Parzelle
nahe alten, könlgl. Forst, verkaufe
billig event. mit Baugeld u. Hypoth.
Off. sub G. V. 422 bef. Rudolf
Mossa, Leipzigerstr. 103. 87/15*

Achtung! Paulente!
In industriereich. Gegend Westf. hat ein Baugewerksmstr. 7 1/2 tech. Bur. (selb. h. auf B. mehr. Bauh. m. Bauten v. n. gut. Zahl. mehrere Bauten zur Aufs. über. u. sucht prakt. art. Mann mit etwas Vorkenntn. als Teilh. Wer sich überz. greift zu, da sehr reell. Schleunigste Dferten u. N. 5 an die Expedition dieser Zeitung. 2545

SPECIALITÄT:
Solide bürgerl. Einrichtungen
von 250—3500 Mark.
Bar oder
Zeitablung
Kein
Kaufzwang.
Möbel
Keine Ladenmiete
Geringe Unkosten
Kleiner Nutzen
Grosser Umsatz
Reelle Ware
Niedrige Preise
Coul. Bedingungen
Wilh. Misch
Berlin NO.
Gr. Frankfurterstr. 45-46, I u. II.
gegenüber der Markussirasse.

Innungs-Krankenkasse
der Glaser (Zwangsinnung)
zu Berlin.
Bekanntmachung.
Nach stattgefundener Ergänzungs-
wahl steht sich der Vorstand aus
folgenden Personen zusammen:
Albert Kirchmann, 1. Vorsitzender,
Aug. Böker, 2. Vorsitzender,
Adolf Pulvermacher, 1. Schriftführer,
Karl Heise, 2. Schriftführer,
Karl Losonski,
Otto Gregoriet,
Fritz Fauerbach. 272/7
Berlin, den 24. März 1904.
Albert Kirchmann,
Rankestr. 9.

Bruch - Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenkasse.
Eigene Werkstatt.
Eleccant. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Belotten, angenehm und weich
am Körper. 47112*

So lg. Vor. frei g. Rdn. v. 3¹/₂ BR.
2 echte **Rauch** 50 Bratze u.
marinierte! 1 D. Dellard, 1/2 Pfd.
Lachs u. 30 Goldschül. Fischer-
Exp. E. Degener, Swinemünde. E. 71.

Buchdrucker!
Freitag, den 8. April, abends 8¹/₂ Uhr,
in
Louis Kellers Festsälen,
Koppenstraße 29:

Allgemeine
Buchdrucker-Versammlung.
Tages-Ordnung:

1. Ist der Kampf gegen den Gutenbergbund ein berechtigter? Referent: Kollege Albert Massini.
2. Diskussion.
Bei der großen Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwarten wir ein zahlreiches Erscheinen der Berliner Gehilfenschaft. Der Leitung des Gutenbergbundes ist durch Einberufung dieser Versammlung Gelegenheit gegeben, ihre Ansichten in der freiesten und ausgedehntesten Weise zu äußern.
Der Einberufer: Alb. Wachs.

Vereinigung d. Maler, Lackierer, Anstreicher.
Donnerstag, den 7. April, abends 8¹/₂ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
für Berlin und Vororte, außer Charlottenburg,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung: 1. Die Anstellung der Bezirksbeamten und der Beschluß des Provinzialkongress.
Referent: Kollege **Tobler**-Hamburg. 2. Wahl von zwei Mitgliedern zur Agitationskommission.
Mitgliedsbuch legitimiert. 124/8*
Regen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

An alle Maurer
Berlins und den zum Vertragsgebiet gehörenden Vororten.
Am 1. April d. J. erhöht sich laut den Bestimmungen des Vertrages der Lohn um 2¹/₂ Pf. pro Stunde. Der Stundenlohn beträgt demzufolge 70 Pf. Zudem wir darauf aufmerksam machen, ersuchen wir alle Maurer, welche den vereinbarten Stundenlohn von 70 Pf. nicht erhalten, dies im **Bureau des Centralverbandes deutscher Maurer, Zweigverein Berlin, Engel-Ufer 15, Zimmer 29, Fernsprecher: Amt IV, No. 4093** Die Verbandsleitung. J. H.: Wilh. Fritsch.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund
(Ortsgruppe Berlin.)
Mittwoch, den 6. April, abends 8¹/₂ Uhr, in den „Industrie-
Festsälen“, Weithstraße 19/20:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Dr. phil. Wegscheider-Ziegler über: „Kultur-
kampf gegen den Alkohol.“ 2. Diskussion. 3. Gruppenangelegenheiten.
Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand. 2406

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 8353.
Achtung, Verwaltungsmittglieder!
Die Sitzung der erweiterten Verwaltung fällt diese Woche aus.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
**Gesellenausschüsse, Innungsschiedsgerichts-
Beisitzer, Beisitzer zur Handwerkskammer.**
Versammlung
am Mittwoch, den 6. April 1904, abends 8¹/₂ Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Saal 7).
Tages-Ordnung: 1. Aus welchem Grunde verlangen die Innungen ein besonderes Einigungsamt? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gewerbegerichts-Beisitzer sind als Gäste willkommen!
Der Ausschuh der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

An alle Dachdecker
Berlins und der Vororte!
Gemäß den Bestimmungen unseres Tarifvertrages tritt vom 1. April dieses Jahres eine Lohnerhöhung von 2¹/₂ Pf. pro Stunde ein. Der Stundenlohn beträgt demzufolge 70 Pf.
Die machen darauf aufmerksam und ersuchen alle Dachdecker, welchen diese vereinbarte Lohnerhöhung vorerhalten wird, unverzüglich Mitteilung an unten bezeichnete Adresse gelangen zu lassen.
Centralverband der Dachdecker Deutschl.
Ortsverwaltung Berlin.
S. H.: D. Doppner, Wilhelmshavenerstr. 57. 54/5

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 11. April, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 10:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Mittwoch, den 6. April, abends 8¹/₂ Uhr, Saal 2:
Kommissions-Sitzung.
Der Obmann. 81/18

Bilderrahmenmacher.
Mittwoch, den 6. April, abends 8¹/₂ Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Die Kollegen der Werkstatt von V. Groß sind hierzu besonders eingeladen.
Der Obmann.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Donnerstag, den 7. April cr., abends 8¹/₂ Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Aus der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts. Referent:
Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. — NB. Die in der sozialpolitischen Versicherungs-
Gesetzgebung thätigen Kollegen seien ganz besonders auf dieses Thema auf-
merksam gemacht. Der Vorstand. 53/5
F. Piosch, Vorsitzender, Gartenstr. 51.

Achtung! Vergolder. Achtung!
Donnerstag, den 7. April cr., abends präc. 8 Uhr,
in der Alhambra, Wallertheaterstr. 15:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Situation des Streiks. 2. Verschiedenes.
Dringende Pflicht eines jeden Kollegen und Kollegin ist es, in
dieser Versammlung zu erscheinen.
Auch die Rahmenvergolter und in allen andern Branchen
beschäftigten Kollegen sind dazu verpflichtet.
Der Vorstand. 225/9

Socialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 3. d. Mts.,
verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Heinrich
Schwedterstr. 52.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwochabend 4 Uhr von
der Halle des Pions-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen-Nordend statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
246/19 Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, der Tischler
Julius Beetz
am 4. April nach langer Krank-
heit verstorben ist. 81/19
Die Beerdigung findet am
Donnerstagabend 4¹/₂ Uhr
von der Leichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Gärtner
Otto Gundlach
am 1. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
55/8 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Dem Wilmesdorfer Bauverein und
den übrigen Beteiligten, besonders
den beiden Gefangenen für ihre
herzliche und tröstende Teilnahme
bei der Beerdigung meines teuren,
unvergesslichen Mannes, des Bau-
anschlägers **Otto Hauswald** sage ich
meinen tiefgefühlten Dank.
Wilmesdorf.
Frau Ernestine Hauswald.

Dankagung.
Für die überaus rege Teilnahme
und die reichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines geliebten Gatten,
unseres guten Vaters und Sämling-
vaters, des Klempners **Arno Winter**
sagen wir allen Beteiligten, den Ver-
trauensleuten und Parteigenossen des
3. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-
Verband, dem Vorstande der Orts-
Krankenkasse der Klempner sowie seinen
Kollegen von der Firma Gutzmann
unsern herzlichsten Dank. 48022
Frau Witwe Winter nebst Kindern.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die reichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Franz Wilssoet
sage ich allen Freunden und Bekannten,
sowie dem „Barbier der Dammloca“,
dem „Kaufhaus Friedenberg“, dem
Kaufmann Berlin und Umgebung,
dem „Bühnenklub“ und dem
Gefangenen „Rehodia“ unsern tief-
gefühlten Dank. 48012
Witwe Martha Wilssoet und Kinder,
Rixdorf.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Straße 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Guirlandes
usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrienerstrasse 1a.
Kränze mit Widmungsschleifen,
Kranz u. Festlichkeiten, Bouquets,
Tischgewächse jeder Art re. preiswert.

RESTE
zur Damen-Mantel-
Konfektion, Mädchen- und
Knaben-Garderobe. Damen-
tuche in schwarz und farbig.
Kostümstoffe, Kammgarn,
Cheviot, Corakrow, Plüsch,
Sammets, Besatzartikel etc.
CONFEKTION.
Portige Jacketts, Capes,
Paletots, Kostümstücke etc.
Grösste Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser
Strasse 4.

Sandhaus,
fünfstimmig, von Wald umgeben,
nahe Bahnhof gelegen, herrliche
Landschaft, 1. V. Oratorium,
z. 21. im Bau befindlich, am 1. Juli
beziehen, 1. Ankl. 90 Ruten Land
für 12000 Mk., Offerten sub G. W. 423
bef. Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103. *

Warenhaus A. Wertheim

Schulartikel

Bleistifte A. W. Faber
Diz. 22, 45, 70, 90, 1.40
Bleihülsen 3 u. 4 Pf.
Bleianspitzer 20, Puck 35 Pf.
Bleistiftgarnituren 10 u. 18 Pf.
Karton mit Crayon
und Ersatzbleien 28 u. 45 Pf.
Buntstifte mit Etui 18, 22, 33, 42 Pf.
Büchermappen 15 Pf.
Bücherträger Griff, Riemen
Federkant. 42 u. 70 Pf.
Butterbrotpapier fetticht
100 Blatt 25 Pf.
Diarien 40 Blatt mit
Wachstuchdeckel 20, 80 38 Pf.
Etikettes f. Schulhefte 10, mit
100 Stück 15 Pf.
Löschblätter Mappe
mit 25 Stück 7 Pf.
Umschlagpapier blau
Buch 15 u. 30 Pf.

Lineale 2, 4, 8, m. Metall
einlage 8 u. 12 Pf.
Federhalter mit Ring
Diz. 22 u. 55 Pf.
Umsteckhalter Metall, mit Blei
und Feder 6 Pf.
Korkhalter 18 Pf.
Federkasten aus einem Stück
mit Einstellung 5 Pf.
doppelt 25 bis 80 Pf.
Federbüchsen 3 u. 4 Pf.
Schreibfedern „Alfred“ Gross 85 Pf.
„Globus“ 55, „Sonne“ 1 Mk., „Ferry“ 85 Pf.
Gross, „Eken“ grau
Klebegummi Flasche
m. Pinsel 11, 22, 30 Pf.
Klebeoblaten für Löschblätter
50 Stück 8 Pf.
Tintenfass Glas mit
Deckel 70 u. 1.35
Tintenfass mit
Trichter 55 u. 1.10
Tintenwischer 8 u. 18 Pf.

Schulmappen für Hand und Rücken
mit extra Hefttasche 2.60
Schultornister mit extra
Hefttasche 2.60
Ordnungsmappen 18 bis 95 Pf.
Tornister u. Garderobenhälter 1.50
Herbarien 48, 80 Pf. u. 1.20 Mk.
Notenpapier 6 Bogen 25 Pf.
Klebeapapier in 20 Meter
langen Streifen 5 Pf.
Reissnägel 8 Pf. Gr. 20, 55 Pf.
Reissbretter 1.20 bis 3.25 Mk.
Reisszeuge 90 Pf. 1.40 u. 7.50
Radiergummi 2, 3, 5 u. 10 Pf.
Radiermesser 45 bis 75 Pf.
Radiergummi mit
Metallschutz 5 u. 35 Pf.
Aufgabehefte 3 u. 6 Pf.
Oktavhefte mit u. ohne
Linien Diz. 35 u. 70 Pf.
Schreibhefte n. amt. Vorschrift
20 Blatt Diz. 80 Pf.

Schafleder 2.60
Rindleder 5 Mk.
Frühstückstaschen
aus Rindleder, mit Riemen
85 Pf.
Schreibtinte 5, 15, 18, 28 Pf.
Schreib- u. Leseplatte
Größe 22x47 3.50, 34x55 cm 4 Mk.
Schreibzeuge 85 Pf. bis 3.50 Mk.
Schiefertafeln 10, 18, 45 Pf.
Klapptafeln 48 Pf., poliert 90 Pf.
Griffel Diz. 8 u. 20 Pf.
Griffelanspitzer Stück 5 Pf.
Schulpläne von Berlin 10 u. 30 Pf.
Schulglobus 2.70 u. 3.50 Mk.
Schulatlant v. Andree, Debes,
Schüllmann u. A.
Deutsche Rechtschreibung
von 10 u. 15 Pf. an.

Photographische Artikel

Hand-Kamera „Perplex“ mit 2 Suchern für
Zeit- und Momentaufnahmen, 9x12 8.75
Hand-Kamera „Perplex“
mit vollständiger Ausrüstung. 14 Mk.
Hand-Kamera „Spezial“ für Zeit- und Moment-
aufnahmen, mit 12 Kassetten 15 Mk.
Hand-Kamera „Mikado“ mit achromatischem Ob-
jektiv und Zähluhr, mit 12 Kassetten 20 Mk.
Stativ-Kamera „Amateur I“ mit doppeltem Aus-
zug, Visierscheibe u. 2 Doppelkass. 25 Mk.
Vergrößerungs-Apparat 9x12 auf 18x24 9.50
Trockenplatten 9x12 auf 18x24 1.25
Diz. 50 Pf., 9x12 auf 18x24 85 Pf., 18x24 2 Mk.

Celluloid-Rollfilme

8x10 1/2
Rolle für 6 Aufnahmen 1.20 Mk.
Rolle für 12 Aufnahmen 2.20 Mk.
9x9
Rolle für 6 Aufnahmen 90 Pf.
Rolle für 12 Aufnahmen 1.75 Mk.

Objektiv-Verschluss Größe 20x41 42x42 58x62
Jalousie schraubenlos f. Zeit u. Momentaufn. 5.75 6.50 7 Mk.
Celloidin-Papier 9x12 70 Pf., 18x24 70 Pf., 18x24 65 Pf.
20 Blatt 14 Bl. 6 Bl.
Celloidin-Postkarten 10 Stück 35 Pf.
Annahme aller Arbeiten der Amateur-
Photographie: Entwickeln, Kopieren,
Vergrössern von Platten und Films.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstrasse 5. **A. Schulz**, Reichenbergerstrasse 5.

Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt bester Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen. (46812*)
Ehrung reelle und gewissenhafte Bedienung. Coulanteste Zahlungsbedingungen.

Jede Uhr zu reinigen kostet bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Bruch. Kleine Reparaturen billiger. **Trauringe** in jedem Gold und Double zu billigsten Preisen in jeder Preislage und Nummern stets am Lager. **Großes Ketten-Lager** zu allen Preisen. 47122*
Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,
Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

Louis Segall, Spandauerstr. 33/35
Im Hause der Simons-Apothek.
Special-Haus für Luxus-Möbel u. Holzgalanterie-Waren.
Verkauf zu anerkannt **billigsten Engros-Preisen.**
Von meinem reichhaltigen Lager empfehle besonders:
Serviertische, Bauertische, Spieltische, Bücher- u. Notenregalen,
Paneeltreter, Cigarrenschränke, Hausapotheken, Vereinschränke,
Säulen, Büsten- u. Palmenständer, Konsolen, Ecktreter, Nähtische,
Garderobenhälter, Klaviersessel, Rauchtische, Rauchservice, Vogel-
hauer, Papageihauer, Vogelhauer-Ständer, Schreibtisch-Stühle,
Schaukelstühle, Zeitungsmappen, Handtuchhalter, Büffelt-Tritte,
Stafelleien, Notendständer, Notenschränke, Nähkästen, Schirmständer,
Flur-Garderoben, Blumenständer, Blumentische, Ofenhänke,
Spiegel-Konsolen, Fusshänke, Couvertständer. 4769L*
Garten- u. Balkon-Möbel in grosser Auswahl.

Hâkim-Cigaretten
sind nach dem
einstimmigen Urteil aller Sachverständigen
die **feinsten 2 Pf.-Cigaretten!**
Höchste Leistung!

Ungewitters Kautabak
ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft.
Ungewitters Kautabak.
zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702*
Für Wiederverkäufer zu haben bei: **Fritz Hämmerer**, Berlin, Frankfurter Allee 88.
Beratung, Medaillieur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

30 Tage zur Probe!!

Nach 30 tägiger Probe
laufen um, oder höchsten Betrag
zurück!
Kaufende übernehme
Verantwortung für
Lieferungen!
Grossartiges Sportportemonnaie, Größe wie Zeichnung, aus dauerhaftem,
Zahnlasse) mit doppeltem Verschluss, äussere Klappe mit hochfeiner Verzierung, **ver Stück frei ins Haus**
gegen Einzahlung von 1.20 Mark (auch Briefmarken), Nachnahme 20 Pf. mehr.
über Solinger Stahlwaren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Uhren, Gold- und Silberwaren,
Bürstenwaren, Schirme, Stöcke, Lederwaren, Rauchutensilien, optische Waren, Spielwaren,
Rüstwaren, Senfen, viele Neuheiten versenden an jedermann umsonst und franco. Grösste
Auswahl, solide Waren.
Katalog
Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Ältestes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand
direkt an Private.
Wiederverkäufern hohe Provision.

Marienburger-Geld-Lotterie.
Ziehung:
14.-16. April.
8840 Geldgewinne bar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
355000
Hauptgewinn: Mark
60000
50000
40000
etc. etc. etc.
Originallose à 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berita W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46a.
SO. Oranienstr. 177.

Teilzahlung.
Auf allerbequemste Art
(wöchentlich nur 1 Mk.)
Herren-, Damen- u. Wecker-
Uhren, Regulateure, Broschen,
Ringe, Kotten. 47902*
Jahre & König, Warschauerstr. 72
Achtung, Händler!
Zur Mallesier zugünstiger Kräfte!
(Neuheit). Zu erfragen schon jetzt!
Bleeschmidt,
Solmsstr. 24 im Keller und
Rixdorf, Jägerstr. 52, II,
von 12-2. 2515*

Maschinen- und Heizerkongress.

Halle, 2. April.

Ein Beruf, der unter besonderen Umständen und allgemein unter langer Arbeitszeit zu leiden hat, trat heute früh im „Gasthof zum weißen Röß“ zu erster Beratung zusammen. Der Centralverband der Maschinenisten und Heizer, eine Organisation mit ca. 8000 Mitgliedern, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, hat über 70 Delegierte und Einzelvereine haben ca. 15 Delegierte entsandt. Die Organisation hat noch stark unter der Zersplitterung in den eignen Reihen zu leiden. Der sächsische Verband mit einer ziemlich starken Mitgliederzahl hat sein eigenes Organ, geht seinen Weg für sich und will von den freiwirtschaftlichen Bestrebungen der größeren Organisation mit 8000 Mitgliedern nichts wissen. Der Leipziger Verein hat gleichfalls sein eigenes Organ, das Organ des Hauptverbandes erscheint in einer Auflage von 10000 Exemplaren, und einige Lokalvereine befinden sich im Hirsch-Dundersteinen Fahrwasser. Die Verschmelzung der Organisationen ist unglücklichweise bisher immer gescheitert.

An Gassen waren anwesend der Vertreter des Bundes der Maschinenisten und Heizer in Holland, Steffens, und der Vertreter Kjelberg von Schweden. Die Generalkommission war vertreten durch den Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt und der Seemannsverband durch Müller-Hamburg und Linse-Stettin.

Ueber den Punkt: Einführung einer einheitlichen Dampfessel-Gesetzgebung für das Deutsche Reich referiert Kirchnid-Berlin: Es müsse dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Revisionen etc. nicht bloß auf dem Papiere stehen. Welch gelinde Strafen werden häufig gegen Unternehmer verhängt, die groß fabriklässig gehandelt haben, und wie scharf geht man gegen Arbeiter vor, die gegen die Gewerbe-Ordnung verstößen haben. Die Zuständigkeitsfrage spiele bei der Dampfessel-Gesetzgebung in der Rechtsprechung eine bedeutende Rolle, denn bei Gericht wisse man häufig nicht, was in dem einen und dem andern Bundesstaate Recht ist. Es ist vorgekommen, daß Unternehmer Italiener an Dampfessel gestellt haben, die nicht einmal so viel von der deutschen Sprache verstanden, daß sie die Betriebsvorschriften kannten. In Oberschlesien sind Frauen zum Reinigen der Dampfessel verwendet worden. Bei einigen Gewerbe-Inspektoren haben die Berufscollegen Entgegenkommen gefunden. Die Kollegen mögen von den Agrariern lernen und mehr scharren, damit die vorhandenen Mängel beseitigt werden und die Behörden sich nicht mehr mit den Worten schüzen können: „Uns ist amtlich von den Mängeln im Maschinen- und Heizergewerbe nichts bekannt.“ (Weifall.)

Halle, 3. April.

In der Diskussion über den Punkt Dampfessel-Gesetzgebung wurde Punkt 3 der Tagesordnung: Einführung von staatlich angestellten Kesselprüfern mit Angliederung an die Fabrik- und Gewerbe-Inspektion, unter Assistenz von geeigneten Personen aus dem Verufe gleich mit erledigt. Ein einheitliches Vorgehen, um Schäden im Verufe zu verhüten, sei notwendig. Würden nur die jetzigen Strafbestimmungen genügend beobachtet, dann kämen die Unternehmer nicht mit so gelinden Strafen davon. Holland ist auf dem Gebiete der Kesselrevision vor Deutschland schon weit voraus. Den Eigentümern der Maschinen und Kessel müßte mehr Verantwortung auferlegt werden, nicht bloß den Wärtern der

Maschinen und Kessel. Die vorhandenen Mängel müssen der Regierung unterbreitet werden; Staatshilfe sei unbedingt notwendig. Der Kongress nahm schließlich zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung eine Resolution an, in der durch Bundesratsverordnungen um Abhilfe der vorhandenen Mängel ersucht wird.

Ueber Punkt 4 der Tagesordnung: „Die Dampfesselrevisions-Vereine, ihre Stellungnahme zu den Heizerschulen, zum Prüfungsweisen und zum Stellennachweis“ referierte Schöffel-Leipzig. Dieser Vortrag bewegte sich mehr auf dem technischen Gebiet und Rang in Annahme einer Resolution aus, in der sich die Heizer und Maschinenisten aus technischen Gründen mit der Handhabung der Heizerprüfungen der Kesselrevisionsvereine nicht einverstanden erklärten. Der Kongress mißbilligt entschieden die nur theoretische Ausbildung von Leuten, welche im Dampfesselbetrieb noch nie beschäftigt waren.

Die Punkte 5, 7 und 8 der Tagesordnung: „Verbot der 24stündigen Wechsellösung, Einführung von achtstündigen Schichten in den stationären Betrieben, welche eine Unterbrechung nicht gestatten, vollständige ununterbrochene Ruhepause aller zwei Wochen. Verbot der Schlep- und Nacht-Schiffahrt im Binnenlande an Sonn- und Festtagen und Gewährung einer täglich mindestens sechsstündigen Nachtruhe. Forderung einer höchstens zwölfstündigen Arbeitszeit für die Maschinenisten und Heizer der Dampfschiffe für die Dampfschiffahrt, welche Personen befördern, und Festsetzung der höchst zulässigen Stundenzahl der täglichen Arbeitszeit für Maschinenisten und Heizer, wurden gemeinsam beraten. Durch sieben verschiedene im Kongresslokal ausgelegte Tafeln war die Gefährlichkeit der Kesselexplosionen veranschaulicht. In den Referaten wurde gellagt über mangelhafte Schutzvorrichtungen, über das Fehlen von Reservekesseln und Reservemaschinen, das nur auf die Profitgucht der gierigen Unternehmer zurückzuführen ist. Von frühem Morgen bis in die späte Nacht mühten sich zuweilen Heizer und Maschinenist plagen, häufig sei nicht einmal die Zeit zum Essen vorhanden, und die meisten unglücklichen Todesfälle sind auf Mängel dieser Art zurückzuführen. Daß die Vergütung ungenügend sei, wäre bekannt; es gebe noch eine ganze Anzahl Heizer und Maschinenisten, die sich pro Woche für 12 M. anbieten.

Eine etwa zweistündige furchtbare Anklage gegen die Schiffreederei-Gesellschaften hielt der Delegierte Müller-Hamburg, der ein tieftrauriges Bild über die Zustände auf den Dampfschiffen entrollte. Behördlicherseits seien die Mängel wiederholt erkaunt, aber durchgreifende Abhilfe ist niemals zugesichert worden. Bei einer Reise durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal sind Maschinenisten und Heizer ununterbrochen 52 Stunden im Thätigkeit gewesen. Bei dem schrecklichen Drama auf der Unterelbe, der „Primus“-Katastrophe im Juni 1902, war die Mannschaft, als das Unglück passierte, bereits 18 1/2 Stunden ununterbrochen im Dienst. Ein Kollege habe in einer Woche vier Tage, fünf Nächte und 12 Stunden ununterbrochen gearbeitet. Traurig, aber wahr ist es, daß sich Kollegen noch rühmen, drei Tage und drei Nächte ununterbrochen gearbeitet zu haben. Die Dampfer sind mit der Zeit größer geworden, aber die Besetzung ist leider dieselbe geblieben. Nicht selten passiert es, daß Heizer und Maschinenist vor Ermattung einschlafen und dadurch Gefahren bereitet werden. Auf einigen Schiffen giebt es nicht einmal Frühstück- und Mittagspausen; das warme Essen fehlt häufig. Auf dem Dampfer „Süd-West“ — Stettin — ist ein Heizer ununterbrochen 64 Stunden thätig gewesen. Als der Mann nach dreistündigem Schlaf wieder geweckt wurde und vor Ermattung zusammenbrach, sagte man: „Wie kann man von einer solchen Arbeit

schon schlapp werden?“ Durch Ermattung und Nichtbedienung ist es passiert, daß Schiffe anstatt vorwärts rückwärts trieben (!). Die Habgier der Reederei geht so weit, daß die Maschinenisten zu Pflichtverletzungen gezwungen werden. Die meisten Explosionen sind auf mangelhafte Bedienung der Kessel zurückzuführen. Durch eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Berlin ist festgestellt worden, daß eine Reedereigesellschaft nicht bloß die 18stündige Arbeitszeit des Kollegen, sondern auch dessen freie Zeit zur Verfügung verlangt habe. Redner schließt mit den Worten: „Wir fordern Schutz für Leben und Gesundheit, keine Vettelsternige, Schutz im Interesse der allgemeinen Sicherheit. Nehme man uns lieber die ganzen durch die socialpolitische Gesetzgebung gebotenen Vorteile und erkenne man unreife Forderungen an, dann fahren wir noch immer besser dabei.“ (Stürmischer langandauernder Beifall.)

In der Diskussion wurden von dem holländischen Delegierten weitere Mängel in der Dampfschiffahrt zur Sprache gebracht. Redner bemerkt in der Arbeiterfrage gebe es keine Nationalität. Alle Berufscollegen müssen sich als Brüder die Hände reichen. Der Hauptvorsitzende des deutschen Verbandes, Kirchnid, berichtet über Mängel auf den Rheindampfern. Dort seien Kollegen 95 bis 100 Stunden ununterbrochen thätig gewesen. Bei 17 Reedereien im Ruhrortbezirk ist mit 5 bis 6 Atmosphären Ueberdruck gefahren worden. Auch zu diesen Punkten wurde eine Resolution angenommen, in der durch Gesetz um Abhilfe der Mängel ersucht wird.

Marktpreise von Berlin am 2. April 1904

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and flour. Columns include item name, price per unit, and quantity.

Witterungsüberblick vom 5. April 1904, morgens 8 Uhr.

Table showing weather overview for various stations including temperature, wind direction, and cloud cover.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. April 1904. Heißtag wolkig mit etwas Regen, mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.



Adreßbuch für Berlin und seine Vororte.

Wie bereits bekannt gegeben, gelangt der zweite Nachtrag zum Adreßbuch für Berlin und seine Vororte 1904 Anfangs Mai zur Ausgabe. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten,

Anmeldungen für den zweiten Nachtrag

des Adreßbuchs möglichst umgehend, spätestens bis zum 11. April der Redaktion des Adreßbuchs, SW, Zimmerstr. 37/41, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebt man bis zu diesem Termin Mitteilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit Erscheinen des ersten Nachtrags stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Termin im laufenden Jahre stattfinden werden. Alle Abnehmer der Haupt-Ausgabe erhalten auch den zweiten Nachtrag unentgeltlich.

